

# Beteiligungsbericht der Stadt Lüdenscheid für das Berichtsjahr 2023



Stadt  
Lüdenscheid

## **Vorwort zum Beteiligungsbericht**

Der Beteiligungsbericht der Stadt Lüdenscheid gibt Ratsmitgliedern, Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit, sich über die Gesellschaften zu informieren, an denen die Stadt Lüdenscheid beteiligt ist.

Die Stadt Lüdenscheid ist an Gesellschaften der Branchen Energie, Versorgung, Wohnungsbau, Verkehr, Wirtschaftsförderung sowie Altenpflege beteiligt. Außerdem betreibt die Stadt eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung, die vor allem der Entsorgung im Abfallbereich dient. Die Anstalt des öffentlichen Rechts ist für die Abwasserbeseitigung zuständig.

Der Beteiligungsbericht wird nach § 117 GO NRW und § 53 KomHVO NRW erstellt und enthält Angaben über:

- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
- eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
- Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Ebenfalls ist dem Beteiligungsbericht eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beigefügt. Entsprechend der geltenden gesetzlichen Vorschriften liegen alle Beteiligungen im öffentlichen Interesse. Sie dienen der Daseinsvorsorge und demnach der Erledigung von städtischen Aufgaben.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen .....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Beteiligungsbericht Berichtsjahr 2023 .....</b>	<b>6</b>
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes .....	6
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes .....	7
2.3	Betriebswirtschaftliche Kennzahlen .....	8
<b>3</b>	<b>Das Beteiligungsportfolio der Stadt Lüdenscheid .....</b>	<b>9</b>
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio .....	13
3.2	Beteiligungsstruktur .....	14
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen .....	17
3.4	Einzeldarstellung .....	21
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2023 .....	21
3.4.1.1	b.invest gemeinnützige Gesellschaft für Investitionen in Bildung mbH (b.invest) .....	22
3.4.1.2	Stadtentwicklungsgesellschaft Lüdenscheid mbH (SEG) .....	30
3.4.1.3	Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH (Seniorenwohnheim) .....	34
3.4.1.2	STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH (STL – GmbH) .....	42
3.4.1.3	Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) .....	51
3.4.1.4	Lüdenscheider Wohnstätten AG (LüWo) .....	71
3.4.1.5	Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR- (SELH) .....	84
3.4.1.6	Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH (EGC) .....	104
3.4.1.7	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH (MGR) .....	111
3.4.1.8	Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH (LSM) .....	120
3.4.1.9	ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG (ENERVIE) .....	127
3.4.1.10	Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft GmbH (KIMW) .....	147
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2023 .....	161
3.4.2.1	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH (BBL) .....	161
<b>4</b>	<b>Organisation der Beteiligungsverwaltung .....</b>	<b>174</b>
<b>5</b>	<b>Public Corporate Governance Kodex .....</b>	<b>175</b>

## **1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen**

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen

Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Zudem musste bislang gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss für große Kapitalgesellschaften aufgestellt wird. Am 28.02.2024 wurde das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz durch den nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedet. Es ist rückwirkend zum 31.12.2023 in Kraft getreten. Durch dieses Gesetz wurde u.a. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 GO NRW geändert. Für kommunale Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts wird damit die zwingende Koppelung zur Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses analog der Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufgegeben.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

## **2 Beteiligungsbericht Berichtsjahr 2023**

### **2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes**

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat der Stadt Lüdenscheid gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat am 02.09.2024 für das Jahr 2023 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Lüdenscheid gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

## **2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes**

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Lüdenscheid. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Lüdenscheid, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Lüdenscheid durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Lüdenscheid durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Lüdenscheid insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Lüdenscheid. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Lüdenscheid die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Lüdenscheid unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2024 festgestellten Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2023. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2023 aus. Die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen des Geschäftsjahres in Höhe von über 10 T€ der Beteiligungsunternehmen zur Stadt Lüdenscheid und untereinander wurden bei den Gesellschaften erfragt. Die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Lüdenscheid, der SELH AöR und dem STL wurden den jeweils mit der Stadt Lüdenscheid abgestimmten Saldenabgleichen entnommen.

### 2.3 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

In den nachfolgenden Darstellungen der städtischen Beteiligungen werden Kennzahlen abgebildet.

Der folgenden Tabelle kann entnommen werden, welche Größen für die Kennzahlen miteinander ins Verhältnis gesetzt werden:

Kennzahl	Definition
Eigenkapitalquote	$((\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten}) * 100) / \text{Bilanzsumme}$
Eigenkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss/ -fehlbetrag} * 100) / \text{Eigenkapital}$
Anlagendeckungsgrad 2	$((\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten} + \text{Zuwendungen} + \text{Beiträge} + \text{langfristige Kapital}) * 100) / \text{Anlagenvermögen}$
Verschuldungsgrad	$((\text{Rückstellungen} + \text{Verbindlichkeiten}) * 100) / \text{Eigenkapital}$
Umsatzrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss/ -fehlbetrag} * 100) / (\text{Umsatzerlöse} + \text{sonstige betriebliche Erträge})$



### **3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Lüdenscheid**

Die Darstellung des Beteiligungsberichts 2023 erfolgt auf der Grundlage des Musters für den Beteiligungsbericht (Anlage 32 zur „VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW“), das am 13.04.2021 im Ministerialblatt veröffentlicht wurde.

Dargestellt werden die Beteiligungsunternehmen, an denen die Stadt Lüdenscheid unmittelbar mit mehr als 20 % beteiligt ist. Zudem wird über die als wesentlich anzusehende mittelbare Beteiligung „Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH“ berichtet.

Zu den ausgewählten Daten im Einzelnen:

- Die ausgewählten Unternehmensdaten beziehen sich auf den Jahresabschluss zum Stichtag 31.12.2023.
- Der Gegenstand der Unternehmen wird aus den Jahresabschlüssen 2023 der Gesellschaften übernommen.
- Der Geschäftsverlauf der Unternehmen für das Jahr 2023 orientiert sich an den Lageberichten der Gesellschaften.
- Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane erfolgen unterjährig für das Kalenderjahr 2023.
- Die Entwicklungen der Bilanzen, der Gewinn- und Verlustrechnungen und die Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen werden im Zweijahresvergleich abgebildet.
- Die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungsunternehmen des Geschäftsjahres zur Stadt Lüdenscheid und untereinander werden dargestellt.

Als Hinweis ist hinzuzufügen, dass aufgrund der Komprimierung des Zahlenmaterials und der Verwendung von Formeln die Beträge Rundungsdifferenzen aufweisen können.

**Tabellarische Darstellung der Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid  
Stand: 31.12.2023**

<b>Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote <u>über</u> 50 %</b>	<b>Stammkapital €</b>	<b>Anteil der Stadt am Stammkapital €</b>	<b>Anteil der Stadt am Stammkapital %</b>
- *Stadtentwicklungsgesellschaft Lüdenscheid mbH	25.000,00	25.000,00	100,00
- *b.invest gemeinnützige Gesellschaft für Investitionen in Bildung mbH	25.000,00	25.000,00	100,00
- Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH	255.645,94	255.645,94	100,00
- STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH	511.291,88	511.291,88	100,00
- Lüdenscheider Wohnstätten AG	8.819.784,96	8.813.611,11	99,93
- Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH	556.850,00	360.500,00	64,74
<b>Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote <u>unter</u> 50 %</b>			
- Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	207.000,00	72.000,00	34,78
- Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH	100.000,00	30.000,00	30,00
- ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG	114.900.000,00	27.718.192,00	24,12
- Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH	450.000,00	108.000,00	24,00
- MVG Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH	5.410.551,00	956.372,00	17,68
<b>Eigenbetriebsähnliche Einrichtung</b>			
- Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid	1.942.909,15	1.942.909,15	100,00
<b>Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts</b>			
- Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR-	21.580.000,00	20.000.000,00	92,68
- d-NRW -AöR-	1.368.000,00	1.000,00	**0,07
**laufende Änderungen durch Beitritte weiterer Kreise und Städte			
<b>nachrichtlich:</b>	<b>Stiftungskapital €</b>	<b>Anteil der Stadt am Stiftungskapital €</b>	<b>Anteil der Stadt am Stiftungskapital %</b>
- Kunststiftung Lüdenscheid	1.107.153,86	100.000,00	9,03

Für darüber hinausgehende Informationen wird auf den Beteiligungsbericht auf der Internetseite der Stadt Lüdenscheid verwiesen.

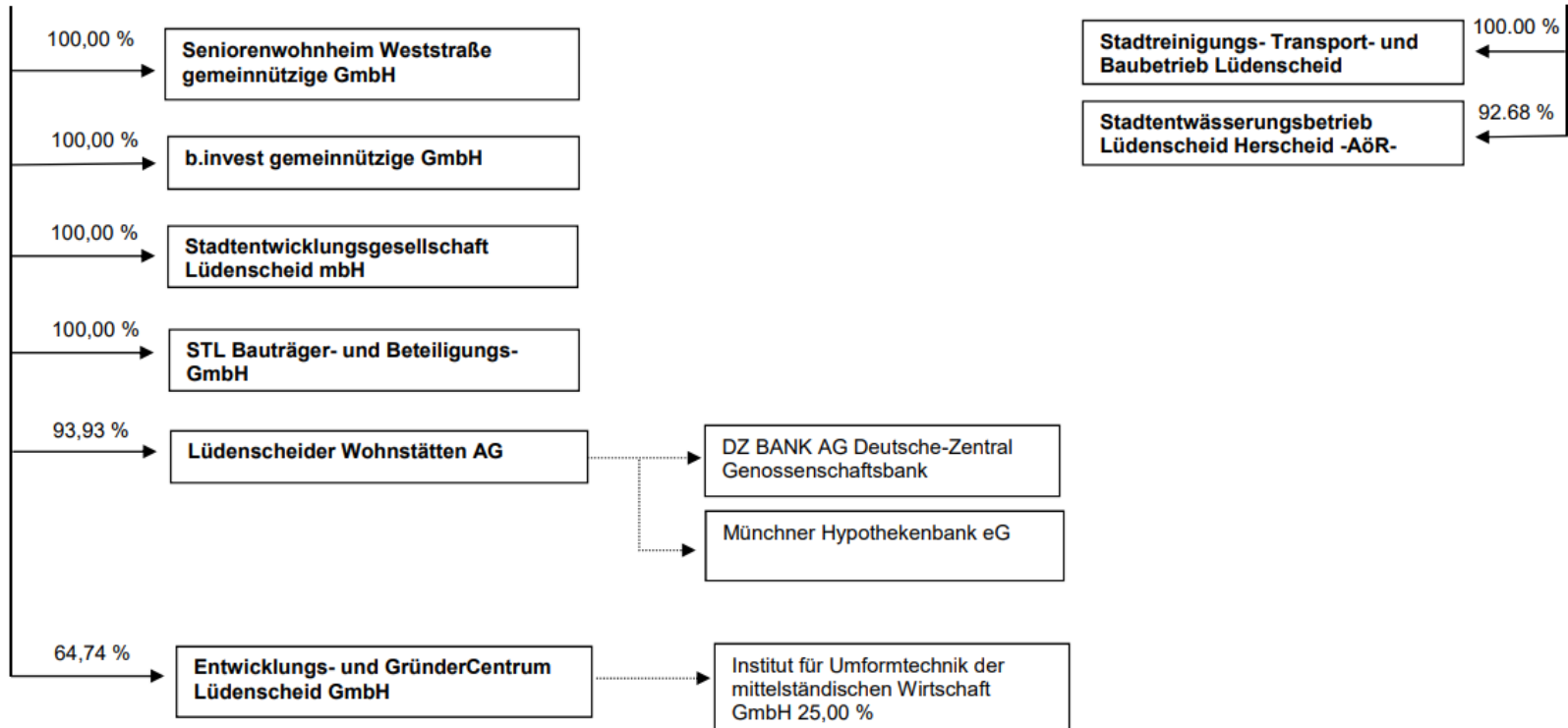
Stand: 31.12.2023



Stadt  
Lüdenscheid

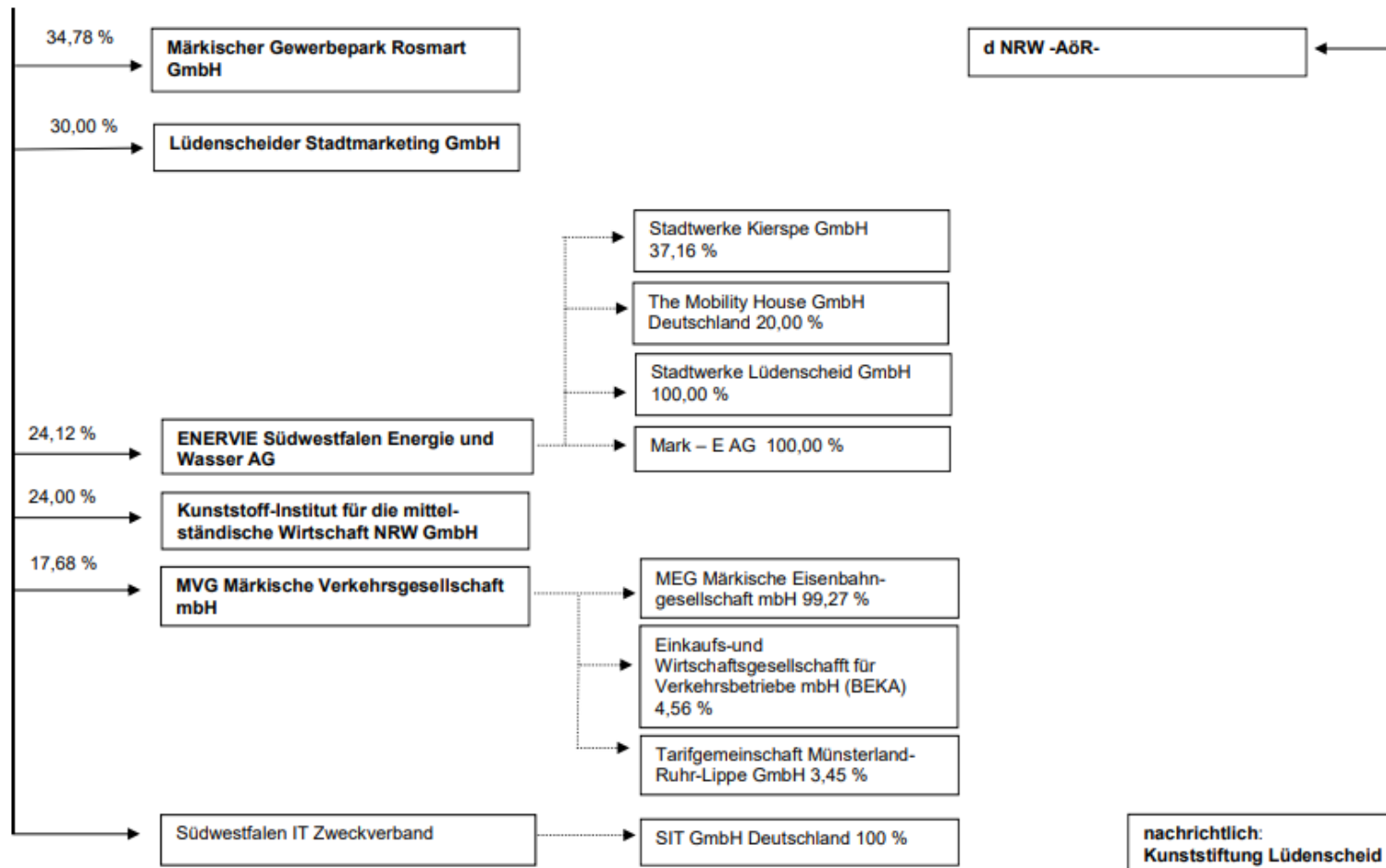
→ unmittelbare Beteiligungen  
→ mittelbare Beteiligungen

**Mehrheitsbeteiligungen**





Minderheitsbeteiligungen



### **3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio**

Im Jahr Berichtsjahr 2023 hat es Änderungen im Beteiligungsportfolio der Stadt Lüdenscheid gegeben.

#### **Zugänge**

- Mit Beschlussfassung vom 19.06.2023 hat der Rat die Gründung der b.invest gemeinnützige GmbH (b.invest) beschlossen. An dieser ist die Stadt Lüdenscheid zu 100 % beteiligt.
- Mit Beschlussfassung vom 06.11.2023 hat der Rat die Gründung der Stadtentwicklungsgesellschaft Lüdenscheid mbH (SEG) beschlossen. An dieser ist die Stadt Lüdenscheid zu 100 % beteiligt.

#### **Abgänge:**

- Mit Beschlussfassung vom 21.08.2023 hat der Rat die Veräußerung der Anteile der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH an der Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH (WIDI) beschlossen.

### 3.2 Beteiligungsstruktur

Tabelle 1:

#### Übersicht der Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023	Anteil am Stammkapital		Beteiligungsart
		T€	T€	%	
<b>1</b>	Seniorenwohnheim Weststraße GmbH	256	256	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	913			
<b>zu 1</b>	WIDI – Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH	1.634	11	0,64	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019, Jahresergebnis 2020 bis 2023 liegen nicht vor	608			
<b>2</b>	b.invest gemeinnützige GmbH	25	25	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-6			
<b>3</b>	Stadtentwicklungsgesellschaft Lüdenscheid mbH	25	25	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-1			
<b>4</b>	STL GmbH	511	511	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	181			
<b>5</b>	Stadtreinigungs- Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid	1.943	1.943	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-80			
<b>6</b>	Lüdenscheider Wohnstätten AG	8.820	8.814	99,93	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	1.071			
<b>zu 6 6.1</b>	DZ BANK AG Deutsche-Zentral Genossenschaftsbank	4.926	4	Anteil aufgrund der minimalen Beteiligung nicht darstellbar	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	478			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023	Anteil am Stammkapital		Beteiligungsart
		T€	T€	%	
<b>6.2</b>	Münchner Hypothekbank eG	1.271.496	0,07	Anteil aufgrund der minimalen Beteiligung nicht darstellbar	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	102.121			
<b>7</b>	Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid - AöR-	21.580	20.000	92,68	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	5.183			
<b>8</b>	Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH	557	361	64,74	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-13			
<b>zu 8</b>	Institut für Umformtechnik der mittelständischen Wirtschaft GmbH	205	51	25,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-115,2			
<b>9</b>	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	207	72	34,78	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-633			
<b>10</b>	Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH	100	30	30,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-10			
<b>11</b>	ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG	114.900	27.718	24,12	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	52.704			
<b>zu 11</b> <b>11.1</b>	The Mobility House GmbH Deutschland	200	40.000	20,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	19,8			
<b>11.2</b>	Stadtwerke Lüdenscheid GmbH	27.357	27.357	100,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	2.787			
<b>11.2.1</b>	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH	25	25	100,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-3.661			
<b>11.3</b>	Mark-E AG	66.470	59.823	100,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	71.324			
<b>11.4</b>	Stadtwerke Kierspe GmbH	5.665	1.583	37,16	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	1.221			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023	Anteil am Stammkapital		Beteiligungsart
		T€	T€	%	
12	Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH	450	108	24,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-660			
13	Zweckverband Südwestfalen IT	Kein Stammkapital, da Zweckverband	Nicht darstellbar, da kein Stammkapital	Nicht darstellbar, da kein Stammkapital	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	4.183			
13 zu 13.1	Südwestfalen – IT (SIT GmbH)	250	s.o	s.o.	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	35			
14	Kunststiftung Lüdenscheid	1.107	100	9,03	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	4,7			
15	MVG Märkische Verkehrsgesellschaft mbH	5.411	956	17,68	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	0			
15 zu 15.1	MEG Märkische Eisenbahngesellschaft mbH	1.150	1.142	99,27	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	600			
15 zu 15.2	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsbetriebe mbH (BEKA)	335,3	15,3	4,56	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	109,6			
15 zu 15.3	Tarifgemeinschaft Münsterland-Ruhr-Lippe GmbH	29	1.000	3,45	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	3,2			
16	d NRW -AöR-	1.368	1	0,07	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	0			



### 3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Tabelle 2: Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt Lüdenscheid (in T€)

		unmittelbare Beteiligungen												mittelbare Beteiligung	
		Stadt Lüdenscheid	b.invest	SEG	Senioren-wohnheim	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH
Stadt Lüdenscheid	Forderungen		90.000	0	0	206.420	0	1.519.150	90.887	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten		0	0	0	1.234.765	0	0	1.981.306	0	0	0	0	0	27.606
	Erträge aus Gewinnabführung		0	0	172.517 155.000	1.045.081	37.294 20.000	1.064.653 400.280	2.127.915 1.991.426	unter 10 T€	483.132	36.012	3.377.325 3.377.325	unter 10 T€	61.570
	Aufwendungen davon Zuführung zur Kapitalrücklage		505.000 505.000	350.000 350.000	0	27.906.480	0	387.723	2.034.570	121.036	0	273.000	534.462	0	182.181
b.invest	Forderungen	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	90.000		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge davon Zuführung zur Kapitalrücklage	505.000 505.000		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SEG	Forderungen	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge davon Zuführung zur Kapitalrücklage	350.000 350.000		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Senioren-wohnheim	Forderungen	0	0	0		0	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0		unter 10 T€	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen davon Zuwendung	172.517 155.000	0	0		unter 10 T€	0	0	51.714	0	0	0	0	0	0

		unmittelbare Beteiligungen												<u>mittelbare Beteiligung</u>	
		Stadt Lüdenscheld	b.invest	SEG	Senioren-wohnheim	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Bäderbetrieb Lüdenscheld GmbH
STL	Forderungen	1.234.765	0	0	unter 10 T€		70.906	unter 10 T€	unter 10 T€	unter 10 T€	0	10.575	0	unter 10 T€	unter 10 T€
	Verbindlichkeiten	206.420	0	0	0		unter 10 T€	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0
	Erträge	27.906.480	0	0	unter 10 T€		112.166	unter 10 T€	55.243	unter 10 T€	0	119.475	0	unter 10 T€	26.317
	Aufwendungen	1.045.081	0	0	0		784.674	0	537.128	0	0	unter 10 T€	0	0	10.105
STL GmbH	Forderungen	0	0	0	0	unter 10 T€		0	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	70.906		0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	0	0	0	0	784.674		0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen davon Gewinnabführung	37.294 20.000	0	0	0	112.166		0	0	0	0	0	0	0	0
LüWo	Forderungen	0	0	0	0	0	0		unter 10 T€	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	1.519.150	0	0	0	unter 10 T€	0		0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	387.723	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen davon Gewinnabführung	1.064.653 400.280	0	0	0	unter 10 T€	0		528.961	0	0	0	0	0	0
SELH	Forderungen	1.981.306	0	0	0	unter 10 T€	0	0		0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	90.887	0	0	unter 10 T€	unter 10 T€	0	unter 10 T€		0	0	0	0	0	unter 10 T€
	Erträge	2.034.570	0	0	51.714	537.128	0	528.961		18.052	0	0	0	0	75.959
	Aufwendungen davon Gewinnabführung	2.127.915 1.991.426	0	0	0	55.243	unter 10 T€	0		0	0	0	0	0	0

		unmittelbare Beteiligungen												mittelbare Beteiligung	
		Stadt Lüdenscheid	b.invest	SEG	Senioren-wohnheim	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH
EGC	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0		0	0	0	0	0
	Erträge	121.036	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	183.991	0
	Aufwendungen	unter 10 T€	0	0	0	unter 10 T€	0	0	18.052		0	0	0	0	0
MGR	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0			0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0	0			0	0	0	0
	Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0			0	0	0	0
	Aufwendungen	483.132	0	0	0	0	0	0	0			0	0	0	0
LSM	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0				0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	10.575	0	0	0				0	0	0
	Erträge	273.000	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0				0	0	0
	Aufwendungen	36.012	0	0	0	119.475	0	0	0				0	0	unter 10 T€
ENERVIE	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0					0	24.485
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0	0					0	unter 10 T€
	Erträge	534.462	0	0	0	0	0	0	0					0	0
	Aufwendungen	3.377.325	0	0	0	0	0	0	0					0	unter 10 T€
	davon Gewinnabführung	3.377.325													

		unmittelbare Beteiligungen												mittelbare Beteiligung	
		Stadt Lüdenschied	b.invest	SEG	Senioren-wohnheim	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Bäderbetrieb Lüdenschied GmbH
KIMW	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0	0		0
	Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0
	Aufwendungen	unter 10 T€	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0	183.991	0	0	0		0
mittelbare Beteiligung: Bäderbetrieb Lüdenschied GmbH	Forderungen	27.606	0	0	0	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0	unter 10 T€		0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0	24.485		0
	Erträge	182.181	0	0	0	10.105	0	0	0	0	0	unter 10 T€	unter 10 T€		0
	Aufwendungen	61.570	0	0	0	26.317	0	0	75.959	0	0	0	0		0

In dieser und den nachfolgenden Tabellen wird die Gewinnabführung der Unternehmen als Aufwand ausgewiesen, da im verbindlichen Muster für den Beteiligungsbericht gem. § 133 Abs.2 Nr. 6 GO NRW keine separate Position dafür vorhanden ist. Daher werden die Gewinnabführungen in der zuvor abgebildeten Tabelle unter der Position Aufwendungen und Erträge (bei der Stadt Lüdenschied) extra ausgewiesen.

### **3.4 Einzeldarstellung**

#### **3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2023**

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Lüdenscheid einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Lüdenscheid mehr als 50 % der Anteile hält.
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Lüdenscheid geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Lüdenscheid zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese in Tabelle 1 lediglich nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Lüdenscheid gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Lüdenscheid dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

### 3.4.1.1 b.invest gemeinnützige Gesellschaft für Investitionen in Bildung mbH (b.invest)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Breslauer Straße 29 58511 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	2023
<b>Grundkapital</b>	25.000€

#### Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendhilfe (§ 52 Abs. 2 Nr. 4 AO) sowie die Förderung der Erziehung und der Berufsbildung (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 AO).

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Einrichtung und den Betrieb eines TUMO Zentrums ("TUMO Center for creative technologies") für Kinder und Jugendliche in Lüdenscheid mit an das Zentrum angeschlossenen „TUMO Boxen“ im Umland.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Ziel der Beteiligung ergibt sich aus dem Zweck der Beteiligung. Die b.invest gGmbH verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§§ 51 ff. AO) in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	100,00 %
------------------------------	----------

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der b.invest gGmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeit in Höhe von 90,0 T€ für ein Darlehen.
- Kapitalrücklage in Höhe von 505,0 T€.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	31.12. 2023	25.10. 2023	Veränderung		31.12. 2023	25.10. 2023	Veränderung
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	14,3	0	14,3	Eigenkapital	524,2	100,0	424,2
Umlaufvermögen	6.391,0	100,0	6.291,0	Sonderposten	14,3	0,0	14,3
				Rückstellungen	5,7	0,0	5,7
				Verbindlichkeiten	92,5	0,0	92,5
Aktive Rechnungsabgrenzung	582,8	0,0	582,8	Passive Rechnungsabgrenzung	6.351,4	0,0	6.351,4
Bilanzsumme	6.988,1	100,0	6.888,1	Bilanzsumme	6.988,1	100,0	6.888,1

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023
	T€
1. Umsatzerlöse	0,0
2. sonstige betriebliche Erträge	60,9
3. Materialaufwand	0,0
4. Personalaufwand	0,0
5. Abschreibungen	1,2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	65,5
7. Finanzergebnis	0,0
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-5,8
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-5,8

## Kennzahlen

	2023
	%
Eigenkapitalquote	7,7
Eigenkapitalrentabilität	-1,1
Anlagendeckungsgrad 2	*
Verschuldungsgrad	18,7
Umsatzrentabilität	-9,5

\* nicht darstellbar

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug die Zahl der Beschäftigten 0.

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

### I. Grundlagen, Selbstverständnis und Ziele des Unternehmens

Die b.invest gGmbH mit Sitz in Lüdenscheid wurde im Oktober 2023 als gemeinnützige Gesellschaft mit dem Fokus auf Investitionen in Bildung gegründet. Sie ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Stadt Lüdenscheid. Die Gründung erfolgte mit dem Ziel, in der Region ein innovatives Bildungszentrum nach dem Vorbild des armenischen TUMO-Modells aufzubauen und zu betreiben. Die Geschäftsführung obliegt der Stadtplanerin Heike Müller-Bärwolf.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, Kindern und Jugendlichen aus Lüdenscheid und der Umgebung digitale und kreative Kompetenzen zu vermitteln. Dabei wird ein modulares Lernsystem eingesetzt, das den Teilnehmenden ermöglicht, eigenverantwortlich Fähigkeiten zu entwickeln, die auf die Anforderungen einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft und Arbeitswelt vorbereiten. Zudem strebt das TUMO-Zentrum in Lüdenscheid an, die Bildungschancen in der Region nachhaltig zu verbessern und zur Chancengleichheit beizutragen. Der Fokus liegt hierbei auf der individuellen Förderung der Jugendlichen und der Investition in die Zukunft der Region.

Auf Basis einer bundespolitischen Initiative und eines Antrags vom 14.09.2023 erhielt die b.invest gGmbH mit Bescheid vom 07.11.2023 eine nicht rückzahlbare Zuwendung in Höhe von bis zu 6.431.552,89 € für das "Pilotprojekt zur Implementierung eines Mint + Bildungszentrums in eher ländlichen Regionen – TUMO Lüdenscheid". Die Zuwendung umfasst eine Vollfinanzierung und ist zweckgebunden, jedoch ohne besondere Auflagen. Der Förderzeitraum erstreckt sich vom 10.11.2023 bis zum 31.12.2027. Der Bescheid enthält eine detaillierte Aufstellung der geplanten kassenmäßigen Fälligkeiten für die Jahre 2023 bis 2027 und ist mit den üblichen Auflagen, wie der Vermeidung von Quersubventionierungen und Auszahlungssperren für bestimmte Teilpositionen, versehen.



## II. Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2023 aufgrund des krisengeprägten Umfelds im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 % gesunken. Die hohen Preise in allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur, ebenso steigende Zinsen sowie sinkende Nachfrage aus In- und Ausland.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Zur Erreichung dieser Zwecke hat sie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für den Zeitraum bis 2027 eine nicht rückzahlbare Zuwendung erhalten, wodurch die Gesellschaft nicht so sehr von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen betroffen ist.

Die konstituierende Sitzung der b.invest gGmbH fand am 02.11.2023 statt. Mit Start des Zuwendungszeitraums am 10.11.2023 wurde der Geschäftsbetrieb durch die Geschäftsführerin und zwei Mitarbeitenden in einem Büro im Rathaus der Stadt Lüdenscheid aufgenommen.

### Vermögens- und Finanzlage

In 2023 erfolgte eine finanzielle Ausstattung der gGmbH durch die Stadt Lüdenscheid.

<b>Euro</b>	<b>finanzielle Ausstattung</b>
25.000	Stammkapital
505.000	Kapitalrücklage
90.000	Darlehen

Die Bilanzsumme beträgt 6.988 T€. Der Jahresabschluss 2023 weist eine Eigenkapitaldeckung von 7,5 % der Bilanzsumme aus.

Die Zahlungsfähigkeit war im Jahr 2023 durchgängig gegeben.

### Ertragslage

Für das Jahr 2023 standen laut Zuwendungsbescheid Fördermittel in Höhe bis 797.957,16 € zur Verfügung. Es wurden 793.018,69 € abgerufen, von denen 654.736,20 € im Jahr 2023 verwendet wurden.

Im Geschäftsjahr 2023 sind keine Personalaufwendungen angefallen.

Ein wesentlicher Schritt im Geschäftsjahr 2023 war die Unterzeichnung des Franchisevertrags im November 2023 zwischen TUMO Ventures, CJSC (Armenien) als Franchisegeber, der KfW (Frankfurt) als Partner und Berater sowie der b.invest gGmbH als Franchisenehmer. Dieser Vertrag bildet die Grundlage für den Aufbau und Betrieb des TUMO Zentrums in Lüdenscheid.

Im Dezember 2023 wurde zudem der Mietvertrag für die Fläche des zukünftigen TUMO Zentrums abgeschlossen. Vertragspartner waren die SternCenter Lüdenscheid GmbH & Co. KG als Vermieter, vertreten durch ECE Marketplaces GmbH & Co. KG, Hamburg, und die b.invest gGmbH als Mieter.

### **III. Lage der Gesellschaft**

Die finanzielle Ausstattung der b.invest gGmbH zum Aufbau und Betrieb des TUMO-Zentrums Lüdenscheid ist durch die Bundesfördermittel bis einschließlich Dezember 2027 gesichert, vorausgesetzt, dass die Projektbausteine gemäß der geplanten Zeitvorgabe umgesetzt werden und die Mittelverwendung entsprechend eingesetzt wird.

Für die Deckung nicht förderfähiger Ausgaben ist die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 ebenfalls solide aufgestellt, was durch die Bereitstellung von Eigenmitteln und Kapitalrücklagen gewährleistet wird.

### **IV. Chancen- und Risikobericht**

Das Risikomanagement der b.invest gGmbH hat das Ziel, potenzielle Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, die die Realisierung des Förderprojekts und die Finanzlage negativ beeinflussen könnten. Dies ermöglicht der Gesellschaft, rechtzeitig Maßnahmen zur Vermeidung oder Minderung dieser Risiken zu ergreifen. Ein zentrales Element zur Risikominimierung ist die Einhaltung der Anforderungen und Auflagen des Fördermittelgebers. Regelmäßige Berichterstattungen an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie an den Franchisegeber TUMO Armenien gewährleisten, dass Risiken frühzeitig identifiziert werden können. Ergänzend dazu erfolgt durch die Fernuniversität Hagen eine qualitative Risikoanalyse auf Basis von Erfahrungswerten, Expertenmeinungen und Feedback von Stakeholdern.

Chancen:

- Die Entwicklung des TUMO-Zentrums bietet die Möglichkeit, eine zukunftsorientierte Bildungsplattform zu etablieren, die weltweit an Bedeutung gewinnt.
- Durch die enge Zusammenarbeit mit lokalen Schulen und die geplante Einbindung umliegender Kommunen wird eine breite Zielgruppe erreicht, was das Potenzial zur regionalen Verankerung erhöht.
- Die Förderung digitaler Kompetenzen bei der jungen Generation leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung.
- Das Bildungszentrum trägt systematisch dazu bei, das Interesse von Kindern und Jugendlichen an MINT+-Themen zu wecken, zu verstärken und langfristig zu festigen.

Risiken:

- Die Finanzierung über den Förderzeitraum hinaus, der Ende 2027 endet, bleibt ungewiss, was die langfristige Planung erschwert.
- Der späte Projektstart Ende 2023 birgt das Risiko von zeitlichen Verzögerungen beim Aufbau des Zentrums und könnte den Fortschritt gefährden.
- Der Fachkräftemangel stellt ein Risiko dar, den geplanten Personalaufbau innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens erfolgreich umzusetzen.

## **V. Forschungs- und Entwicklungsbericht**

Das aus Armenien stammende TUMO-Bildungskonzept wird im Rahmen eines Franchisemodells betrieben, das klare Vorgaben für Abläufe, Inhalte und Zielsetzungen beinhaltet. Aufgrund der geografischen Gegebenheiten wird das TUMO-Zentrum Lüdenscheid als zentraler Hub fungieren, von dem aus kleinere TUMO-Boxen im Umland entstehen können. Dieses dezentrale Lernangebot ist deutschlandweit als Pilotprojekt konzipiert. Die Einbindung des schulischen Vormittagsprogramms unter der Marke „lernfab.“ ermöglicht es, das Konzept auch in den Unterricht zu integrieren und so die Reichweite zu erhöhen.

Die TUMO-Zentren sind Vorreiter im Bereich der technologischen Bildung für Kinder und Jugendliche. Sie kombinieren selbstgesteuertes Lernen mit praxisorientierten Workshops, die auf den Erwerb digitaler Fähigkeiten abzielen. Während die Forschung zu TUMO bisher begrenzt ist, deuten vorhandene Studien auf positive Effekte hin. Eine Untersuchung der American University of Armenia zeigt, dass TUMO-Schüler im Bereich digitaler Fähigkeiten überdurchschnittliche Leistungen erbringen. Weitere Studien weisen darauf hin, dass die Lernenden sich in TUMO-Zentren motiviert fühlen und das Programm als bereichernd und anregend wahrnehmen.

Das TUMO-Zentrum in Lüdenscheid wird als Modellprojekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und als erstes TUMO-Zentrum in Deutschland in eher ländlich geprägten Regionen wissenschaftlich begleitet. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit der Fern-Universität Hagen, unter dem Forschungsschwerpunkt „Arbeit – Bildung – Digitalisierung“. Die Forschungsleitung übernehmen:

- Prof. Dr. Thomas Ludwig (Bildungstechnologien für die digitale Transformation),
- Prof. Dr. Julia Schütz (Empirische Bildungsforschung sowie ZeBO Hagen).

## **VI. Prognosebericht**

Ausgehend von den strategischen Zielen und dem Zuwendungsbescheid setzt sich die b.invest gGmbH für den Zeitraum von 2024 bis 2029 folgende operative Ziele:

- Aufbau eines engagierten und motivierten Teams für die Träger- und Betreibergesellschaft b.invest gGmbH sowie den Betrieb des TUMO-Zentrums Lüdenscheid.
- Festlegung und Umsetzung der architektonischen Anforderungen des Franchisegebers für die Gestaltung und Ausstattung des TUMO-Zentrums Lüdenscheid.
- Eröffnung des TUMO-Zentrums und Beginn des Regelbetriebs spätestens im Jahr 2025.
- Einrichtung eines interdisziplinären Beirats, der die Umsetzung des Projekts begleitet und fachliche Expertise einbringt.
- Etablierung des Bildungsangebots und curriculare Verzahnung der Vormittagsprogramme mit der regionalen Bildungslandschaft.
- Schaffung einer tragfähigen finanziellen Basis, um den Betrieb des TUMO-Zentrums über den Förderzeitraum hinaus nachhaltig sicherzustellen.

Für die Geschäftsjahre 2024 und folgende wird aufgrund der anhaltend hohen Inflationsraten mit einem Anstieg der Energiekosten für den Betrieb des TUMO-Zentrums sowie der Geschäftsräume gerechnet. Darüber hinaus ist von einer Erhöhung der Personalaufwendungen auszugehen, die durch notwendige Neueinstellungen sowohl für den Betrieb des TUMO-Zentrums als auch für das Backoffice der b.invest gGmbH bedingt sind.

## Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

### Geschäftsführung

Derzeitige Vertreterin seitens der Stadt Lüdenscheid ist Frau Heike Müller-Bärwolf.

### Aufsichtsrat

Mitglieder
Stadtkämmerer Sven Haarhaus (=Pflichtplatz BM)
RH Björn Schöttler
RF Anja Taddy-Schlichting
SB Barbara Scheidtweiler
SB Lenia Sommer
RH Jens Holzrichter
SB Sören Miossec

Auf Grund der 100 %igen Beteiligung entfallen alle 7 Mitglieder des Aufsichtsrates auf die Stadt Lüdenscheid. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Stadt Lüdenscheid bestellt. Über die Bestellung entscheidet der Rat der Stadt Lüdenscheid. Zu den bestellten Mitgliedern muss der/die Bürgermeister/in oder ein vom ihm vorgeschlagene/r Bedienstete der Stadt Lüdenscheid zählen.

### Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigter Vertreter	In ungeraden Jahren stimmberechtigter Vertreter
RF Verena Szermerski-Kasperek	RH Lucas Karich
<b>Stellvertretung:</b> RH Lucas Karich	<b>Stellvertretung:</b> RF Verena Szermerski-Kasperek

## **Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht**

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 35,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG für die b.invest gGmbH entfällt, da die Gesellschaft keine 20 Beschäftigten hat.

### 3.4.1.2 Stadtentwicklungsgesellschaft Lüdenscheid mbH (SEG)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Humboldtstraße 36 58511 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	2023
<b>Grundkapital</b>	25.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Zweck des Unternehmens ist

a) die städtebauliche Entwicklung auf Gebiet der Stadt Lüdenscheid. Dazu gehören Maßnahmen der Grundstückentwicklung, Durchführung von Projektentwicklungs- und Steuerungsaufgaben, die Vermögensverwaltung und Bewirtschaftung sowie Erwerb, Sanierung und Veräußerung und/oder Vermietung von Grundstücken und Gebäuden, dort, wo es zu städtebaulichen Fehlentwicklungen bzw. Sanierungsbedarf gekommen ist und diese durch die am Markt agierenden Eigentümer oder privaten Investoren nicht beseitigt werden;

b) die Förderung der Stadt Lüdenscheid als Wirtschaftsstandort, sowohl in Bezug auf bestehendes Gewerbe und Industrie als auch zur Neuansiedlung von Gewerbe und Industrie auf dem Gebiet der Stadt Lüdenscheid, insbesondere die Innovationsförderung und das Fachkräftemanagement;

c) das Stadtmarketing und die Förderung des Tourismus in der Stadt Lüdenscheid, insbesondere die Markenentwicklung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Destinationsentwicklung und Veranstaltungsförderung;

d) die Bewirtschaftung von Parkraum überwiegend auf Grundstücken der Stadt Lüdenscheid.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist es die städtebauliche Entwicklung auf dem Gebiet der Stadt Lüdenscheid zu fördern, die Stadt Lüdenscheid als Wirtschaftssandort attraktiver zu machen und das Stadtmarketing und den Tourismus in Lüdenscheid zu verbessern.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	100,00 %
------------------------------	----------

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen des Stadtentwicklungsgesellschaft Lüdenscheid mbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Kapitalrücklage in Höhe von 350,0 T€.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft ist im Dezember 2023 gegründet worden. Im Jahr 2023 wurde lediglich das Stammkapital in Höhe von 25.000 € sowie eine Kapitalerhöhung von 350.000 € eingezahlt und im Wesentlichen die Gründungskosten auf der Ausgabenseite (1.125,50 €) verbucht. Eine operative Geschäftstätigkeit hat nicht stattgefunden.

Auf Grund dessen können die Kennzahlen und der Lagebericht nicht dargestellt werden.

Vermögenslage		Kapitallage	
Aktiva		Passiva	
	2023		2023
	T€		T€
<b>Anlagevermögen</b>	0,0	<b>Eigenkapital</b>	373,9
<b>Umlaufvermögen</b>	375,1	<b>Sonderposten</b>	0,0
		<b>Rückstellungen</b>	0,5
		<b>Verbindlichkeiten</b>	0,7
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>375,1</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>375,1</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften stehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023
	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	0,0
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	0,0
<b>3. Materialaufwand</b>	0,0
<b>4. Personalaufwand</b>	0,0
<b>5. Abschreibungen</b>	0,0
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	1,1
<b>7. Finanzergebnis</b>	0,0
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	-1,1
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	<b>-1,1</b>

## Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

### Geschäftsführung

Derzeitiger Vertreter der Stadt Lüdenscheid ist Herr Holger Moeser.

### Aufsichtsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
BM (Pflichtplatz)	Stadtkämmerer Sven Haarhaus
RH Christoph Weiland	RH Björn Schöttler
RF Susanne Mewes	RH Ralf Schwarzkopf
RH Björn Weiß	RF Elisabeth Siebensohn
RH Oliver Fröhling	RH Michael Dregger
RH Fabian Ferber	RH Manuel Bunge-Altenberg
RH Dominik Hass	RH Thomas Kruber
RF Ramona Ullrich	RF Nicole Schulte
RF Heide-Marie Skorupa	SB Barbara Scheidtweiler
RH Jürgen Appelt	RF Ilona Bartocha
RH Jens Holzrichter	RH Dominik Petereit
RH Otto Ersching	RH Josef Filippek

Auf Grund der 100 %igen Beteiligung entfallen alle 12 Mitglieder und deren Stellvertreter des Aufsichtsrates auf die Stadt Lüdenscheid. Die Mitglieder sowie deren Stellvertreter werden von der Stadt Lüdenscheid entsandt. Über die Entsendung entscheidet der Rat der Stadt Lüdenscheid. Zu den entsandten Mitgliedern muss der Bürgermeister oder ein vom ihm vorgeschlagener Bedienstete der Stadt Lüdenscheid zählen.

### Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigter Vertreter	In ungeraden Jahren stimmberechtigter Vertreter
RF Anja Tadday-Schlichting	RH Jens Voß
<b>Stellvertretung:</b> RH Jens Voß	<b>Stellvertretung:</b> RF Anja Tadday-Schlichting



## **Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht**

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 3 27,27 %). Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat als stellvertretende Mitglieder beträgt zum 31.12.2023 4 (36,36 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern nicht erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG für die SEG entfällt, da die Gesellschaft keine 20 Beschäftigten hat.

### 3.4.1.3 Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH (Seniorenwohnheim)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Weststraße 19 58509 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1993
<b>Grundkapital</b>	255.645,94 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe sowie der damit im weitesten Sinne verbundenen Nebeneinrichtungen und Dienstleistungen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Ziel der Beteiligung ergibt sich aus dem Zweck der Beteiligung.

Nach dem Gesellschaftsvertrag verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung 1977 (§§ 51 ff.) in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	100,00 %
<b>Weitere Beteiligungen:</b>	Zum 01.11.2003 hat die Gesellschaft den Anteil der Stadt Lüdenscheid an der WIDI Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH zum Nominalwert von 10.361,72 € erworben.

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der Seniorenwohnheim gGmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 173 T€. Hiervon entfällt ein Betrag von 155 T€ auf die jährliche Ausschüttung des Seniorenwohnheims an die Stadt Lüdenscheid für gemeinnützige Zwecke. Der restliche Betrag entfällt auf Grundbesitzabgaben.

Finanzbeziehungen der Seniorenwohnheim gGmbH zur SELH bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 51,7 T€ für Entwässerungsgebühren.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	15.083,5	15.705,4	-621,9	<b>Eigenkapital</b>	22.343,4	21.585,1	758,3
<b>Umlaufvermögen</b>	10.513,6	9.371,8	1.141,8	<b>Sonderposten</b>	173,1	184,7	-11,6
				<b>Rückstellungen</b>	920,9	836,7	84,2
				<b>Verbindlichkeiten</b>	2.013,2	2.358,9	-345,7
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	146,5	111,8	34,7
<b>Bilanzsumme</b>	<b>25.597,1</b>	<b>25.077,2</b>	<b>519,9</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>25.597,1</b>	<b>25.077,2</b>	<b>519,9</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2023 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
148.173,00	Seniorenwohnheim Weststraße gGmbH	Stadt Lüdenscheid	Landschaftsverband
Gesamt: 148.173,00			

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	11.402,9	10.478,9	924,0
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	1.289,7	1.315,4	-25,7
<b>3. Materialaufwand</b>	1.676,6	1.654,9	21,6
<b>4. Personalaufwand</b>	8.419,7	8.283,4	136,2
<b>5. Abschreibungen</b>	944,4	909,3	35,1
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	716,7	335,5	381,2
<b>7. Finanzergebnis</b>	-22,0	-30,4	8,4
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	913,3	580,7	332,5
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	<b>913,3</b>	<b>580,7</b>	<b>332,5</b>

## Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	88,0	86,8	1,2
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	4,1	2,7	1,4
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	149,3	138,6	10,7
<b>Verschuldungsgrad</b>	13,1	14,8	-1,7
<b>Umsatzrentabilität</b>	7,2	4,9	2,3

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug die Zahl der Beschäftigten 220 (Vorjahr 228).

[Die Anzahl der Mitarbeiter für 2022 betrug im Anhang des Geschäftsjahres 2022 noch 253 Angestellte. Diese Angabe enthielt jedoch Mitarbeiter, die in der Ermittlung der Anzahl keine Berücksichtigung hätten finden dürfen. Daher wurde die Vorjahreszahl im Jahresabschluss 2023 angepasst.]

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

### I. Grundlage des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe sowie der damit im weitesten Sinne verbundenen Nebeneinrichtungen und Dienstleistungen. Dabei verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke.

## **II. Wirtschaftsbericht**

### **Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens**

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 913 T€ (Vorjahr 580 T€) bewertet die Gesellschaft als sehr gut.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge sind in der Summe um 878 T€ (Vorjahr 555 T€) gestiegen. Die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen sind um 646 T€ und die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung um 343 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Dem stehen Ertragsminderungen im Umfang von 111 T€ gegenüber. Mit 55 T€ resultieren diese im Wesentlichen aus der Reduzierung der Zusatzleistungen. Zum 01.01.2023 ist das Verfahren zur Abrechnung der Inkontinenzprodukte umgestellt worden. Entgegen der bis 2022 gültigen Regelung werden die Inkontinenzprodukte nicht mehr über die Einrichtung abgerechnet und damit entfällt auch die entsprechende Erstattungsposition.

Die Betriebskosten einschließlich des Personalaufwandes sind in der Summe um 158 T€ (Vorjahr 518 T€) gestiegen.

Das Finanzergebnis hat sich nochmals um 8 T€ verbessert und beträgt nunmehr -22 T€ (Vorjahr -30 T€).

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls nochmals verbessert.

Die flüssigen Mittel einschließlich des Wertpapierdepots haben um 799 T€ (Vorjahr 1.284 T€) zugenommen. Das Sachanlagevermögen hat um 612 T€ (Vorjahr 761 T€) abgenommen. Gleichzeitig wurden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 553 T€ (Vorjahr 545 T€) abgebaut. Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und der Verbindlichkeiten werden stabil gehalten.

Die Finanzlage ist als gesichert zu bezeichnen.

Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (unter Berücksichtigung des Sonderpostens) konnte nochmals verbessert werden und beträgt jetzt 88 % (Vorjahr 86 %).

Die Ertragslage ist bei nachhaltigen Jahresüberschüssen seit Jahren unverändert gut.

Die wirtschaftliche Lage ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

### **Auslastung - Belegungsstruktur**

Die Auslastung der stationären Wohnbereiche sowohl in der Weststraße wie auch im Haus Toscana war im Jahr 2023 unverändert gut.

Im Jahr 2023 ist die Tagespflege umfangreich saniert worden. Während der Umbaumaßnahme waren die Räumlichkeiten der Tagespflege nicht nutzbar. Der Betrieb der Tagespflege wurde – allerdings mit Belegungseinschränkungen aufgrund der beengten Platzverhältnisse - in anderen Räumlichkeiten des Hauses fortgeführt. Trotz der schwierigen Umstände ist eine Auslastungsquote von rd. 74 % und damit ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis erzielt worden.

Die Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen ist zufriedenstellend.

Im Betreuten Wohnen sind erneut außerordentlich viele Wohnungen frei geworden und müssen neu belegt werden. Die hohe Fluktuation hat dazu geführt, dass die Auslastungsquote im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken ist.

### **Investitionsmaßnahmen**

#### **Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten im Seniorenwohnheim Weststraße**

Im Jahr 2023 ist die Tagespflege umgebaut und umfassend renoviert worden. Mit dem Bau der Photovoltaik-Anlage auf den Gebäuden Weststraße 19 und 21 wurde in 2023 begonnen. Die Anlagen werden voraussichtlich im Juni 2024 den Betrieb aufnehmen. Die geplante Balkonüberdachung konnte in im Jahr 2023 nicht mehr realisiert werden. Die Umsetzung dieser Baumaßnahme erfolgt im laufenden Geschäftsjahr. Die Erneuerung der Küchenzeilen in den Wohnungen des Betreuten Wohnens im Gebäude 19 ist in 2023 erfolgt. Allerdings haben 10 der insgesamt 24 Mieter auf die Erneuerung der Küchenzeilen verzichtet.

Im Gebäude Weststraße 21 ist im ersten Halbjahr 2024 eine Türgegensprechlage mit Videoüberwachung installiert worden.

Die Erneuerung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen erfolgt ebenfalls sukzessiv.

Folgende Maßnahmen werden voraussichtlich im Jahr 2024 umgesetzt:

1. Erneuerung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen für 108 Bewohnerzimmer (Pflegebetten, Pflegenachtische, Kastenmöbel, Tische, Stühle, Sessel sowie Pflegebetten für Haus Toscana)

Bearbeitungsstand: Auswahl Mobiliar und Einholen der Angebote

2. Sanierung der Bäder (108) im stationären Bereich sowie im Betreuten Wohnen (24) des Gebäudes Weststraße 19 sowie im zweiten Schritt im Gebäude Weststraße 21

Bearbeitungsstand: Musterbad ist fertiggestellt; Ausschreibung und Auftragsvergabe für zunächst 24 Bäder wird vorbereitet.

3. Sanierung und teilweise Erneuerung der Zimmertüren im stationären Bereich Weststraße 19

Bearbeitungsstand: Auswahl der Türen und Einholen der Angebote im Jahr 2024

4. Photovoltaik-Anlage für das Gebäude Philippstraße 21 (Haus Toscana)

5. Errichtung einer Zaunanlage/Sichtschutzanlage an der Müllentsorgungsstelle des Gebäudes Weststraße 19

6. Erneuerung der Telefonanlage im Haus Toscana

Für die nächsten Jahre stehen weitere umfangreiche Investitionsmaßnahmen an.

Folgende Maßnahmen werden voraussichtlich in den Jahren 2025 und 2026 umgesetzt werden.

7. Sanierung der Bodenbeläge in den Dienstzimmern und den Aufenthaltsräumen im Gebäude Weststraße 19
8. Sanierung der Räumlichkeiten des Ambulanten Dienstes
9. Erneuerung Sonnenschutzanlagen in der Verwaltung Weststraße 19
10. Sonnenschutz/Insektenschutz für die Aufenthaltsräume der Stationären Wohnbereiche
11. Erneuerung der Beleuchtung in den Bewohnerzimmern
12. Erneuerung der Fensterdekoration in den Bewohnerzimmern Weststraße 19
13. Teilweise Erneuerung der Balkontüren und Nebeneingangstüren im Gebäude Weststraße 19
14. Bau einer Überdachung am Haupteingang Gebäude Weststraße 19 sowie ggf. im Innenhof zwischen den Gebäuden Weststraße 19 und 21
15. Sanierung der Aufzuganlagen im Gebäude Weststraße 19
16. Erneuerung der Handläufe auf den stationären Wohnbereichen
17. Teilweise Erneuerung von Dachflächenfenstern im Gebäude Weststraße 21
18. Teilweise Erneuerung der Küchenzeilen im Betreuten Wohnen Weststraße 19 und 21
19. Umfangreiche Malerarbeiten und Bodenbelagsarbeiten in allen Gebäuden

Das Investitionsvolumen für die geplanten und aktuell in Umsetzung befindlichen Maßnahmen beläuft sich nach einer groben Schätzung auf etwa 3.000 T€. Für die Finanzierung stehen ausreichend Eigenmittel über die in den vergangenen Jahren gebildeten Gewinnrücklagen zur Verfügung. Im Sinne der Gemeinnützigkeit des Unternehmens sind diese Mittel für den gemeinnützigen Zweck zu verwenden.

### **III. Prognosebericht**

Für das Geschäftsjahr 2024 wurde erhebliche Mehraufwendungen erwartet sowohl bei den Personalaufwendungen wie auch bei den Sach- und Materialaufwendungen. Gleichzeitig ist ein Anstieg der Umsatzerlöse bei den Erträgen aus Allgemeinen Pflegeleistungen sowie den Erträgen aus Unterkunft und Verpflegung zu erwarten, da zum 01.04.2024 eine Pflegesatzanpassung für die Stationären Pflegebereiche Weststraße und Haus Toscana und für die Tagespflege beantragt wurde. Die Vergütungsverhandlungen stehen noch aus, da die Pflegekasse

die Anträge aufgrund der Erkrankung des zuständigen Mitarbeiters bislang nicht bearbeiten konnte.

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2023 liegt oberhalb des Niveaus eines Durchschnittsjahres. Für das Jahr 2024 ist ein durchschnittliches Jahresergebnis zu erwarten.

#### **IV. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Trotz einer verschärften Wettbewerbssituation hat die Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH ihre gute Marktposition behauptet.

Grundsätzlich sind aktuell für die künftige Entwicklung keine besonderen Risiken ersichtlich.

Es sind weder Liquiditätsengpässe noch sich langfristig abzeichnende Vermögensverluste zu erwarten. Der rechtliche Bestand ist ebenfalls in keiner Weise gefährdet.

#### **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

#### **Geschäftsführung**

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

#### **Verwaltungsrat**

<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
Frau Petra Noack (Pflichtplatz)	BM Sebastian Wagemeyer
Leitung des Fachbereichs Bürgerservice/Soz. Hilfen	Stellvertretende Leitung des Fachbereichs Bürgerservice/Soz. Hilfen
RH Dirk Franke	RH Lothar Hellwig
RF Ramona Ullrich	SB Dorothee Neuhaus
RF Karin Hertes	RH Michael Thielicke
SB Brunhilde Gromball	SB Renate Klebeck
RH Ernst Helmut Norbert Adam	RF Gesthimani Demirtzoglou
RF Ursula Maria Meyer	RH Michael Dregger
RF Elisabeth Siebensohn	RF Anja Tadda-Schlichting
SB Renate Lazar	SB Ilona Bartocha

Auf Grund der 100 %igen Beteiligung entfallen zehn Mitglieder des Verwaltungsrates auf die Stadt Lüdenscheid, die vom Rat bestellt und abberufen werden. Zudem werden fünf Mitglieder und deren Stellvertretung von den Arbeitnehmern/innen aus ihren Reihen gewählt und ein Mitglied und seine Stellvertretung wird vom Heimbeirat gewählt.



## Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigter Vertreter	In ungeraden Jahren stimmberechtigter Vertreter
RF Heide Marie Skorupa	RF Susanne Mewes
<b>Stellvertretung:</b> RF Susanne Mewes	<b>Stellvertretung:</b> RF Heide Marie Skorupa

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 66,67 %. Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als stellvertretende Mitglieder beträgt zum 31.12.2023 5 (55,56 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern erreicht.

### Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bisher nicht erstellt. In der Gesellschaft sind regelmäßig deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (Anteil zwischen 85 und 90 %) und auch die Leitungsfunktionen sind zum weitaus überwiegenden Teil mit Frauen besetzt.

### 3.4.1.2 STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH (STL – GmbH)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Am Fuhrpark 14 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1988
<b>Grundkapital</b>	511.291,88 €

#### Zweck der Beteiligung

Zweck des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Einrichtung, die Unterhaltung und der Betrieb von Einrichtungen ohne wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 GO NRW sowie der Erwerb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Grundstücke, die Beteiligung an diesen Einrichtungen und alle damit im weitesten Sinne zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist dem Zweck der Beteiligung zu entnehmen.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	100,00 %
------------------------------	----------

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der STL GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von rd. 37,3 T€. Ein Betrag in Höhe von rd. 17,3 T€ entfällt auf die Avalprovision für die Bürgschaft der Stadt Lüdenscheid. Zudem erhält die Stadt Lüdenscheid von der STL GmbH eine jährliche Dividende in Höhe von 20 T€.

Finanzbeziehungen der STL GmbH zum STL bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 70,9 T€ für Verwaltungskosten (58,8 T€) und EDV-Nutzung (12,1 T€).
- Erträge in Höhe von 784,7 T€ für Pachtzahlungen des STL.
- Aufwendungen in Höhe von 112,2 T€ für Verwaltungskosten (58,8 T€) und EDV-Nutzung (12,1 T€).

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	5.543,4	5.606,8	-63,4	<b>Eigenkapital</b>	3.152,8	2.991,6	161,2
<b>Umlaufvermögen</b>	25,9	2,8	23,1	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	21,1	22,4	-1,3
				<b>Verbindlichkeiten</b>	2.395,6	2.595,8	-200,2
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,2	0,2	0,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.569,5</b>	<b>5.609,8</b>	<b>-40,3</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.569,5</b>	<b>5.609,8</b>	<b>-40,3</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2023 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
666.829,02	STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH	Stadt Lüdenscheid	Sparkasse an Volme und Ruhr
743.476,30	STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH	Stadt Lüdenscheid	KfW
Gesamt: 1.410.305,32			

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	793,7	807,6	-13,9
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	0,9	0,3	0,6
<b>3. Materialaufwand</b>	0,0	0,0	0,0
<b>4. Personalaufwand</b>	3,2	3,2	0,0
<b>5. Abschreibungen</b>	334,8	332,8	2,0
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	122,8	96,3	26,5
<b>7. Finanzergebnis</b>	-70,9	-59,7	-11,2
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	262,9	315,9	-53,0
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	<b>181,2</b>	<b>211,5</b>	<b>-30,3</b>

## Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	56,6	53,3	3,3
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	5,7	7,1	-1,3
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	65,1	64,2	0,8
<b>Verschuldungsgrad</b>	67,7	87,5	-10,9
<b>Umsatzrentabilität</b>	22,8	26,2	-3,4

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren weiterhin keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

## Grundlagen der Gesellschaft

Die STL Bauräger- und Beteiligungs-GmbH (STL-GmbH) ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Handelsgesetzbuches. Einzige Gesellschafterin ist die Stadt Lüdenscheid. Die öffentliche Zwecksetzung der Gesellschaft ist mit der Verpachtung der Grundstücke und Gebäude an den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL), der als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt in Lüdenscheid die öffentlich-rechtliche Abfallsorgung, die Straßenreinigung und den Winterdienst durchführt und den städtischen Baubetrieb betreibt, gegeben.

## **Wirtschaftsbericht**

### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2023 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,3 % gesunken, damit kam die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr im nach wie vor krisengeprägten Umfeld ins Stocken. Die gesamtwirtschaftliche Lage stellt sich durch erhebliche Kaufkraftverluste als Folge des Energie- und Nahrungsmittelpreisanstiegs sowie der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung verbunden mit den geopolitischen Krisen als schwach dar. Gründe für den negativen Verlauf sind insbesondere der Rückgang beim privaten Konsum durch Kaufkraftverluste und Kaufzurückhaltung nicht zuletzt auf Grund von Unsicherheiten durch geopolitische Konflikte. Auch der staatliche Konsum war rückläufig und hat zu einer Normalisierung der Staatsausgaben auf Vor-Corona-Niveau geführt. So war der private Konsum mit -0,8 % rückläufig während die Staatsausgaben mit -1,7 % abgenommen haben.

Die Bruttoanlageinvestitionen gingen mit -0,3 % etwas zurück, vor allem da die Bauinvestitionen infolge der gestiegenen Finanzierungs- und Materialkosten im Jahresdurchschnitt 2023 preisbereinigt erneut um rund 2 % sanken. Dagegen konnten die Investitionen in Maschinen und Anlagen mit +3,0 % deutlich zulegen. Die Exporte nahmen infolge der schwachen Nachfrage aus dem Ausland um 1,8 % ab. Die Importe fielen im Zuge der schwachen Binnennachfrage mit -3,0 % sogar noch kräftiger, weshalb der Außenhandel rechnerisch +0,6 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum beitrug. (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz –BMWK- vom 15.01.2024)

Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft im märkischen Südwestfalen entspricht dem gesamtwirtschaftlichen Trend. Unter den bekannten Rahmenbedingungen war eine positivere Entwicklung, auch regional betrachtet, nicht möglich.

### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 181,2 T€.

### **Lage**

#### Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2023 wurde mit Umsatzerlösen von 793,7 T€ (Vorjahr: 807,7 T€) und einem Jahresüberschuss von 181,2 T€ (Vorjahr: 211,6 T€) geschlossen. Die Bilanzsumme sank von 5.609,9 T€ im Jahr 2022 um 40,4 T€ auf 5.569,5 T€ im Berichtsjahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich im Berichtsjahr auf 2.136,4 T€ (Vorjahr: 2.514,8 T€). Es entstanden Zinsaufwendungen in Höhe von 53,6 T€ (Vorjahr: 37,5 T€) und Bürgschaftsprovisionen in Höhe von 17,3 T€ (Vorjahr: 22,1 T€) für Bürgschaften der Stadt Lüdenscheid. Die Bürgschaftsprovision beträgt wie in den Vorjahren 1,0 % der Bürgschaftssumme.

Die Umsatzerlöse (Pachterträge) betragen im Jahr 2023 insgesamt 793,7 T€ (Vorjahr: 807,7 T€). Für die Berechnung der Pacht des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) werden die laufenden Abschreibungen und die Verzinsung der Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude zugrunde gelegt. Der Pachtzins beträgt wie in den Vorjahren

6,20 % (4,70 % Zinsen + 1,00 % Avalprovision + 0,50 % Verwaltungskosten) der Restbuchwerte der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücke und Gebäude. Zudem wird ein Unterhaltungskostenaufschlag in Höhe von 0,75 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens berücksichtigt.

Seit dem 26.04.1999 sind rd. 65.000 m<sup>2</sup> des Grundstücks Spielwige langfristig bis zum Jahr 2050 an den Hegering Lüdenscheid e.V. verpachtet, der das Gelände zum Betrieb einer Schießstätte gemäß der Erlaubnis der Kreispolizeibehörde nutzt. Im Jahr 2023 entstanden Pachterträge in Höhe von rd. 4,7 T€.

### Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 3.152,8 T€. In Relation zur Bilanzsumme von 5.569,5 T€ beträgt die Eigenkapitalquote 56,6 % (Vorjahr: 53,2 %).

Die sonstigen Rückstellungen betragen 21,1 T€ (Vorjahr: 21,4 T€). Sie bestehen für externe und interne Jahresabschlusskosten sowie für die Buchhaltung und die Aktenaufbewahrung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen mit 2.136,4 T€ um -378,4 T€ unter dem Betrag des Vorjahres (2.514,8 T€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten liegen mit 259,1 T€ um insgesamt 178,1 T€ über dem Vorjahresniveau (81,0 T€). Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten mit 2.395,5 T€ 43,0 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 2.595,8 T€, 46,3 %).

Die Liquidität war ganzjährig und über diesen Zeitraum bis zur Erstellung des Lageberichtes gesichert. Die bilanzierten Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden.

### **Feststellung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des HGrG**

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Friebe-Schellscheidt GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Geschäftsjahr 2023 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

### **Gesamtaussage**

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft kann als insgesamt gut bezeichnet werden und bewegt sich im Rahmen des Wirtschaftsplanansatzes.

### **Prognosebericht**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat in seiner Sitzung am 20.06.2022 die STL-GmbH mit der Errichtung der Kindertageseinrichtungen Lenneteich und Schöneck (Parkstraße) beauftragt. Das Investitionsvolumen wird auf insgesamt rd. 13.000,0 T€ geschätzt. Hiervon entfallen rd. 5.500,0 T€ auf die Einrichtung Schöneck und 7.500,0 T€ auf den Standort am Lenneteich. Diese Schätzung des beauftragten Architekturbüros berücksichtigt bereits Kostensteigerungen im Baugewerbe entsprechend den Vorjahren. Erste Angebote für das Objekt Schöneck zeigen, dass die Kosten im Baugewerbe mindestens stagnieren, wenn nicht sogar leicht rückläufig sind. Die Kostenschätzungen scheinen insgesamt auskömmlich.

Der Auftrag für den Bau der Kindertagesstätte Schöneck soll im 1. Quartal 2024 und für den Bau der Einrichtung am Lenneteich im 2. Quartal 2024 erfolgen. Mit Baubeginn ist voraussichtlich im letzten Quartal 2024 zu rechnen. Daher ist eine Investitionssumme in Höhe von

5.000,0 T€ im Wirtschaftsplan 2024 eingestellt. Für 2025 ist eine Summe von 8.000,0 T€ zu veranschlagen.

Zur Sicherung der städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten und zur Revitalisierung der Brachfläche „Forum am Sternplatz“ hat die Gesellschaft in Abstimmung mit der Stadt Lüdenscheid das Parkhaus Weststraße mit der Fußgängerbrücke erworben. Der Verwaltungsrat und die Gesellschafterversammlung der STL GmbH haben dem Vorhaben in den Sitzungen am 09.11.2023 zugestimmt. Der Kaufvertrag wurde im Dezember 2023 geschlossen. Dabei wurde ein Kaufpreis von 2.800,0 T€ inkl. Erwerbsnebenkosten sowie der 01.07.2024 als Termin für den wirtschaftlichen Übergang vereinbart. Im Investitionsplan 2024 wurde ein Ansatz in entsprechender Höhe eingestellt. Der Betrieb und die Unterhaltung des Parkhauses sind noch mit einem zukünftigen Betreiber vertraglich zu regeln.

Auf der Deponie Lüdenscheid-Kleinleifringhausen soll eine Umladestation durch den Eigenbetrieb betrieben werden. Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat dem Grundstückskauf durch die Gesellschaft zugestimmt. Sobald alle Genehmigungen vorliegen und die Rahmenbedingungen erfüllt sind, wird die STL GmbH das Grundstück von der Stadt Lüdenscheid erwerben und an den Eigenbetrieb verpachten. Hierfür ist im Haushalt der Stadt Lüdenscheid ein Kaufpreis von rd. 120,0 T€ angesetzt. Hinzuzurechnen sind Investitionsmittel für die Herrichtung des Geländes, beispielsweise für Containerstandorte oder die Instandsetzung von Gebäuden. In der Summe sind für den Grundstückskauf und erste Baumaßnahmen auf dem Gelände Mittel in Höhe von insgesamt 270,0 T€ im Wirtschaftsplan 2024 veranschlagt.

Die folgenden weiteren Investitionen in Höhe von 500,0 T€ sind auf dem Betriebshof geplant:

- |   |          |
|---|----------|
| • Vollständige Sanierung einschließlich Asbestbeseitigung der Fahrzeughalle, Dacherneuerung und Installation einer Photovoltaikanlage | 450,0 T€ |
| • Erneuerung der Sanitär- und Sozialräume auf dem Recyclinghof  | 50,0 T€  |

Entsprechend der Planzahlen wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 106,0 T€ erwartet.

Die durch den russischen Angriffskrieg auf das Nachbarland Ukraine und bereits der Corona-Krise geschuldeten weltweiten Lieferengpässe in allen Lebens- und Geschäftsbereichen haben sich immer noch nicht normalisiert.

## **Chancen- und Risikobericht**

### Risikobericht

Die Gesellschaft ist überwiegend abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und der strategischen Ausrichtung des Eigenbetriebes.

Im Rahmen der internen Revision finden bedarfsgerecht Überprüfungen der Arbeitsabläufe und wichtiger sonstiger Sachverhalte statt.

Um das Haftungsrisiko zu minimieren, besteht eine Eigenschadenversicherung, eine Rechtsschutzversicherung sowie eine Haftpflichtversicherung. Darüber hinaus bestehen für die Ge-

bäude der Gesellschaft Versicherungen gegen Schäden durch Feuer, Brand, Blitzschlag, Leitungswasser, Sturm und weiterer Elementarschäden.

Durch die angespannte Situation auf dem Kapitalmarkt, besteht das Risiko der steigenden Darlehenszinsen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass für den Kauf des Parkhauses Weststraße und den Bau der Kindertagesstätten Fremdmittel zur Finanzierung aufgenommen werden müssen.

Durch den Kauf des Parkhauses Weststraße muss ab dem 01.07.2024 ein Betreiber gefunden werden, der gesichert die Pacht zur Deckung der Zinsen und Tilgung sowie notwendiger Unterhaltungsmaßnahmen aufbringt. Geplant ist, einen langfristigen Pachtvertrag mit der Stadt Lüdenscheid bzw. einer Eigengesellschaft der Stadt Lüdenscheid abzuschließen, so dass die STL-GmbH zukünftig ausschließlich Verpächter und nicht Betreiber des Parkhauses ist.

### Chancenbericht

Der Gesellschaftszweck der STL GmbH ist entsprechend § 108 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) auf den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, das Erstellen von Gebäuden und die Verpachtung der Grundstücke und Gebäude an den STL-Eigenbetrieb beschränkt. Die Übertragung von investiven Bautätigkeiten der Stadt Lüdenscheid auf die Gesellschaft würde deren wirtschaftliche Entwicklung verbessern.

Das Betriebsgelände könnte durch den Kauf des alten Feuerwehr-Gerätehauses von der Stadt Lüdenscheid erweitert werden. Ein Kaufinteresse ist hinterlegt.

Veränderte Chancen ergeben sich aus der Übernahme von Bauträgertätigkeiten für die Stadt Lüdenscheid, wie zum Beispiel der Bau von zwei Kindergärten. Auch durch den Kauf des Parkhauses Weststraße wird die Gesellschaft breiter aufgestellt. Des Weiteren kann der Pachtvertrag mit dem Eigenbetrieb erweitert werden (z. B. Übernahme Umladestation).

### **Gesamtaussage**

Eine Änderung der Geschäftspolitik hat sich durch die Übernahme von Bauträgertätigkeiten für Projekte, die im öffentlichen Interesse stehen, und deren vollständige Abwicklung für die Stadt, ergeben. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2009 der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft entsprechend der Beschlussfassung im Rat der Stadt Lüdenscheid geändert. Das Geschäftsmodell der Gesellschaft ist aus heutiger Sicht nicht weiter ausbaufähig.

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

### **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

### **Geschäftsführung**

Die Stadt Lüdenscheid ist in der Geschäftsführung durch den Werkleiter des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes, Herrn Andreas Fritz, vertreten.



## Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
RH Daniel Florian Kahler	RF Dr. Antje Heider
RH Lucas Karich	RF Gesthimani Demirtzoglou
RF Elisabeth Frieda Siebensohn	RH Ernst Helmut Norbert Adam
RH Mert Can Cetin	RH Michael Dregger
RF Karin Hertes	RF Nicole Schulte
RH Steffen Kriegel	RF Ramona Ulrich
RH Lothar Hellwig	RH Dirk Franke
RF Verena Szermerski-Kasperek	RF Heide-Marie Skorupa
SB Peter-Paul Marienfeld	SB Jochen Kliebisch
SB Renate Klebeck	SB Bruno Sixtus Schwarz
SB Margret Schade	SB Dietmar Fernholz
BM Sebastian Wagemeyer	Herr Frank Kuscharmirtz
Stadtkämmerer Sven Haarhaus	Leitung Fachdienst für Finanzen, Steuern und Beteiligungen Frau Sabine Weichler

Auf Grund der 100 %igen Beteiligung entfallen alle 13 Mitglieder des Verwaltungsrates auf die Stadt Lüdenscheid. Acht Mitglieder sowie deren Stellvertretung werden vom Rat aus seiner Mitte gewählt, drei Mitglieder und deren Stellvertretung werden vom Rat als sachkundige Bürger/innen gewählt, zusätzlich muss der/die Bürgermeister/in oder ein/e vom ihm/ihr vorgeschlagene Bedienstete/r dazuzählen und der Rat wählt ein Mitglied der Verwaltung und deren Stellvertretung.

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder und stellvertretende Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt bei den ordentlichen Mitglieder 5 (41,7 %) und bei den stellvertretenden Mitgliedern 6 (50,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % jeweils erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG für die STL GmbH entfällt, da die Gesellschaft keine Beschäftigten hat.

### 3.4.1.3 Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Am Fuhrpark 14 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1991
<b>Grundkapital</b>	1.942.909,15 €

#### Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist

- Die Durchführung einer im Stadtgebiet Lüdenscheid wirtschaftlichen, umwelt- und sozialverträglichen
  - Abfallentsorgung und Straßenreinigung;
  - der Betrieb und die Unterhaltung des städtischen Fuhrparks;
  - der Betrieb und die Unterhaltung des städtischen Baubetriebes;
  - der Bau und die Unterhaltung von Straßen, Grün- und Freiflächen sowie die Übernahme der damit verbundenen Verkehrssicherungspflicht;
  - das Friedhofswesen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des Öffentlichen Zwecks

Abfallentsorgung und Straßenreinigung sind lebenswichtige Bedürfnisse der Gemeinschaft, gehören zur Daseinsvorsorge und sind öffentliche Aufgaben der kommunalen Körperschaften. Mit der Übernahme dieser Aufgaben erfüllt der Betrieb unmittelbar öffentliche Zwecke.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	100,00 %
------------------------------	----------

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen des STL zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Forderungen lt. Ausweis im Saldenabgleich in Höhe von 1.234,8 T€.
- Verbindlichkeiten lt. Ausweis im Saldenabgleich in Höhe von 206,4 T€.
- Erträge in Höhe von 27.906,5 T€. Als wesentliche Beträge können hier Kostenerstattungen in Höhe von 15.734,6 T€, Unterhaltung Straßen in Höhe von 2.800 T€, Grünflächen in Höhe von 1.809 T€ genannt werden.
- Aufwendungen in Höhe von 1.045,1 T€, insbesondere für den Verwaltungskostenbeitrag (672,5 T€, Pacht in Höhe von 114,5 T€ und Kostenerstattung in Höhe von 162,8 T€).

Finanzbeziehungen des STL zur STL GmbH bestehen wie folgt:

- Forderungen in Höhe von 70,9 T€ für Verwaltungskosten (58,8 T€) und EDV Nutzung (12,1 T€).
- Erträge in Höhe von 112,1 T€ für sonstige Leistung/ Weiterberechnung (42,3 T€), Verwaltungskosten (58,8 T€) und EDV-Nutzung (12,1 T€).
- Aufwendungen in Höhe von 784,7 T€ für Pachtzahlungen.

Finanzbeziehungen des STL zur SELH AöR bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 55,2 T€ für Einlaufeinigung, Winterdienst und Verkauf von Diesel.
- Aufwendungen in Höhe von 537,1 T€ für die Dienstleistung Rechnungswesen und Personalmanagement (478,8 T€) und Entwässerung (43,4 €).

Finanzbeziehungen des STL zur LSM GmbH bestehen wie folgt:

- Forderungen in Höhe von 10,6 T€ für sonstige Leistung (ins. Reinigung).
- Erträge in Höhe von 119,5 T€ für Entsorgung, Reinigung, Sonstiges und Weihnachtsbeleuchtung.

Finanzbeziehungen des STL zur BBL bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 26,3 T€.
- Aufwendungen in Höhe von 10,1 T€.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	5.920,7	4.636,7	1.284,0	<b>Eigenkapital</b>	4.255,8	4.335,5	-79,7
<b>Umlaufvermögen</b>	2.630,0	2.900,1	-270,1	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	1.328,8	1.293,6	35,2
				<b>Verbindlichkeiten</b>	2.971,2	1.912,1	1.059,1
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	14,7	14,0	0,7	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	9,6	9,6	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.565,4</b>	<b>7.550,8</b>	<b>1.014,6</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.565,4</b>	<b>7.550,8</b>	<b>1.014,6</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	32.721,9	29.501,2	3.220,7
2. sonstige betriebliche Erträge	401,2	338,7	62,5
3. Materialaufwand	6.051,3	5.504,2	547,1
4. Personalaufwand	11.137,4	10.434,5	702,9
5. Abschreibungen	1.269,2	1.201,2	68,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	14.701,9	12.123,8	2.578,1
7. Finanzergebnis	-14,7	-1,4	-13,3
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-51,4	574,8	-626,2
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-79,8	527,9	-607,7

## Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	49,7	57,4	-7,7
Eigenkapitalrentabilität	-1,9	12,2	-14,1
Anlagendeckungsgrad 2	71,9	93,5	-21,6
Verschuldungsgrad	101,0	73,9	27,1
Umsatzrentabilität	-0,2	1,8	-2,0

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug die Zahl der Beschäftigten 205 (Vorjahr 205).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

## Grundlagen des Eigenbetriebes

Der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Lüdenscheid und eine organisatorisch und finanzwirtschaftlich weitestgehend selbstständige Einrichtung der Stadtverwaltung Lüdenscheid ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Betrieb bietet in den Bereichen Abfallentsorgung, Reinigung, Winterdienst,

Pflege von Grün- und Freiflächen, Unterhaltung der kommunalen Friedhöfe, Unterhaltung der Spiel- und Bolzplätze sowie Gebäude- und Straßenunterhaltung ein umfangreiches Leistungspaket. Dabei handelt es sich hauptsächlich um hoheitliche Tätigkeitsfelder, die vorrangig im öffentlichen Interesse durchgeführt werden. Zudem werden Tätigkeiten für städtische Gesellschaften oder Tochtergesellschaften der Stadt und für Nachbarstädte und Gemeinden durchgeführt.

## **Wirtschaftsbericht**

### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2023 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,3 % gesunken, damit kam die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr im nach wie vor krisengeprägten Umfeld ins Stocken. Die gesamtwirtschaftliche Lage ist durch erhebliche Kaufkraftverluste als Folge des Energie- und Nahrungsmittelpreisanstiegs sowie der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung verbunden mit den geopolitischen Krisen derzeit herausfordernd. Gründe für den negativen Verlauf sind insbesondere der Rückgang beim privaten Konsum durch Kaufkraftverluste und Kaufzurückhaltung nicht zuletzt auf Grund von Unsicherheiten durch geopolitische Konflikte. Auch der staatliche Konsum war rückläufig und hat zu einer Normalisierung der Staatsausgaben geführt. Der private Konsum war mit -0,8 % rückläufig und die Staatsausgaben haben um -1,7 % abgenommen.

Die Bruttoanlageinvestitionen gingen mit -0,3 % etwas zurück, vor allem da die Bauinvestitionen infolge der gestiegenen Finanzierungs- und Materialkosten im Jahresdurchschnitt 2023 preisbereinigt erneut um rund 2 % sanken. Dagegen konnten die Investitionen in Maschinen und Anlagen mit +3,0 % deutlich zulegen. Die Exporte nahmen infolge der schwachen Nachfrage aus dem Ausland um 1,8 % ab. Die Importe fielen im Zuge der schwachen Binnennachfrage mit -3,0 % sogar noch kräftiger, weshalb der Außenhandel rechnerisch +0,6 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum beitrug.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich trotz der konjunkturellen Schwächephase robust; die Erwerbstätigkeit nahm im Jahresverlauf weiter zu (+0,7 %) und erreichte im Jahresdurchschnitt 2023 einen historischen Höchststand von knapp 46 Mio. Personen.

Ebenfalls positiv ist die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zu werten, die im Jahr 2023 um +5,9 % spürbar zunahm. Sowohl die Arbeitnehmerentgelte (+6,7 %) als auch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+6,5 %) lagen dabei deutlich im Plus. Gestützt wurden die Einkommensentwicklung neben spürbaren Lohnsteigerungen auch von staatlichen Entlastungsmaßnahmen zur Abmilderung des inflationsbedingten Kaufkraftverlustes wie den Energiepreislösungen, der Möglichkeit zu steuerfreien Inflationsausgleichsprämien und Erhöhungen der Sozialleistungen (Wohngeld, Bürgergeld, Erhöhung Kindergeld). Diese Maßnahmen kamen insbesondere den unteren Einkommensgruppen zugute. (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz –BMWK- vom 15.01.2024)

Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft im märkischen Südwestfalen entspricht dem gesamtwirtschaftlichen Trend. Unter den bekannten Rahmenbedingungen war eine positivere Entwicklung, auch regional betrachtet, nicht möglich.

Die Menge der entsorgungspflichtigen Hausmüllabfälle war in 2022 deutlich gesunken und hatte wieder das Niveau wie vor Corona erreicht. In Lüdenscheid wurde auch in 2023 das Niveau von 2022 erneut erreicht.

### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -79,8 T€. Die Umsatzerlöse bewegen sich mit rd. 32.721,9 T€ um rd. 3.220,7 T€ über dem Vorjahreswert (Erläuterungen unter 3. a) Ertragslage).

Die Haupttätigkeit des Betriebes ist die Sammlung und der Transport von Abfällen aus den privaten Haushalten der Stadt im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung. Bei der gewerblichen Abfallentsorgung ist der Betrieb im Bereich der Papiersammlung weiterhin für die Dualen Systeme tätig. Der Vertrag für die Sortierung und Vermarktung von Papier mit der Firma Meyer Recycling in Hagen hat eine Laufzeit von zwei Jahren und endet am 31.12.2024. Aufgrund der guten Erfahrungen wurde auch in 2022 der Neuvertrag indexbezogen ausgeschrieben und nicht zu einem Festpreis, da ähnliche Voraussetzungen wie bei der letzten Ausschreibung vorlagen.

Die Sammlung von Leichtstoffverpackungen führt der Betrieb ebenfalls als direkter Vertragspartner der Systembetreiber durch. Die Verträge haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2025. Der im Jahr 2022 gefasste politische Beschluss zur Umstellung des Sammelsystems von Gelben Säcken auf Gelbe Tonnen wurde in 2023 umgesetzt.

Im Jahr 2023 wurde das Budget des Betriebes für Gemeindestraßen, Signalanlagen, Straßenbeleuchtung, Grünanlagen sowie Spiel- und Bolzplätze weiter erhöht. Die Höhe des Unterhaltungsbudgets beträgt unter Berücksichtigung von tariflichen und allgemeinen Kostensteigerungen 5.084,0 T€ im Vergleich zu 4.942,0 T€ in 2022. Um weitere, unerlässliche Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Gehwegen, in Grünanlagen und auf Spielplätzen durchführen zu können, wurden dem Betrieb in 2023 weitere Mittel in Höhe von 1.319,0 T€ über das Budget hinaus zur Verfügung gestellt. Ein großer Teil dieser Maßnahmen konnte abgeschlossen werden. Der Rest wurde in das Jahr 2024 übertragen. Die Zusammenarbeit im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Halver im Bereich der Abfallentsorgung ist weiterhin gut.

Gemäß den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sammelt und transportiert der Betrieb unter anderem Grün- und Bioabfälle im Auftrag des Märkischen Kreises stofflich getrennt. Auf die verpflichtende Einführung einer Biotonne wird nach wie vor kreisweit verzichtet. Im Auftrag des Kreises werden entsprechende Sammelbehälter auf den Recyclinghöfen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bereitgehalten. Zusätzlich können in Lüdenscheid Bioabfälle auf freiwilliger Basis haushaltsnah über Behälter erfasst werden.

Die enorme Trockenheit der vergangenen Jahre hat den Bäumen im Stadtgebiet erheblich zugesetzt. Bei fast allen Baumarten sind Schäden oder Vitalitätsminderungen zu beobachten. Hinzu kommt der Schädlingsbefall (z. B. Borkenkäfer), der die Bäume weiter schädigt und in großen Teilen absterben lässt. In 2023 gab es ausreichend Niederschläge, die teilweise zu einer Verbesserung der Situation beigetragen haben, gleichzeitig aber zu einer Zunahme von

Pilzerkrankungen an Bäumen führten. Angesichts der aktuellen Entwicklung durch den Klimawandel, stellt die Stadt Lüdenscheid seit 2020 rd. 400 T€ jährlich für zwingend notwendige Unterhaltungsmaßnahmen an den rd. 33.000 Straßenbäumen bereit. Diese Mittel sind nach derzeitigen Erkenntnissen auch in den Folgejahren erforderlich. Auf Grund notwendiger teilweise aufwendiger Kronenpflegemaßnahmen hat der Betrieb im laufenden Jahr 2023 zusätzliche 100 T€ Finanzmittel beantragt, die kurzfristig bewilligt wurden. Die Werkleitung befindet sich diesbezüglich im regelmäßigen Austausch mit der Kämmerei der Stadt und führt entsprechende Gespräche.

Der Betrieb hat vor Pandemiebeginn ein gut funktionierendes betriebliches Gesundheitsmanagement aufgebaut. Damit verbunden waren auch regelmäßige arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen, Wiedereingliederungsgespräche und kostenlose Kurse zur Gesundheitsprävention außerhalb der Pandemiezeiten. Ziel war es die hohen Ausfallzeiten zu reduzieren und die Attraktivität des Betriebes im Wettbewerb zu steigern. In 2023 wurde das betriebliche Gesundheitsmanagement wieder aufgenommen und zusätzlich zu den Angeboten der Stadt Lüdenscheid ein Hautkrebscreening für die Mitarbeiter des STL angeboten.

Das bereits in 2020 in Kooperation mit der SELH AöR (Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR) eingeführte Dokumentenmanagementsystem wurde erweitert und an die betrieblichen Erfordernisse angepasst. In Gesprächen mit der örtlichen Rechnungsprüfung sowie der IT-Abteilung der Stadt Lüdenscheid, wurde eine Anbindung vereinbart, so dass auch Vergabeverfahren und Rechnungen, die durch die örtliche Rechnungsprüfung zu prüfen sind, über den digitalen Weg abgewickelt werden können. Das Verfahren wurde vorbereitet und hätte im 4. Quartal aktiviert werden sollen, durch den Cyberangriff auf die SIT musste das leider zurückgestellt werden und konnte erst im 1. Quartal 2024 umgesetzt werden.

Im Bereich der operativen Einsatzplanung wurde das Programm AIS 5 weiterentwickelt und die Behälterverwaltung eingeführt. Das Containergeschäft wird bereits über dieses Programm abgewickelt. Eine Schnittstelle zum SAP wurde bereits erstellt und ist in 2023 getestet worden. Nach noch erforderlichen Anpassungen soll der Papierflow zur Buchhaltung durch einen digitalen Workflow ersetzt werden und Rechnungen direkt erzeugt werden. Zukünftig soll über dieses Programm die Personal-, Einsatz- und Tourenplanung abgewickelt werden.

Mit der Clean Vehicles Directive (dt. „Saubere Fahrzeug Richtlinie“) hat die Bundesregierung am 14.06.2021 ein Gesetz veröffentlicht, das öffentliche Auftraggeber ab dem 02.08.2021 verpflichtet, Mindestquoten zu erreichen, die vorgeben, wie viele Fahrzeuge des Fuhrparks emissionsfrei sein müssen. Dazu gehören auch Fahrzeuge der Abfallentsorgung.

Die Umsetzung der Clean Vehicles Directive soll folgende Entwicklungen bewirken:

- Luftqualität in den Städten verbessern.
- Treibhausgase reduzieren.
- Lärmpegel senken.
- Markt für emissionsfreie Fahrzeuge schaffen.

Der Betrieb wird, wie bisher bei künftigen Fahrzeugbeschaffungen prüfen, ob geeignete emissionsfreie Fahrzeuge auf dem Markt verfügbar sind, die den Anforderungen des Betriebes entsprechen.



Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in 2018 ein Konzept zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit aufgelegt. Als Teil dieses Konzepts schafft das Teilhabechancengesetz neue Chancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt. Die Förderungen nach § 16 i des Teilhabechancengesetzes sind erheblich, denn der Zuschuss in den ersten beiden Jahren beträgt annähernd 100 % und verringert sich in jedem weiteren Jahr um 10 %. Die Förderung pro Teilnehmer ist auf fünf Jahre begrenzt. Der STL beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 14 Mitarbeiter für die diese Förderung in Frage kommt. Die Mitarbeiter können in allen betrieblichen Bereichen eingesetzt werden und sollen bei entsprechender Eignung die Chance bekommen, freiwerdende Stellen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen zu besetzen. Ein Mitarbeiter hat bereits im Berichtsjahr diese Chance genutzt und konnte unbefristet eingestellt werden.

In einem weiteren Förderprogramm nach § 16 e des Teilhabechancengesetzes erhalten Mitarbeiter einen Zeitvertrag über zwei Jahre, im ersten Jahr mit einer Förderung von 75 %, im zweiten Jahr mit 50 %. Auf Grund von hohen krankheitsbedingten Ausfällen und als Alternative zur Einstellung von Krankenvertretungen wurden im Rahmen dieses Programms drei Mitarbeiter eingestellt. Auch diese Mitarbeiter können in allen betrieblichen Bereichen eingesetzt werden und sollen bei entsprechender Eignung die Chance bekommen, freiwerdende Stellen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen zu besetzen, was im Berichtsjahr ebenfalls einem Mitarbeiter gelungen ist.

## Lage

### Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen mit 32.721,9 T€ (Vorjahr 29.501,2 T€) über den Umsatzerlösen des Vorjahres und gliedern sich auf die Hauptbetriebsbereiche wie folgt auf:

Bereiche	2023	2022
Abfallentsorgung	16.195,5T€	15.328,0 T€
(öffentlich-rechtlich und gewerblich)	49,5 %	52,0 %
Reinigung und Winterdienst	3.390,7 T€	3.094,0 T€
(öffentlich-rechtlich und gewerblich)	10,4 %	10,5 %
Deponiebetrieb und Schadstoffsammlung	406,5 T€	391,7 T€
(gewerblich)	1,2 %	1,3 %
Leistungen für die Stadt	12.271,0 T€	10.312,7 T€
(öffentlich-rechtlich)	37,5 %	35,0 %
Sonstige Leistungen	458,2 T€	374,8 T€
(öffentlich-rechtlich und gewerblich)	1,4 %	1,2 %
<b>Summe</b>	<b>32.721,9 T€</b>	<b>29.501,2 T€</b>

Die Umsätze im Bereich Leistungen für die Stadt (öffentlich-rechtlich) in Höhe von 12.271,0 T€ (Vorjahr 10.312,7 T€) enthalten im Wesentlichen Leistungen des Baubetriebes in der Straßen- und Grünflächenunterhaltung, Friedhofsunterhaltung, Gebäude- und Sportflächenunterhaltung von 6.839,6 T€ (Vorjahr 6.530,3 T€). Darüber hinaus sind in dem Betrag Tiefbauinvestitionen in Höhe von 1.943,6 T€ (Vorjahr 1.184,6 T€) sowie Mittel aus dem von der Stadt aufgelegten Sonderprogramm Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 1.911,2 T€, die von 2022 auf 2023 verschoben wurden (Vorjahr 1.010,1 T€), enthalten, diese werden ergebnisneutral

abgerechnet. Sonstige Leistungen für die Ämter wurden in Höhe von 1.576,6 T€ (Vorjahr 1.587,9 T€) erbracht.

#### Sonstige betriebliche Erträge und Zinsen

Die sonstigen betrieblichen Erträge und Zinsen betragen 401,2 T€ (Vorjahr 338,6 T€) und setzen sich u. a. aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen, Versicherungserstattungen sowie aus Erträgen aus Anlageabgängen zusammen. Im Wesentlichen ist hier die Korrektur der abzugsfähigen Vorsteuer für die gewerblichen Betriebsbereiche von 256,6 T€ (Vorjahr 269,0 T€) ausgewiesen. Unterjährig wird eine Bruttoerfassung der Eingangsrechnungen vorgenommen. Die abzugsfähige Vorsteuer wird nach Feststellung des endgültigen Vorsteuerschlüssels als Ertrag erfasst bzw. vom Anlagevermögen und den Vorräten abgesetzt.

#### Aufwendungen

Die Aufwendungen bewegen sich mit 33.202,8 T€ inkl. 27,2 T€ Steuern (Vorjahr 29.312,0 T€ inkl. 46,9 T€ Steuern) über dem Niveau des Vorjahres und gliedern sich wie folgt auf:

<b>Aufwendungen</b>	<b>2023</b>	<b>2022</b>	<b>Veränderungen 2023 zu 2022</b>
Personalkosten	11.137,4 T€	10.434,5 T€	702,9 T€
Pachtkosten	904,0 T€	921,9 T€	- 17,9 T€
Betriebsstoffkosten	942,6 T€	1.037,7 T€	-95,1 T€
Fahrzeugkosten	1.073,9 T€	894,8 T€	179,1 T€
Reinigung und Winterdienst	1.617,8 T€	924,8 T€	693,0 T€
Entsorgungsgebühren	4.006,5 T€	3.806,3 T€	200,2 T€
Abschreibungen	1.269,2 T€	1.201,2 T€	68,0 T€
Straßen und Grünflächen, sonstige Kosten	12.208,4 T€	10.042,5 T€	2.165,9 T€
Zinsaufwand	15,8 T€	1,4 T€	14,4 T€
<b>Zwischensumme</b>	<b>33.175,6 T€</b>	<b>29.265,1 T€</b>	<b>3.910,5 T€</b>
Steuern	27,2 T€	46,9 T€	-19,7 T€
<b>Summe</b>	<b>33.202,8 T€</b>	<b>29.312,0 T€</b>	<b>3.890,8 T€</b>

In 2023 waren im Mittel insgesamt 204,5 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Personalkosten liegen um 702,9 T€ über den Kosten des Vorjahres. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die höhere Zahl an Mitarbeitern sowie die tarifliche Steigerung. Insgesamt wurden durch das gewerbliche Personal im Jahr 2023 245.680 Leistungsstunden (Vorjahr 244.200 Stunden) erbracht.

Für die Berechnung der Pacht werden die laufenden Abschreibungen und die Verzinsung der Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude zugrunde gelegt. Zudem wird ein Betrag in Höhe von 0,75 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens für anstehende Unterhaltungsmaßnahmen eingerechnet. Der Pachtzins beträgt weiterhin 6,2 % (inklusive der Avalprovision und dem Verwaltungskostenanteil) der Buch- und Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude. In der Position Pachtkosten sind auch Pachten und Sondernutzungsentgelte enthalten, die an die Stadt für die Wertstoffsammelstellen abgeführt werden.

Die Kosten für Betriebsstoffe liegen mit 942,6 T€ auf Grund der seit dem Vorjahr erheblich gestiegenen Kraftstoffpreise im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg auf einem hohen Niveau. Im Vergleich zum Vorjahr liegt der Wert aufgrund einer eingetretenen Stabilisierung mit leicht rückläufigen Preisen um -95,1 T€ unter den Beträgen des Vorjahres (1.037,7 T€).

Die Fahrzeugkosten liegen mit 1.073,9 T€ aufgrund der allgemeinen Preissteigerung über dem Vorjahreswert von 894,8 T€.

Die Sachkosten für die Reinigung und den Winterdienst (Streumaterial, Kosten für Drittbeauftragte usw.) liegen mit 1.617,8 T€ aufgrund des leicht überdurchschnittlichen Winterverlaufs verbunden mit dem Mehreinsatz von Mitarbeitern und Fahrzeugen sowie eines deutlichen Anstiegs der Kosten für den Einsatz von Drittbeauftragten im Winterdienst über dem Vorjahreswert von 924,8 T€ (693,0 T€). Aufgrund der Situation am Arbeitsmarkt und dem nur saisonalen Bedarf an Mitarbeitern und Fahrzeugen ist der Betrieb auf den Einsatz von Drittbeauftragten angewiesen.

Die Entsorgungsgebühren für Abfall, die an den Märkischen Kreis abzuführen sind, liegen aufgrund der wieder gestiegenen Abfallmengen und den gestiegenen Kosten mit 4.006,5 T€ um 200,2 T€ über dem Vorjahreswert von 3.806,3 T€.

Die Abschreibungen betragen 1.269,2 T€ (Vorjahr 1.201,2 T€).

Im Bereich Straßen und Grünflächen und Sonstige Kosten liegen die Aufwendungen mit 12.208,4 T€ um 2.165,9 T€ über dem Vorjahreswert (10.042,5 T€). Grund für die Steigerung ist im Wesentlichen die Verschiebung von Maßnahmen im Bereich der Tiefbauinvestitionen und des Sonderprogramms Instandhaltungsrückstellungen (Mittel stellt die Stadt zur Verfügung) vom Jahr 2022 in das Jahr 2023.

## Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -79,8 T€ ab (Vorjahr Jahresüberschuss von 527,9 T€).

## Ergebnis der Betriebsbereiche

Der Jahresfehlbetrag von -79,8 T€ ergibt sich aus den einzelnen Betriebsbereichen wie folgt:

<b>Ergebnis der Betriebsbereiche</b>	<b>2023</b>
Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung	231,7 T€
Öffentlich-rechtliche Straßenreinigung und Winterdienst	-455,3 T€
Baubetrieb (Inkl. Straßen und Grünflächen)	91,4 T€
Baubetrieb Investitionen	0,0 T€
Friedhöfe	84,5 T€
Leistungen für die Stadt	-24,0 T€
Leistungen für andere öffentlich-rechtliche Dritte	1,3 T€
<b>Zwischensumme ö-r Betriebsbereiche</b>	<b>-70,4 T€</b>
Gewerbliche Abfall- und Wertstoffentsorgung	15,5 T€
Sonstige Leistungen für Dritte	-24,9 T€
<b>Zwischensumme gewerbliche Betriebsbereiche</b>	<b>-9,4 T€</b>
<b>Summe</b>	<b>-79,8 T€</b>

In den öffentlich-rechtlichen Betriebsbereichen beträgt der Fehlbetrag -70,4 T€. Dieser Fehlbetrag ist maßgeblich beeinflusst durch die Unterdeckung in den Gebührenbereichen Straßenreinigung und Winterdienst (-455,3 T€). Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen ein überdurchschnittlicher Winterverlauf und die erheblich gestiegenen Kosten für Drittbeauftragte im Winterdienst. Auch in den öffentlich-rechtlichen Bereichen „Baubetrieb“ und „Leistungen für die Stadt“ und „Leistungen für andere öffentlich-rechtliche Dritte“, in denen Winterdienstaufwendungen auflaufen, sowie im gewerblichen Betriebsbereich „Sonstige Leistungen für Dritte“ werden die Ergebnisse von erheblich gestiegenen Winterdienstkosten beeinflusst. In den gewerblichen Betriebsbereichen ist ein Fehlbetrag von -9,4 T€ nach Steuern zu verzeichnen.

Das Ergebnis in der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung liegt mit 231,7 T€ im Rahmen des Planansatzes. Durch die weiterhin hohe Reinigungsintensität wurde wie in den Vorjahren der starken Verschmutzung an Wertstoffsammelstellen entgegengewirkt. Die Aufwendungen für die Gebühren an den Märkischen Kreis sind gestiegen.

Die gewerbliche Abfall- und Wertstoffentsorgung schließt mit einem Ergebnis von 15,5 T€ positiv ab.

Im Bereich der gewerblichen Reinigung und des gewerblichen Winterdienstes einschließlich Sonstiger Leistungen für Dritte ist aufgrund der gestiegenen Winterdienstkosten ein negatives Ergebnis von -24,9 T€ zu verzeichnen.

### **Finanzlage**

Das Eigenkapital beträgt 4.255,7 T€ und liegt damit um -79,8 T€ unter dem Vorjahreswert von 4.335,5 T€. In Relation zur Bilanzsumme von 8.565,4 T€ beträgt die Eigenkapitalquote 49,7 % (Vorjahr 57,4 %).

Die allgemeine Rücklage des Betriebes hat zum 31.12.2023 einen Bestand von 2.319,2 T€ (Vorjahr 2.319,2 T€).

Die Rückstellungen belaufen sich auf insgesamt 1.328,8 T€ (Vorjahr 1.293,6 T€). Davon entfallen 1.062,7 T€ auf Personalrückstellungen, 78,9 T€ auf Rückstellungen für Prüfungskosten und interne Jahresabschlusskosten und 187,3 T€ auf übrige Rückstellungen insbesondere für noch ausstehende Rechnungen. Die Gebührenüberdeckungen werden in Anlehnung an die Ergebnisse der 109. Sitzung des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (ÖFA) vom 16. Februar 2012 seit 2017 als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten betragen mit insgesamt 2.971,2 T€ rd. 34,7 % der Bilanzsumme und liegen stichtagsbezogen um 1.059,1 T€ über dem Vorjahreswert von 1.912,1 T€. Die Verpflichtungen gegenüber dem Gebührenzahler liegen mit 397,9 T€ um -106,8 T€ unter dem Vorjahreswert (504,7 T€). Darüber hinaus betragen zum Stichtag die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Kontokorrentkredit) 1.289,1 T€ (Vorjahr 0,0 T€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sanken stichtagsbezogen um -30,2 T€ und betragen 969,9 T€ (Vorjahr 1.000,1 T€).

Die Liquidität war ganzjährig und über diesen Zeitraum hinaus bis zur Erstellung dieses Lageberichts gesichert. Die bilanzierten Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden.

Die Investitionen des Betriebes betragen im Jahr 2023 insgesamt 2.554,1 T€. Die Investitionssumme lag im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 1.099,1 T€ über dem Ansatz von 1.455,0 T€.

Im Rahmen der Investitionsplanung des Vorjahres wurde von kürzeren Lieferzeiten ausgegangen. Die Zugänge der in 2022 bestellten Wirtschaftsgüter erfolgten erst im Berichtsjahr.

### **Vermögenslage**

Die Bilanzrelationen haben sich im Vergleich zum Vorjahr geändert. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 1.014,6 T€ auf 8.565,4 T€ (Vorjahr 7.550,8 T€). Auf der Aktivseite der Bilanz nahm das Anlagevermögen um insgesamt 1.284,0 T€ zu und beträgt mit 5.920,7 T€ 69,1 % der Bilanzsumme (Vorjahr 4.636,7 T€, 61,4 %). Das kurzfristig gebundene Umlaufvermögen in Höhe von 2.630,0 T€ nahm stichtagsbezogen um -270,1 T€ ab (Vorjahr 2.900,1 T€). Das Anlagevermögen ist zu 71,9 % (Vorjahr 93,5 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte u. a. durch bilanzielle Abschreibungen.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden in Höhe von 14,7 T€ (Vorjahr 14,0 T€) ausgewiesen.

Der STL nimmt die Aufgabe Friedhofswesen im Rahmen der STL-Betriebssatzung und STL-Dienstanweisung wahr. Der Rechnungsabgrenzungsposten für die Gebühreneinnahmen für die Überlassung von Grabstätten für zukünftige Jahre wird bei der Stadtverwaltung Lüdenscheid geführt.

### **Feststellung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des HGrG**

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FRIEBE - SCHELLSCHEIDT GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Geschäftsjahr 2023 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

### **Gesamtaussage**

Die wirtschaftliche Lage des Betriebes ist unter Berücksichtigung des vorgegebenen Budgetrahmens der Stadt und dem aktuellen Marktumfeld in den gewerblichen Bereichen nach wie vor gut.

### **Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Ziel des Betriebes ist die Erreichung eines ausgeglichenen Ergebnisses, das sich im Rahmen des vorgegebenen Wirtschaftsplans unter Einhaltung der Budgetvorgaben bewegt. Zur Unternehmenssteuerung dient ein umfassendes unterjähriges Berichtswesen mit einem Soll-/Ist-Abgleich. Zur Gewährleistung gleichbleibender Qualität der Leistung, werden die Mitarbeiter kontinuierlich geschult und weitergebildet, um die Kundenzufriedenheit weiter zu steigern. Schulungsmaßnahmen und Weiterbildungen fördern die Identifikation der Mitarbeiter mit dem Betrieb, was sich insbesondere in einer geringen Mitarbeiterfluktuation zeigt.

Die Reduzierung von Emissionswerten und Energieverbräuchen sind wesentliche Kriterien bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten.

Auch bei den sonstigen zu beschaffenden Produkten wird auf Nachhaltigkeit Wert gelegt. Im Bereich der Beschaffung von Gefahrstoffen soll zukünftig verstärkt auf Möglichkeiten der Substitution geachtet werden.

## Prognosebericht

Der wichtigste Einflussfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2024 sind die Marktlagen bei der Beschaffung von Energie und Kraftstoffen sowie die Lieferketten. Das Infektionsgeschehen spielt keine Rolle mehr, wenn auch die krankheitsbedingten Ausfälle sehr hoch sind. Auch spielt die weitere Entwicklung des Ukrainekrieges eine große Rolle.

Das ifo Institut hat im Dezember 2023 die Prognose für 2024 von 1,4 % auf 0,9 % Wachstum reduziert. Begründet wird dies durch Unsicherheit, die die Erholung verzögert, da sie die Sparneigung der Konsument\*innen erhöht und die Investitionsbereitschaft von Unternehmen und privaten Haushalten senkt. Insgesamt sei laut ifo mit einem verlangsamten Preisauftrieb mit einer Inflationsrate von 2 % zu rechnen, wozu vor allem sinkende Energiepreise beitragen würden. Das belegen auch Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die trotz wegfallender Preisbremsen für Energieprodukte und der auf die Preise für fossile Brennstoffe wie Kraftstoffe, Heizöl und Erdgas wirkende CO<sub>2</sub>-Preis-Erhöhung Preissenkungen im Januar 2024 im Vergleich zum Vorjahrsmonat um 2,8 % feststellen konnten. Allerdings sei laut ifo bei konsumnahen Dienstleistungen mit einer Inflationsrate von 3 % zu rechnen, bedingt durch deutlich steigende Löhne.

Insgesamt geht auch das statistische Bundesamt von einem Rückgang der Inflation aus und beziffert eine Inflationsrate von 2,9 % für Januar 2024.

Die durch das Hochwasser im Juli 2021 aufgetretenen Schäden an der Infrastruktur konnten noch nicht alle behoben werden. Zur weiteren Abarbeitung wurde im Rahmen eines Wiederaufbauplans bei der Bezirksregierung Fördermittel in Höhe von rund 1.160 T€ beantragt. Der Förderbescheid mit Mittलगenehmigung liegt vor, so dass die Maßnahmen in 2024 und 2025 abgearbeitet werden können.

Die seit dem 02.12.2021 gesperrte Talbrücke der Autobahn A45 bei Lüdenscheid wird auch in 2024 zu erheblichen Verkehrsproblemen führen, wenn auch das Durchfahrtsverbot für LKW eine geringe Entlastung gebracht hat.

Der deutlich gestiegene Fahrzeugverkehr führt auf Lüdenscheider Straßen zu erheblichen Beschädigungen, so dass in den nächsten Jahren umfangreiche finanzielle Mittel zur Sanierung der Infrastruktur notwendig sein werden. Das Verkehrsaufkommen mit Stauungen belastet die Anwohner und die Wirtschaft erheblich. Eine Abwanderung von Firmen und Fachkräften ist bereits jetzt zu erkennen und wird sich in Zukunft voraussichtlich verstärken.

Betroffen sind auch alle Reinigungs- und Abfallsammeltouren, Verzögerungen und längere Fahrzeiten sind die Regel. Mit der Bezirksregierung und dem Märkischen Kreis konnte eine BImSchG-Genehmigung für die Umladestation Kleinleifringhausen erwirkt werden, die es ermöglicht Hausmüll, Sperrmüll und Grünabfälle aus dem Stadtgebiet in Großcontainer umzuladen, die mit LKW Hängerzügen zu den Entsorgungsanlagen verbracht werden. Die Genehmigung war zunächst auf ein Jahr befristet und wurde erst durch eine im August 2023 abgeschlossene Vereinbarung mit dem Märkischen Kreis zur Herstellung von Planungsrecht für die Umladestation unbefristet.

Abzuwarten bleiben die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf Lieferketten und Energie. Durch die verschiedensten Maßnahmen der Regierung konnte teilweise gegengesteuert werden. Auch belasten die von den westlichen Alliierten verhängten Sanktionen gegen Russland weiterhin die ohnehin geschädigten globalen Lieferketten.

Ein Ende des Krieges ist zurzeit nicht absehbar, wirtschaftlichen Folgen und Auswirkungen auf den Betrieb sind weiterhin möglich.

Die Bundesagentur für Arbeit geht im Ausblick für 2024 davon aus, dass in den nächsten Monaten saisonal bedingt mit vermehrten Arbeitslosmeldungen zu rechnen sei. Eine Prognose falle allerdings auf Grund zu vieler Unsicherheiten sowohl global und als auch bundesweit schwer. Der Bedarf an Fachkräften bleibt weiterhin hoch, negativ wirkt sich im Betrieb seit Jahren die Verfügbarkeit von Technikern, Meistern und Ingenieuren aus. Es gelingt oftmals nicht, hochqualifiziertes Personal in den öffentlichen Betrieben zu halten oder neu einzustellen.

Der Betrieb wird auch in 2024 sowohl im Verwaltungsbereich als auch in den operativen Geschäftsbereichen ausbilden, so dass altersbedingt freiwerdende Stellen übergangslos nachbesetzt werden können. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sind drei Ausbildungsstellen besetzt und drei weitere sollen noch besetzt werden, so dass in 2024 insgesamt 6 Auszubildende im Betrieb sind.

In der gewerblichen Abfallentsorgung sinken die Abfallmengen insbesondere im Bereich Altpapier, gemischte Gewerbeabfälle und Holz, während die Mengen an Bauabfällen erneut gestiegen sind. Auf Grund der Preisentwicklung im Bausektor ist in diesem Bereich in 2024 ein Rückgang wahrscheinlich. Im Vergleich dazu haben die Abfallmengen der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung das vor Coronaniveau wieder erreicht. Ein Rückgang ist bei den öffentlich-rechtlichen Altpapiermengen zu erwarten, da die Printmedien ab- und Verpackungen zunehmen. Verpackungen haben ein hohes Volumen aber ein geringeres Gewicht, so dass der Sammelaufwand nicht geringer wird, das Sammelgewicht insgesamt aber sinkt. Die Menge der biologischen Abfälle (Grünabfall und Biotonne) ist stark witterungsabhängig, so dass eine Prognose schwierig ist.

Die Vermarktung von Sekundärrohstoffen hat sich im vergangenen Jahr sehr unterschiedlich entwickelt. Der Schrottmarkt verzeichnete zum Jahresende 2023 einen unerwartet starken Anstieg, das Handelsvolumen blieb aber gering. Obwohl die Konjunkturprognosen in vielen Stahl verarbeitenden Industrien, insbesondere der Baubranche, nicht gut sind, wird mit einem Nachfrageüberhang gerechnet, so dass mindestens stabile Preise erwartet werden (Euwid 51/52.2023). Im Bereich der Holzverwertung sind die Erlöse bedingt durch den Energiemarkt gestiegen, auch in 2024 dürften sich die Erlöse auf einem hohen Niveau bewegen. Beim Altpapier fielen die Preise der Massensorten im ersten Quartal und stiegen dann wieder an um im November den Höchststand zu erreichen. Zum Jahresende sind die Preise wieder etwas gefallen. Laut Euwid (51/52.2023) sind die Prognosen für das neue Jahr mit vielen Vorbehalten verbunden. Die Lage in der Papierindustrie sei enorm schwierig, mit einer Besserung der Auftragslage sei erst in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen. Da die Papierverwertung in 2024 weiterhin indexbezogen abgerechnet wird, nimmt der Betrieb an den Marktschwankungen teil. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Nachfrage nach Entsorgungsdienstleistungen ebenfalls wieder verbessert. Die Dienstleistungsangebote des Betriebes werden diese Entwicklung begleiten und laufend den Markterfordernissen angepasst.

Die für die Stadt durchzuführenden Aufgaben wie die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und der Winterdienst, die Leistungen des Baubetriebes, die Friedhofsunterhaltung und die sonstigen Leistungen werden auf Basis von Selbstkosten abgerechnet und im Rahmen der Wirtschaftsplanansätze für das Jahr 2024 abgewickelt. Neu hinzugekommen ist die Aufgabe der Spielgerätekontrolle und -unterhaltung an städtischen Gebäuden, insbesondere an Kindergärten und Schulen.

Bei der Wahrnehmung seiner hoheitlichen und freiwilligen Aufgaben, wirkt der Betrieb auf die Erreichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung hin, wie sie in den Nachhaltigkeitszielsetzungen der UN (Sustainable Development Goals, SDG), des Bundes und des Landes NRW niedergelegt sind. Grundlage dafür ist die Beteiligung des Betriebes am Nachhaltigkeitshaushalt der Stadt Lüdenscheid. Im Rahmen dieses Projektes wurden folgende strategische bzw. operative Nachhaltigkeitsziele entwickelt:

- Bis Ende des Jahres 2025 werden alle Fahrzeuge des Betriebes mindestens auf Euro 5, bis Ende 2030 mindestens auf Euro 6 umgerüstet.
- Bis Ende 2030 werden die mit Hausmüllwagen gefahrenen Kilometer pro in Tonnen gemessener Menge transportierten Haus- und Sperrmülls aus Lüdenscheid im Vergleich zum Jahr 2019 um mindestens 25 % gesenkt.
- Bis Ende 2030 verbessert der Betrieb die natürlichen Lebensräume von Insekten durch die Erhöhung der biologischen Vielfalt auf städtischen Grün- und Friedhofsflächen im Vergleich zum Jahr 2019 um weitere 5.000 m<sup>2</sup>.

Zusätzlich hat der Betrieb am Projekt „Global nachhaltige Kommune“ teilgenommen, bei dem für die Stadt Lüdenscheid weitere Nachhaltigkeitsziele erarbeitet wurden.

Die Höhe des Unterhaltungsbudgets für 2024 für den Bereich Baubetrieb wurde im Vergleich zum Vorjahr um die tariflichen Lohnkostensteigerungen angepasst. Damit liegt die Höhe des Unterhaltungsbudgets für das Jahr 2024 bei insgesamt 5.482,0 T€.

Damit weitere dringend erforderliche Unterhaltungsmaßnahmen über die Pflichtaufgaben hinaus durchgeführt werden können, werden dem Betrieb über den städtischen Haushalt bereits seit Jahren zusätzliche Unterhaltungsmittel bereitgestellt. Für das Jahr 2024 beträgt die Summe 2.482,0 T€.

Im Bereich der Instandhaltungsrückstellungen konnten, die aufgrund des Personalmangels im Bereich des Bauingenieurwesens nach 2022 verschobenen Maßnahmen in 2022 beauftragt werden, die Abarbeitung der Maßnahmen sollte in 2023 abgeschlossen werden, was nicht für alle möglich war. Ursächlich hierfür waren Probleme mit der verkehrsrechtlichen Anordnung, die auf Grund des Umleitungsverkehrs oder der Arbeitsüberlastung der zuständigen Abteilung nicht zeitnah erteilt werden konnten. Besondere Probleme bereitete eine Maßnahme nahe der Umleitungsstrecke, die auf Grund des Busverkehrs zur Schule nur in den Ferien durchgeführt werden kann. Die Maßnahmen sollen nun in 2024 abgeschlossen werden. Instandhaltungsrückstellung für Straßenbaumaßnahmen sind erst ab 2025 wieder vorgesehen in einer Größenordnung von ca. 200 T€/a.

Ebenfalls in der Summe des Unterhaltungsbudgets für 2024 enthalten sind 555,0 T€ für die Unterhaltung von Bäumen, da aufgrund des Klimawandels die zur Verfügung gestellten Unterhaltungsmittel in diesem Bereich nicht ausreichen. Bereits jetzt ist abzusehen, dass auch in den Folgejahren erhebliche Mittel für die Unterhaltung der Straßenbäume benötigt werden. Ob dem Betrieb über das Jahr 2024 hinaus Mittel auf Basis von Instandhaltungsrückstellungen bereitgestellt werden, wird noch mit dem Kämmerer der Stadt besprochen.

Auch künftig wird der Budgetbedarf, der durch die Stadt bereitgestellt wird, zur Sicherstellung der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit den jährlichen Preissteigerungen und Lohnerhöhungen angepasst.



Die Aufwendungen können sich aufgrund allgemeiner Preissteigerungen, zum Beispiel bei den Energie- und Kraftstoffaufwendungen, im Jahr 2024 noch erhöhen. Jedoch scheinen die Prognoseziele des Betriebes erreichbar zu sein.

Darüber hinaus sieht sich der Betrieb mit steigenden Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit sowie zunehmender Ansprüche an Service- und Qualitätsstandards unter gleichzeitiger Beibehaltung qualifizierter Arbeitsplätze konfrontiert. Der Betrieb hat sich zum Ziel gesetzt, diese Anforderungen auch unter Berücksichtigung des demografischen Wandels – sowohl bei der Dienstleistung gegenüber der Lüdenscheider Bevölkerung als auch bei der internen Leistungsbeziehung – zu bewältigen.

Im Auftrag der Politik hat der Betrieb angrenzend an den Humanfriedhof Piepersloh eine Fläche von rd. 1.000 m<sup>2</sup> gepachtet und betreibt dort seit 2022 einen Tierfriedhof, der von der Lüdenscheider Bevölkerung und darüber hinaus angenommen wird. Die Bestattungszahlen bewegen sich im kalkulierten Bereich.

Seit 2020 hat der Betrieb in verschiedenen Stadtteilen die Pflichtpapiertonne für private Haushalte eingeführt und zeitgleich die Depot-Altglasbehälter gegen Unterflurbehälter ausgetauscht. Das Ziel ist es, die Verschmutzung an den Wertstoffsammelstellen zu verringern und die Qualität des zu vermarktenden Altpapiers zu verbessern, um so einen höheren Vermarktungspreis zu erzielen. Diese Maßnahmen sind sehr erfolgreich und haben zu einem deutlich verbesserten Erscheinungsbild der Standorte beigetragen. Die Maßnahme wird deshalb in 2024 auf ausdrücklichen Wunsch der Politik in einem weiteren Stadtteil fortgesetzt.

Die Laufzeit des Vertrages über die Erfassung von Leichtverpackungen in der Stadt Lüdenscheid ist befristet und endet zum 31.12.2025. Der Rat der Stadt hatte entschieden, dass ab dem 01.01.2023 die Sammlung der Leichtverpackungen nicht mehr wie bisher über Gelbe Säcke, sondern über Gelbe Tonnen erfolgen soll. Ob diese Sammlung ab dem 01.01.2026 um eine Wertstofftonne erweitert wird, muss die Politik in 2024 entscheiden.

Damit die Attraktivität der kommunalen Friedhöfe der Stadt auch künftig auf hohem Niveau gehalten werden kann, sind kontinuierliche Neubau- und Erweiterungsarbeiten durchzuführen. Es ist regelmäßig erforderlich, das Angebot der unterschiedlichen Grabarten zu prüfen, zu erweitern und den Flächenbedarf anzupassen. Deshalb wurde auf dem Kommunalfriedhof Piepersloh eine Erweiterungsfläche im 2. Halbjahr 2023 in Betrieb genommen. Auf Grund eines ansteigenden Bedarfs an Kolumbarienplätzen soll auf dem Kommunalfriedhof Piepersloh das Außenkolumbarium erweitert werden. Entsprechende Mittel stellt der städtische Haushalt zur Verfügung.

Das Unternehmen Ruhebaum plant in Kooperation mit Baron von dem Bussche auf einem Areal am Stillking in Lüdenscheid einen Bestattungswald zu errichten. Die Politik steht diesem Vorhaben positiv gegenüber, rechtliche Klärungen stehen noch aus. Derzeit ist davon auszugehen, dass dieses Vorhaben im 2. Halbjahr 2024 umgesetzt werden kann. Die Auswirkungen auf zukünftige Bestattungszahlen der kommunalen Friedhöfe sind derzeit nicht absehbar, halten sich aber voraussichtlich in einem überschaubaren Rahmen, da Ruhebaum überregional agiert und eine ähnliche Bestattungsform auf dem Friedhof Piepersloh auch durch den Betrieb angeboten wird.

Die voraussichtliche Entwicklung des Betriebes ist trotz der zurzeit bestehenden schwierigen Rahmenbedingungen gut. Die Abfallbranche bietet gerade für kommunale Betriebe aufgrund des günstigen politischen Umfeldes weiteres Wachstumspotential (Stichwort: Intensivierung

der interkommunalen Zusammenarbeit). Es ist jedoch von Bedeutung, dass durch die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz bisher nicht steuerbare Leistungen ab dem 01.01.2025 steuerbar und steuerpflichtig werden. Welche Auswirkungen sich durch eine geänderte Gesetzeslage für den Betrieb ergeben und ob mit Einschränkungen, beispielsweise im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit, zu rechnen ist, wird die Werkleitung beobachten.

Auf der ehemaligen Hausmülldeponie Kleinleifringhausen betreibt der STL im Auftrag der AMK mbH eine Umladeanlage für Hausmüll, Sperrmüll und Grünabfälle. In 2022 konnte eine BImSchG-Genehmigung erzielt werden, die vorläufig bis zum 30.09.2023 befristet war. Durch eine Vereinbarung mit dem Märkischen Kreis zur Erlangung des Planungsrechts, sobald die Umlade aus der Planfeststellung entlassen wird, wurde diese Genehmigung unbefristet erteilt. Der Betrieb möchte die Umladeanlage in Eigenregie weiter nutzen und von der AMK mbH über die STL Bauräger- und Beteiligungs- GmbH erwerben. Entsprechende Gespräche und Vertragsverhandlungen mit den Aufsichtsbehörden und der AMK GmbH sind abgeschlossen. Nach einem positiven Votum des Aufsichtsrats der AMK mbH am 06.03.2024 kann der Erwerb in 2024 abgeschlossen werden. Wie im übrigen Konstrukt würde der Eigenbetrieb dann die Umladestation von der STL GmbH pachten.

Grundsätzlich werden aus Sicht des Betriebes trotz des schwierigen Marktumfeldes, keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft gesehen. Die Werkleitung hat das Marktgeschehen sowie das politische und rechtliche Umfeld zur Abfall- und Wertstofffassung in den hoheitlichen und gewerblichen Geschäftsbereichen jederzeit im Blick.

Insbesondere auf Grund der Budgeterhöhung, wird für das Geschäftsjahr 2024 ein ausgeglichenes Gesamtergebnis erwartet.

### **Chancen- und Risikobericht**

Die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen (KonTraG) hat der Betrieb entsprechend der Vorschriften, mit der Implementierung eines Chancen- und Risikomanagementsystems erfüllt. Im Chancen- und Risikomanagementsystem werden alle, den Betrieb und das Ergebnis dauerhaft beeinflussende, Chancen und Risiken der Betriebsbereiche erfasst, fortlaufend überwacht und geeignete Maßnahmen zur Risikostreuung definiert. Eine regelmäßige Berichterstattung und die Überprüfung der Abläufe durch die Revision gewährleistet eine umfassende Information.

Im Berichtsjahr wurden folgende Prüfungen vorgenommen:

1. Überprüfung des Workflows der Rechnungslegung/Fakturierung AIS und SAP
2. Überprüfung der Kassenprozesse des STL-Recyclinghofes

### Leistungen für die Stadt

Der Betrieb ist hauptsächlich abhängig von der Auftragsvergabe durch die Stadt Lüdenscheid in den Bereichen Baubetrieb (einschließlich Bau- und Ingenieurwesen) und sonstige Leistungen für die Stadt. Die Haushaltssituation der Stadt wirkt sich so unmittelbar auf die Ertragskraft des Betriebes aus.

### Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung

Die Ausweitung des nationalen Brennstoffemissionshandels auf Abfälle durch das deutsche Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) und das EU-Emissionshandelssystem (EHS) werden erhebliche Auswirkung auf die Höhe der Entsorgungskosten und somit auf die Abfallgebühren haben. Für 2024 hat der Märkische Kreis die Abfallentsorgungsgebühren auf Grund des BEHG noch nicht erhöht, dies ist für 2025 aber wahrscheinlich, die Entwicklung bleibt abzuwarten.

### Gewerbeabfall

Die Ausrichtung des Betriebes in den gewerblichen Betriebsbereichen orientiert sich daran, die Leistungsfähigkeit und den unternehmerischen Erfolg zu steigern, um im Wettbewerb weiter bestehen zu können. Der Betrieb stellt sich diesen Herausforderungen durch intensive Kundenbetreuung und verstärkte Vertriebsaktivitäten. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes ist im Bereich der gewerblichen Abfallentsorgung unter anderem davon abhängig, ob und wann sich die allgemeine Konjunkturlage auch in der Entsorgungsbranche durch einen Anstieg des Preisniveaus bemerkbar macht. Für 2024 führte die Erhöhung der LKW-Maut sowie die CO<sub>2</sub> Abgabe zur Erhöhung der Entsorgungskosten. Betroffen hiervon sind alle Entsorgungsbetriebe, die diese Kosten an die Endkunden weitergeben müssen.

### Wertstofffassung

Die Verwertung der Bioabfälle erfolgt auch in 2024 in einer durch den Märkischen Kreis zugewiesenen Biogasanlage, in welcher der erfasste Biomüll vergoren und nach entsprechender Verstromung in das öffentliche Stromnetz eingespeist wird.

Die Schrottpreise sind zum Jahresende 2023 gestiegen, die Prognose für 2024 lässt zurzeit stabile Preise erwarten. Nachdem die Preise für Altpapier im Jahresverlauf 2023 gestiegen sind, war die Erlössituation zum Jahresende rückläufig. Es bleibt abzuwarten, wie die Preise sich trotz der vielen Risiko- und Unsicherheitsfaktoren weiterentwickeln. Die Erlöse, die der Betrieb durch die flächendeckend eingeführte haushaltsnahe Wertstofffassung erzielt sowie der gut aufgestellte Recyclinghof werden auch künftig zur Gebührenstabilität beitragen. Die Werkleitung beobachtet und begleitet auch über die Verbandsebene (Verband kommunaler Unternehmen / Deutscher Städtetag) das Marktgeschehen sowie das politische und rechtliche Umfeld zu dieser Thematik.

### Reinigung und Winterdienst

Kostenerhöhungspotentiale bestehen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Reinigung. Die zunehmende Verunreinigung der Innenstädte ist ein landesweites Problem geworden und die Forderung nach erhöhten Reinigungsleistungen und einem sauberem Stadtbild kann ohne zusätzliches Reinigungspersonal und ohne weiteren Maschineneinsatz nicht umgesetzt werden. Vorgesehen ist, dass die Produkthersteller in den sogenannten Einwegkunststofffonds einzahlen, aus dem die Kommunen ab 2025 Mittel zur Entsorgung des Plastikmülls abschöpfen und so die Entsorgung des Plastikmülls finanzieren können. Eine Herstellerregistrierung sollte ab dem 01.01.2024 möglich sein, wurde jedoch bis mindestens April 2024 verschoben, so dass es fraglich ist, ob ab 2025 entsprechende Mittel fließen.

Auch die Anforderungen an die Winterwartung erhöhen sich aufgrund der extremeren Witterungsverhältnisse, was in Zukunft zu erheblichen Schwankungen der Ergebnisse führen kann. In den Kalkulationen der Gebührenbereiche und bei der Anpassung der Entgelte für Dritte

werden diese Risiken weitgehend für die Zukunft berücksichtigt. Verluste im Bereich der öffentlich-rechtlichen Straßenreinigung und Winterdienst können in den Folgejahren durch Gebührenanpassungen ausgeglichen werden.

Im Geschäftsbereich des gewerblichen Winterdienstes musste der Betrieb einen Großteil der Verträge kündigen, weil aufgrund der strengen gesetzlichen Rahmenbedingungen (Rufbereitschaftszeiten, Begrenzung der Tagesarbeitszeit, Arbeitszeitgesetz, Lenkzeitverordnung) diese Leistung nicht mehr wirtschaftlich erbracht werden konnte. Dennoch sind die Verpflichtungen sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im privatwirtschaftlichen Winterdienst so groß, dass sich der Betrieb der Hilfe Dritter bedienen muss. Die Leistung wurde aufgrund des Auftragsumfangs in 2022 für die Zeit von November 2022 – Mai 2027 Europaweit ausgeschrieben. Das Ausschreibungsergebnis zeigte stark gestiegene Konditionen, so dass Preisanpassungen in 2023 unumgänglich waren. Die durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst erheblich gestiegenen Personalkosten machen auch in 2024 weitere Preisanpassungen notwendig, welche Auswirkungen das auf die Auftragslage hat, bleibt abzuwarten.

### Versicherungsschutz

Um das Haftungsrisiko zu minimieren, besteht eine Eigenschadenversicherung für alle Beschäftigten sowie eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung für die Werkleitung. Zusätzlich zur Haftpflicht-, Unfall- und Kaskoversicherung für die Beschäftigten und Fahrzeuge des Betriebes bestehen für das Inventar der STL-Versicherungen gegen Schäden durch Feuer, Brand, Blitzschlag, Einbruchdiebstahl sowie gegen Elementar- und Elektronikschäden.

### **Chancenbericht**

Der Betrieb erfüllt durch die eingeführten Managementsysteme die ständig steigenden Anforderungen am Markt. Beispiele hierfür sind:

#### **Zertifizierung**

Der Betrieb verfügt über ein integriertes Managementsystem im Rahmen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung. Die Entsorgungsgemeinschaft der deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. (EdDe) bestätigte im November des Berichtsjahres die erfolgreiche Durchführung und Weiterentwicklung des Systems. Die Überprüfung erfolgte im Oktober des Berichtsjahres, das Zertifikat ist bis zum 16.04.2025 gültig.

#### **Arbeitsschutz / Gefahrgut**

Im Bereich des Arbeitsschutzes wurden und werden kontinuierlich Gefährdungsanalysen von der Fachkraft für Arbeitssicherheit aufgestellt, bei denen sich keine wesentlichen Beanstandungen ergaben. Entsprechend des Jahresberichtes des Gefahrgutbeauftragten gab es beim STL im Berichtsjahr keine Unfälle mit gefährlichen Gütern, bei denen Personen, Tiere, Sachen oder die Umwelt durch das Freisetzen gefährlicher Güter zu Schaden gekommen sind. Auch aus dem Jahresbericht 2023 für die Deponie Kleinleifringhausen des Betriebsbeauftragten für Abfall haben sich keine Beanstandungen ergeben.

Weitere kommunale Kooperationen bieten gute Chancen zur Entwicklung des Betriebes. Beispiele dafür sind:

- Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Abfallentsorgung mit Nachbarstädten und Gemeinden,
- die gemeinsame Nutzung von Personal- und Fahrzeugkapazitäten auf Baubetriebshöfen und
- die Durchführung des kommunalen Winterdienstes im Verbund.

Im Bereich der gewerblichen Abfallentsorgung, der gewerblichen Straßenreinigung und des Winterdienstes wird der steigenden Konkurrenz der Mitbewerber mit hohem Maß an Erfahrung und Zuverlässigkeit in Verbindung mit einer guten Qualität der Leistung begegnet. Ziel des Betriebes ist es, sich in diesen Bereichen als kompetenter regionaler Anbieter weiter zu etablieren.

### **Gesamtaussage**

Bestandsgefährdende Risiken sind unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich abzeichnenden Veränderung der Wettbewerbssituation für den Betrieb nicht erkennbar.

### **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

#### **Werkleitung**

Werkleiter ist Herr Andreas Fritz.

#### **stellvertretende Werkleiterin**

Kristina Reuber, ab 01.12.2023

## Werksausschuss

<b>Mitglieder</b>
RH Daniel Kahler (Vorsitzender)
RF Heide-Marie Skorupa (1. stellv. Vorsitzende)
RF Ursula Meyer (2. stellv. Vorsitzende)
SB Gülpasa Erdogan
RH Dirk Franke
RH Lothar Hellwig
SB Jochen Kliebisch
SB Michael Kaulbach
SB Peter-Paul Marienfeld
SB Renate Klebeck
RH Lucas Karich
RH Michael Dregger
RF Gesthimani Demirtzoglou
RH Manuel Bunge-Altenberg
SB Margit Schade
<b>Beratendes Mitglied</b>
RF Brunhilde Gromball

Für die Stellvertretung gilt im Regelfall die allgemeine Vertretungsliste der Fraktionen.

### **Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Der Werksausschuss eines Eigenbetriebes/eigenbetriebsähnlicher Einrichtung nach § 5 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW ist ein Ausschuss des Rates der Gemeinde und als solcher, wie auch die anderen Ausschüsse des Rates der Gemeinde vom Geltungsbereich des LGG ausgenommen. Von daher findet das LGG keine Anwendung auf den STL.

### 3.4.1.4 Lüdenscheider Wohnstätten AG (LüWo)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Liebigstraße 15 58511 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1927
<b>Grundkapital</b>	8.819.784,96 €

#### Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft errichtet, bewirtschaftet, betreut und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgabenübernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft dient vorrangig einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Die Tradition der Gesellschaft als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen bei der Zurverfügungstellung von Wohnraum soll damit erhalten bleiben. Der im Gesellschaftsvertrag beschriebene Gegenstand des Unternehmens ist auf die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks ausgerichtet. Eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Bevölkerung stellt nach wie vor einen wichtigen öffentlichen Zweck dar.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	8.813.611,11 € = 99,93 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Angehörige des Baugewerbes	1.763,96 € = 0,02 %
Industriefirmen und Private	4.409,89 € = 0,05 %
<b>Die Gesellschaft hält folgende Beteiligung:</b>	
Münchener Hypothekenbank eG	70,00 €
DZ BANK AG Deutsche-Zentral Genossenschaftsbank	4.120,00 €

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der LüWo zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 1.519,2 T€ für Darlehen der Stadt Lüdenscheid.
- Erträge in Höhe von 387,7 T€ für Mieten.
- Aufwendungen in Höhe von 1.064,7 T€. Diese setzen sich zusammen aus Avalprovision (35,9 T€), Gewinnabführung (400,3 T€), Zinsen und Verwaltungskostenbeitrag für das Darlehen (41,5 T€), Grundbesitzabgaben (427,0 T€) und Erbbauzinsen (159,9 T€).

Finanzbeziehungen der LüWo zur SELH AöR bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 529,0 € für Entwässerung

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	55.219,8	56.161,8	-942,0	Eigenkapital	30.025,7	29.355,4	670,2
Umlaufvermögen	9.871,5	7.246,1	2.625,4	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	1.058,3	1.018,0	40,3
				Verbindlichkeiten	34.030,0	33.067,3	962,7
Aktive Rechnungsabgrenzung	26,6	32,8	-6,1	Passive Rechnungsabgrenzung	4,1	0,0	4,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>65.118,0</b>	<b>63.440,7</b>	<b>1.677,2</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>65.118,0</b>	<b>63.440,7</b>	<b>1.677,2</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2023 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
3.307.765,25	Lüdenscheider Wohnstätten AG	Stadt Lüdenscheid	KfW



## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	13.293,3	12.871,4	421,9
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	672,0	384,3	287,7
<b>3. Materialaufwand</b>	7.582,2	7.322,7	259,5
<b>4. Personalaufwand</b>	1.131,6	1.118,2	13,4
<b>5. Abschreibungen</b>	2.478,8	1.839,9	638,9
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	598,8	555,1	43,7
<b>7. Finanzergebnis</b>	-494,7	-547,4	52,7
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	1.679,3	1.872,4	-193,2
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	<b>1.070,5</b>	<b>1.363,2</b>	<b>-292,7</b>

## Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	46,1	46,3	-0,2
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	3,6	4,6	-1,1
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	83,1	79,2	3,9
<b>Verschuldungsgrad</b>	116,9	116,1	0,7
<b>Umsatzrentabilität</b>	7,7	10,3	-2,6

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug die Zahl der Beschäftigten 14 (Vorjahr 14).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

### Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland 2023/2024

#### Rückgang des Bruttoinlandsproduktes

Sowohl die privaten Konsumausgaben als auch der Staatskonsum sowie die Bauinvestitionen gingen im Jahr 2023 deutlich zurück.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt sank um 0,3 %.

### Abnehmende Wohnungsbauinvestitionen

Erhöhte Zinsen und gestiegene Kosten bei Baumaterialien und -preisen ließen die Wohnungsbauinvestitionen mit 2,8 % deutlich abnehmen.

Die Investitionen in Neubau, Modernisierung und Instandhaltung von Wohnungen lagen 2023 bei 300 Mrd. €. Das entspricht einem Anteil von 61 % an den Bauinvestitionen.

Eine hohe Zuwanderung und eine wachsende Bevölkerung führen weiterhin zu einer hohen Nachfrage an Wohnraum insbesondere in den Ballungsgebieten.

### Wohnungsbaugenehmigungen und –fertigstellungen, wechselnde Förderrahmenbedingungen

Im Jahr 2023 wurden nach letzten Schätzungen mit ca. 260.000 neuen Wohnungen 27 % weniger genehmigt als im Vorjahr. 255.000 Wohnungen wurden fertiggestellt. Das sind 14 % weniger als 2022.

Zu den Einbrüchen trugen auch mehrere abrupte Förderstopps der Bundesregierung mit anschließenden Verschärfungen der Förderbedingungen bei.

### Der Wohnungsmarkt in Lüdenscheid

Der Wohnungsmarkt in Lüdenscheid bleibt weiterhin entspannt. Dank der insbesondere durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Flüchtlingswelle konnte die Stadt Lüdenscheid ihre Einwohnerzahl 2022 um 635 gegenüber 2021 steigern.

Im Jahr 2022 hatte das Unternehmen von der erhöhten Nachfrage nach Wohnraum für Flüchtlinge profitiert. Nachdem sich die Kommune auskömmlich mit Wohnraum zur Unterbringung dieser Menschen versorgt hatte und nicht mehr so viele Flüchtlingsströme kamen wie erwartet, gab die Kommune dem Unternehmen eine große Anzahl an Wohnungen zum Jahresende 2023 wieder zurück. Das belastete das Vermietungsergebnis des Unternehmens.

Eine marode Infrastruktur, insbesondere im Verkehrsbereich in Lüdenscheid und im Märkischen Kreis, beeinträchtigt die Entwicklungen von Kommune und Landkreis.

Insbesondere die zwischen den Anschlussstellen Lüdenscheid und Lüdenscheid-Nord aufgrund der inzwischen gesprengten Rahmedetalbrücke gesperrte Bundesautobahn 45 führt zu einer massiven Verkehrsbelastung in der Stadt Lüdenscheid.

Hinzu kommen zwischenzeitlich gesperrte oder teilweise seit Jahren nur eingeschränkt befahrbare Brücken und Streckenabschnitte der für den Märkischen Kreis wichtigen Bundesstraße 236 in Lüdenscheids Nachbarkommunen Nachrodt-Wiblingwerde, Altena und Werdohl.

Seit Oktober 2023 wird an der neuen Rahmedetalbrücke gebaut. 2026 soll die erste Teilbrücke fertiggestellt sein.

## **Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Der Lüdenscheider Wohnstätten AG verfolgt weiterhin ihren vorrangigen Zweck, die Wohnungsversorgung der Bevölkerung im öffentlichen Sinne zu sichern und sozial zu verantworten. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Ihr Kerntätigkeitsfeld ist die Errichtung und Vermietung von Wohnungen und Häusern in der Stadt Lüdenscheid.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG setzte 2023 ihre Strategie fort, Umsatzerlöse zu stabilisieren.

Das Unternehmen verfolgte weiterhin seine besondere Strategie, Maßnahmen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Verbrauchs zu planen und umzusetzen. Ziel ist es, anlehnend an die kommunalen Ziele zum Klimaschutz bis zum Jahr 2040 einen klimaneutralen Bestand zu bewirtschaften.

Mietanpassungen im Bestand erfolgten wesentlich nach Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der Neuvermietung, daneben vereinzelt im Rahmen der Vergleichsmiete.

Weiter gestiegene Baukosten und gestörte Lieferketten verzögerten den Beginn oder die Fertigstellung von in 2022 geplanten größeren Maßnahmen wie beispielsweise dem Umbau der beiden Wohnhäuser Brüderstraße 25/27 zu einer Kindertagesstätte und verteuerten sie.

Weitere unvorteilhafte Rahmenbedingungen stellten die gestiegenen Kapitalkosten und die Neuausrichtung der KfW-Förderungen dar. Es führte dazu, dass das Neubauvorhaben Am Grünwald 19-47 unwirtschaftlich wurde oder aber nur zu Nettokaltmieten von rund 20 € je qm Wohnfläche realisierbar wäre. Solche Mieten sind am Lüdenscheider Wohnungsmarkt nicht zu erzielen. Zudem widersprechen sie dem Geschäftsauftrag, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung dieses Vorhabens wurde deshalb zunächst vertagt.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG pflegt und erhält als Stadtgestalter angemessenen und bezahlbaren Wohnraum. Damit erfüllen die Gesellschaft den Versorgungsauftrag, eine sozial verantwortliche Wohnungsversorgung für breite Teile der Bevölkerung in Lüdenscheid zu ermöglichen.

Schwerpunkte der Aktivitäten waren:

- Fertigstellung des Umbaus von zwei Wohngebäuden an der Brüderstraße 25/27 zu einer Kindertagesstätte
- Beginn der Modernisierung des Bestandes Am Grünwald 49-53 und Schaffung von 11 öffentlich geförderten Wohnungen mit Landesfördermitteln
- umfassende Einzelmodernisierungen
- barrierearme Badsanierung
- Austausch Gasgeräte

Die LüWo verfolgt weiterhin die Verbesserung ihres Bestandes und ihrer nachhaltigen Entwicklung. Dabei will sie wirtschaftlich leistungsfähig bleiben und den Forderungen des Klimaschutzes ihren notwendigen Raum geben.

Dazu stellt die LüWo auch im Jahr 2023 ein Sonderbudget von 300 T€ für sogenannte Quick-Wins zur Dekarbonisierung bereit. Dazu gehörten Maßnahmen wie:

- Austausch von Gasthermen und Gasheizungen
- Maßnahmen zur Heizungsoptimierung
- teilweise Durchführung eines hydraulischen Abgleichs

Die im Jahr 2021 erstmalig erstellte Portfolioanalyse zum CO<sub>2</sub>-Verbrauch in den Beständen der Gesellschaft schreibt die LüWo regelmäßig fort und bezieht die Erkenntnisse in die Entwicklung ihrer Investitionsprogramme zur Dekarbonisierung ein.

Beispiele für strategisch gesehen sinnvolle Einzelmaßnahmen:

- Die LüWo betrachtet die Gebäude mit den Effizienzklassen G und H (WPB - Worst Performing Buildings) gesondert. Dazu erarbeitet sie ein Programm zu Kellerdecken- und Dachgeschossdämmungen. Bei einer Neuberechnung der Energieausweise ergeben diese noch gering-investiven Maßnahmen eine Verbesserung um zwei Effizienzklassen.
- Das Pilotprojekt mit intelligenten Thermostaten (tado/KALO) fördert Überlegungen über einen erweiterten Einsatz im Gebäudeportfolio, da damit neben den Energieeinsparungen auch den Anforderungen zum hydraulischen Abgleich Rechnung getragen werden kann.
- Die LüWo prüft Zentralheizungen, die älter als 20 Jahre sind, bei Erneuerung zusammen mit der energetischen Betrachtung der Gebäudehülle auf den Wärmepumpeneinsatz.
- Die LüWo eruiert das Alter sämtlicher im Bestand befindlichen Kombithermen. Wenn möglich, wurde und wird zentralisiert und der Einsatz erneuerbarer Energien angedacht.
- Erfolgreicher Vertragsabschluss mit Fa. Paul Tech AG für eine Zentrale in der Dammstraße 11, 13 und 15: Die zentrale Gebäudetechnik wird für 10 Jahre digitalisiert, indem intelligente Hardware an die Wasserführenden Systeme angebracht wird. Damit regelt PAUL mittels künstlicher Intelligenz die Volumenströme optimal und automatisiert ein, Energie und CO<sub>2</sub> werden eingespart. Der Einbau erfolgt in 2024.

## Hausbewirtschaftung

Die Gesellschaft bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2023 folgende Einheiten:

<b>Eigene Wohnungen Wohnungen Wohnungsbestand</b>	2.054	WE
<b>Eigene Garagen und Stellplätze</b>	748	GA
<b>Eigene gewerbliche Einheiten</b>	21	GE

Im Geschäftsjahr 2023 investierte die LüWo rund 3.790 T€ in die Aufwertung und Pflege des Wohnungsbestandes durch Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Für die Vorbereitung für den Neubau Am Grünwald 19-47 wurden rund 179 T€ aufgewendet. Für den Umbau der Häuser Brüderstraße 25/27 zu einem Kindergarten wurden 750 T€ aufgewendet.

Die Mittel wurden sowohl mit Fremd- als auch mit Eigenmitteln finanziert. Für die Großmodernisierung der Objekte Am Grünewald 49-53 wurden 321 T€ aufgewendet. Die Maßnahme wird mit (öffentlichen) Fremdmitteln finanziert.

## **Modernisierung**

In 2023 sind für Modernisierungsmaßnahmen ca. 1.115 T€ auszuweisen.

## **Instandhaltung**

Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen betragen im Jahr 2023 insgesamt 2.675 T€ (2022: 3.037 T€).

Sie stellen rund. 21,02 % (Vorjahr rd. 24,11 %) der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung dar.

## **Ertragslage**

Das Geschäftsjahr 2023 führte zu einem sehr guten Ergebnis. Es wurde ein Jahresüberschuss von 1.071 T€ (Plan: 732 T€, Ergebnis Vorjahr: 1.363 T€) erwirtschaftet.

Das bessere Ergebnis gegenüber den ursprünglichen Annahmen lässt sich insbesondere auf die gesunkenen Instandhaltungskosten zurückführen.

Der Jahresüberschuss war von einmaligen Sachverhalten geprägt. Hierzu trug insbesondere die Bildung einer Rückstellung für den hydraulischen Abgleich von 145 T€, eine Teilwertabschreibung des Kindergartens Brüderstraße 25/27 von 595 T€ und eine Zuschreibung von 205 T€ bei.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung war im Geschäftsjahr deutlich gedämpft. Die durchschnittliche Nettokaltmiete ist leicht gesunken. Höhere Erlöse aus den Umlageabrechnungen sowie Gesamt- und Einzelmodernisierungen und daraus resultierende Mietanpassungen bei Neuvermietungen führten zu Steigerungen. Eine vertraglich mit der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW) der Stadt Lüdenscheid vereinbarte Senkung der Nettokaltmieten von monatlich rund 11 T€ auf die ortsübliche Vergleichsmiete rückwirkend ab Oktober 2022 für die von der ZGW angemieteten 54 Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Friedrich-Wilhelm-Straße 1-17 und höhere Leerstandskosten führten zur Senkung.

Die Leerstandsquote ist von 6,9 % auf 7,9 % gestiegen. Hauptursache dafür ist die Rückgabe von umfangreichem und nicht mehr benötigtem Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen durch die Stadt Lüdenscheid (ZGW) am Jahresende. Zugleich befanden sich am Jahresende im Vergleich zu den Vorjahren deutlich mehr Wohnungen in der Modernisierung. Ihr Anteil an den Leerständen liegt bei 23 % (Vorjahr: 19 %). Die zum Abriss vorgesehenen Objekte Am Grünewald 19-47 machen 44 % des gesamten Leerstandes aus.

Strukturelle Wohnungsleerstände belasteten im Geschäftsjahr 2023 den Erfolg der Hausbewirtschaftung.

Das wird sich in Zukunft nicht ändern. Die LüWo möchte diesen Leerständen weiterhin mit der Umsetzung der Unternehmensstrategie und weiterer Bestandspflege begegnen.

## Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Kapitalverhältnisse der Gesellschaft sind geordnet. Die langfristigen Vermögenswerte sind langfristig finanziert. Eine zufriedenstellende Liquiditätsreserve im kurzfristigen Bereich ist weiterhin vorhanden. Die Ermittlung der Deckungsverhältnisse basiert auf der Maßgabe, dass das Anlagevermögen, die Rechnungsabgrenzungsposten, das Eigenkapital (ohne geplante Dividende) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (ohne rückständige Annuitäten von 80 T€) und anderen Kreditgebern vollständig langfristig betrachtet werden.

Die Fremdkapitalquote ist leicht gestiegen und die Eigenkapitalquote in 2023 von 46,3 % auf 46,1 % gestiegen.

Das Anlagevermögen beträgt 84,8 % (Vorjahr: 88,5 %) des Gesamtvermögens. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern dienen der langfristigen Objektfinanzierung.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 2.866 T€ (Vorjahr: 2.872 T€).

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2023 immer gegeben.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sind geordnet; die Zahlungsfähigkeit ist gewährleistet.

Hinsichtlich eigener Aktien vergleiche die Angaben im Anhang nach § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG.

## Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Leistungsindikatoren	2023	2022
Investitionen ins Anlagevermögen	1.355 T€	725 T€
Eigenkapitalquote	46,1 %	46,3 %
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	2.866 T€	2.872 T€
Sollmiete/m <sup>2</sup> /p.m.	5,14 €	5,15 €
Leerstand - marktabgänglich	3,4 %	3,5 %
Leerstand - Modernisierung	1,3 %	1,3 %
Leerstand - Mieterwechsel	1,4 %	1,4 %
Leerstad – andere Gründe	0,7 %	0,7 %
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>1.071 T€</b>	<b>1.363 T€</b>

Die im Rahmen der fortgeschriebenen Portfolioanalyse zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen der Bestände der Lüdenscheider Wohnstätten AG ermittelte Wert für das Jahr 2022 lag bei rund 4.502 Tonnen (Vorjahr rund 5.035 Tonnen); das sind 31,25 kg/m<sup>2</sup> Nutzfläche (Vorjahr 34,96 kg/m<sup>2</sup> Nutzfläche).

Bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator der Gesellschaft ist der Jahresüberschuss.

## Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagementsystem besteht aus dem internen Kontrollsystem, dem Risikofrüherkennungssystem und dem Controlling. Analysen werden in unterschiedlichen Zeitintervallen durchgeführt.

Die europäische und nationale Gesetzgebung schafft weitere Anforderungen an den Klimaschutz. Die Lüdenscheider Wohnstätten AG stellt sich diesen Herausforderungen, orientiert sich an den Zielen der Stadt Lüdenscheid, und strebt an, dem Ziel eines klimaneutralen Bestandes bis zum Jahr 2040 möglichst nahe zu kommen. Die im Jahr 2021 erstmalig durchgeführte und in den Jahren 2022 und 2023 fortgeschriebene Portfolioanalyse zu den CO<sub>2</sub>-Verbräuchen der Bestände bildet die Grundlage für ihre Dekarbonisierung.

Der Mix größerer Investitionsmaßnahmen (geplante aktivierungspflichtige Modernisierungen im Wirtschaftsplan für die nächsten fünf Jahre) mit weiteren gering-investiven „Quick-Wins“ (beispielsweise großflächige Digitalisierung der Heizungsanlagen, der Einbau intelligenter Thermostate sowie kleinere Dämmmaßnahmen) soll die Dekarbonisierung vorantreiben.

Seit 2023 werden auch Vermieter im Rahmen eines Stufenmodells an den Kosten für die CO<sub>2</sub>-Umlage beteiligt. Die Beteiligung des Vermieters ist umso größer, je schlechter die Effizienzklasse des Gebäudes ist. Über den Gesamtbestand gerechnet liegt die LüWo bei einer prognostizierten Beteiligung von rund 39 % an den Kosten der CO<sub>2</sub>-Umlage. Das entspricht im Jahr 2023 einem Betrag von 55.000 EUR. Ab 2024 ist die Steigerung der CO<sub>2</sub>-Abgabe politisch gelenkt. Ab 2027 muss mit noch deutlicheren Preissprüngen durch die Versteigerungsphase gerechnet werden, da dann für den Vertrieb von fossilen Brennstoffen Emissionsrechte erworben/ersteigert werden müssen.

Die wachsende CO<sub>2</sub>-Umlage schwächt die Liquidität und die Investitionskraft der Gesellschaft insbesondere bei der Umsetzung von Maßnahmen für den Klimaschutz.

Veränderte Förderbedingungen sowie gestiegene Kapital- und Baukosten führten zum Stopp beziehungsweise Einmotten von Neubauvorhaben vieler Wohnungsunternehmen. Auch die Lüdenscheider Wohnstätten AG ist mit ihrem Neubauvorhaben Am Grünwald 19-47 davon betroffen. Die Wirtschaftlichkeit des Projektes ist unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht gegeben. Aktuell überprüft die LüWo das Vorhaben hinsichtlich möglicher Baukostensenkungen und alternativer Bauerstellungen. Das Ergebnis dieser Überprüfung wird zeigen, ob das Vorhaben noch umsetzbar ist.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG kann ohne umfangreiche Fördermittel ihre Strategie und Aufgaben des Klimaschutzes nicht erfüllen. Gleichzeitig wird sie ihre Anstrengungen erheblich intensivieren müssen. Der 2022 erstellte Businessplan 2022-2040 zeigt, dass das mit den aktuellen finanziellen und sonstigen unternehmerischen Rahmenbedingungen so nicht gelingen kann.

Preissteigerungen und Lieferengpässe bei Handwerkern und Materialien bleiben an der Tagesordnung. Der Trend der Preissteigerungen scheint noch nicht gebrochen. Auch im Jahr 2023 erhöhten Unternehmen ihre Preise.

Eine mögliche Umlagefähigkeit der Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnungen wird im politischen Raum aktuell nicht diskutiert. Die Diskussion kann aber im Zuge der Neufestsetzungen der Grundsteuer ab 2025 neu aufkommen.

Die Sperrung der Bundesautobahn 45 zwischen den Anschlussstellen Lüdenscheid und Lüdenscheid-Nord seit Ende Dezember 2021 aufgrund des erforderlichen Neubaus der Rahmetailbrücke wirkt sich auf die gesamte Wirtschaft in Lüdenscheid und seiner Umgebung aus.

Sie verstärkt den Facharbeitermangel in der Region. Das Unternehmen war selber bei Stellenausschreibungen davon betroffen. Personal ist schwieriger für die Unternehmen und damit als neue Einwohner für die Stadt Lüdenscheid zu gewinnen. Der aufgrund der Brückensperre massiv ausgeweitete aber auch inzwischen gut organisierte Umleitungsverkehr geht zu Lasten der Attraktivität der Stadt und beschädigt ihre Verkehrsinfrastruktur. Die LüWo muss weiterhin mit Einbußen in der Vermietung insbesondere an Neubürger rechnen. Besserung ist mit der Fertigstellung des ersten Teilstücks der neuen Rahmedetalbrücke im Jahr 2026 in Sicht.

Zu diesen Entwicklungen und den politischen Diskussionen kommen der entspannte Mietwohnungsmarkt sowie die demografische Entwicklung in Lüdenscheid. Beides kann zu weiter steigenden Fluktuations- und Leerstandsquoten führen, auch wenn Flüchtlinge zunächst für höhere Einwohnerzahlen sorgen.

Der örtliche Wohnungsmarkt blieb 2023 und bleibt von einem Angebotsüberhang und einem niedrigen Mietpreinsniveau geprägt. Er ist damit ein Risikofaktor. Die Risiken bestehen einerseits für die Erlössituation und andererseits für relativ geringe Spielräume für Erlössteigerungen. Diesen Risiken begegnet die LüWo mit einer kontinuierlichen Qualitätssteigerung des Wohnungsangebots sowie angemessenen Nutzen von Mietsteigerungspotentialen, um sich am Markt zu behaupten.

Der Ukraine-Krieg führt seit zwei Jahren zu Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland und damit nach Lüdenscheid. Solange der Krieg andauert und Zerstörungen im Land nicht wieder aufgebaut sind, wird die Lüdenscheider Wohnstätten AG profitieren, wenn auch nicht mehr in dem Umfang wie zu Beginn des Krieges.

Mit Modernisierungen und Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand sichert die LüWo nachhaltige und wirtschaftliche Ergebnisbeiträge. Damit kann sie Leerstände abbauen beziehungsweise vermeiden. Der Klimaschutz und die demografische Entwicklung erfordern dauerhaft Investitionen in energetisch ertüchtigte und altengerechte barrierearme bzw. –freie Wohnanlagen.

Das hilft der LüWo, langfristig Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung zu sichern und zu steigern und den Kunden so lange wie möglich an das Unternehmen zu binden.

Die Gesellschaft nutzt im wesentlichen Darlehen als Finanzinstrumente, die grundsätzlich einem Zinsänderungsrisiko unterliegen. Die aktuelle Zinsentwicklung bleibt aktuell auf einem höheren Niveau. Die LüWo begegnet ihr mit einem regelmäßigen Risikomanagement und der zeitnahen Prolongation von Darlehen.

### **Erklärung zur Unternehmensführung**

Gemäß § 111 Abs. 5 Aktiengesetz (AktG) und als mitbestimmungspflichtiges Unternehmen aufgrund des Drittelbeteiligungsgesetzes (DrittelbG) finden die Regelungen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern im Aufsichtsrat, Vorstand und der Führungsebene unterhalb des Vorstandes auf das Unternehmen Anwendung.



Das Gesetz basiert auf der Vorgabe einer Geschlechterquote von mindestens 30 % für Aufsichtsräte sowie der Verpflichtung zur Festlegung von Zielgrößen für Aufsichtsräte, Vorstände und der Führungsebene unterhalb des Vorstandes.

Die erstmalige Frist zur angestrebten Erreichung der Zielgrößen durfte nicht länger als bis zum 30.06.2017 dauern, die folgenden Fristen dürfen jeweils maximal fünf Jahre lang sein.

Bis zum 30.06.2027 wurde ein Frauen- oder Männeranteil von mindestens 33,33 % im Aufsichtsrat der Lüdenscheider Wohnstätten AG für die Aufsichtsratsmitglieder festgelegt, die vom Anteilseigner entsendet werden.

Bis zum 30.06.2027 wurde ein Frauen- oder Männeranteil von mindestens 33,33 % im Aufsichtsrat des Unternehmens für die Aufsichtsratsmitglieder festgelegt, die von der Arbeitnehmerseite entsendet werden.

In 2023 lag der Frauenanteil insgesamt im Aufsichtsrat der Lüdenscheider Wohnstätten AG bei 33,33 %, so dass die gesetzliche Quote erfüllt ist.

Bis zum 30.06.2027 wurde ein Frauenanteil von 0 % für die Vorstandsmitglieder der Lüdenscheider Wohnstätten AG festgelegt, der aktuell erreicht ist.

Der Vorstand des Unternehmens bestand 2023 aus zwei männlichen Personen. Für den Aufsichtsrat war bei seiner Entscheidung letztlich die weitere nachhaltige Entwicklung des Unternehmens ausschlaggebend. Ein wichtiger Bestandteil dafür ist die langfristige Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Im Rahmen einer personellen Neubesetzung des Vorstandes wird unter Berücksichtigung der beruflichen Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber eine angemessene Beteiligung von Frauen angestrebt. Eine Erweiterung des Unternehmens auf drei Vorstände ist aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht vorgesehen.

Für die Führungsebene unterhalb des Vorstandes legt der Vorstand Zielgrößen für den Frauenanteil fest.

Seit 1. Juli 2023 gibt es im Bereich der Technik eine Führungsebene unterhalb des Vorstandes. Die Stelle ist mit einer männlichen Person besetzt.

Bis zum 30. Juni 2027 hat der Vorstand für diese Führungsebene einen Frauenanteil von 0 % festgelegt, der aktuell erreicht ist.

Der Stelleninhaber zeigte im Rahmen des Bewerbungsverfahrens die qualifizierteste Eignung. Eine Erweiterung ist gegenwärtig weder angezeigt noch beabsichtigt.

Bis zum 30. Juni 2027 ist eine Veränderung der Frauenquote derzeit nicht absehbar und wäre gegebenenfalls von einer entsprechenden Kandidateneignung abhängig. Bei einer Neubesetzung werden eingehende Bewerbungen strikt unter der Maßgabe des Gleichbehandlungsgrundsatzes ausgewertet.

## **Beziehungen und verbundene Unternehmen**

Die Aktien der Gesellschaft befinden sich zu 99,93 % im Besitz der Stadt Lüdenscheid. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Prüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlussfolgerung:

"Wir erklären, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte die Lüdenscheider Wohnstätten AG eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren.

Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadt Lüdenscheid vorgenommen worden."

## **Prognosebericht**

Geopolitische Risiken wie der Ukraine-Krieg und der Krieg zwischen Israel und der Hamas sowie die Folgen des Verfassungsgerichtsurteils vom 15. November 2023 gefährden die wirtschaftlichen Perspektiven. Das Unternehmen rechnet weiterhin mit hohen Preisen und Zinsen.

Die Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute schätzt die Wachstumsrate für das Jahr 2024 auf eine Spanne zwischen -0,5 % bis +1,3 % ein.

Nach dem für das Geschäftsjahr 2024 aufgestellten Wirtschaftsplan erwartet die LüWo einen Jahresüberschuss von 455 T€.

Sie geht dabei von im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Rahmenbedingungen auf dem Lüdenscheider Wohnungsmarkt aus.

Vorrangiges Ziel der Lüdenscheider Wohnstätten AG bleibt es auch in Zukunft, den Wohnungsbestand stetig und konsequent markt- und kundenorientiert auszurichten und dabei die Anforderungen des Klimaschutzes zu berücksichtigen.

## **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

### **Vorstand**

Die Stadt Lüdenscheid ist im Vorstand nicht vertreten.

## Aufsichtsrat

### Mitglieder

Herr Frank Kuscmirtz

RF Susanne Mewes

SB Fabian Ferber

RH Michael Meyer

RH Manuel Bunge-Altenberg

RF Heide- Marie Skorupa bis 10.08.2023, ab  
11.08.2023 RF Ilona Bartocha

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 Mitgliedern. Die Stadt Lüdenscheid ist berechtigt 2 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Von den verbleibenden Mitgliedern werden 4 Mandatsträger durch die Hauptversammlung gewählt und 3 Mandatsträger werden durch die Arbeitnehmer/innen der Gesellschaft gewählt.

## Hauptversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigter Vertreter	In ungeraden Jahren stimmberechtigter Vertreter
RF Anja Tadday-Schlichting	RH Michael Thielicke
<b><u>Stellvertretung:</u></b> RH Michael Thielicke	<b><u>Stellvertretung:</u></b> RF Anja Tadday-Schlichting

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Bei dem Aufsichtsrat der LüWo findet aufgrund spezialgesetzlicher Regelungen zur geschlechtergerechten Gremienbesetzung die Vorgaben im LGG keine Anwendung.

### 3.4.1.5 Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR- (SELH)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Lennestraße 2 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr SEL</b>	1994/2003
<b>Beitritt Herscheid zur SELH</b>	2019
<b>Grundkapital</b>	21.580.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid ist eine gemeinsame selbstständige Einrichtung der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts gem. § 27 Abs. 1 GkG und § 114 a GO NRW. Die Anstalt führt den Namen Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR- kurz SELH. Sie tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf. Zweck des SELH ist die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung im Stadtgebiet Lüdenscheid und im Gemeindegebiet Herscheid aufgrund des § 56 WHG in Verbindung mit § 46 WHG. Zur Erfüllung dieses Zweckes sind und werden Abwasseranlagen hergestellt und vom SELH als öffentliche Einrichtung betrieben und unterhalten.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zu den Aufgaben des SELH gehört die Erfüllung der gemeindlichen Pflicht zur Abwasserbeseitigung. Dieses beinhaltet in Lüdenscheid und Herscheid auch die Abwasserbehandlung. Weiterhin gehören auf dem Gebiet Stadt Lüdenscheid die Kontrolle der Gewässer und deren Anlagen mit der daraus resultierenden Unterhaltung gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 2 LWG sowie der Führung eines Gewässerkatasters zu den Aufgaben des SELH. Die Abwasserentsorgung ist ein lebenswichtiges Bedürfnis der Gemeinschaft, gehört zur Daseinsvorsorge und ist eine öffentliche Aufgabe, die den kommunalen Körperschaften obliegt.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	20.000.000 € = 92,68 %
<b>Weitere Gesellschafterin:</b>	
Gemeinde Herscheid	1.580.000 € = 7,32 %

## **Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- It. Saldenabgleich Verbindlichkeiten in Höhe von 90,9 T€.
- It. Saldenabgleich Forderungen in Höhe von 1.981,3 T€ aus Oberflächenentwässerungsgebühren (1.825,5 T€).
- Erträge in Höhe von 2.034,6 T€ im Wesentlichen für Oberflächenentwässerung (1.825,5 T€).
- Aufwendungen in Höhe von 2.127,9 T€ für Eigenkapitalverzinsung (1.991,4 T€) und Verwaltungskostenbeitrag (124,5 T€).

Finanzbeziehungen der SELH AöR zum Seniorenwohnheim bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 51,7 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zum STL bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 537,1 T€ für Entwässerung und für die Dienstleistung Rechnungswesen und Personalmanagement (478,8 T€).
- Aufwendungen in Höhe von 55,2 T€ für Einlaufreinigung, Winterdienst und Verkauf von Diesel.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur LüWo bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 529,0 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur EGC GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 18,1 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur BBL GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 76,0 T€ für Entwässerung.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	97.560,7	97.809,7	-249,0	<b>Eigenkapital</b>	93.737,3	89.785,9	3.951,4
<b>Umlaufvermögen</b>	18.135,3	15.911,9	2.223,4	<b>Sonderposten</b>	14.026,0	15.154,3	-1.128,2
				<b>Rückstellungen</b>	2.130,1	2.048,8	81,3
				<b>Verbindlichkeiten</b>	5.822,3	6.564,1	-741,8
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	28,3	31,8	-3,5	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	8,6	200,2	-191,6
<b>Bilanzsumme</b>	<b>115.724,3</b>	<b>113.753,3</b>	<b>1.971,0</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>115.724,3</b>	<b>113.753,3</b>	<b>1.971,0</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	21.669,9	20.473,1	1.196,8
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	67,1	51,4	15,7
<b>3. Materialaufwand</b>	8.446,7	8.221,4	225,3
<b>4. Personalaufwand</b>	2.708,3	2.644,2	64,1
<b>5. Abschreibungen</b>	3.324,2	3.205,6	118,6
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	1.138,6	1.157,1	-18,5
<b>7. Finanzergebnis</b>	65,4	-106,0	171,4
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	6.184,6	5.190,1	994,5
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	6.182,9	5.188,8	994,0

## Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	93,1	92,3	0,9
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	6,6	5,8	0,8
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	112,0	109,8	2,2
<b>Verschuldungsgrad</b>	8,5	9,6	-1,1
<b>Umsatzrentabilität</b>	28,4	25,3	3,2

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug die Zahl der Beschäftigten 40 (Vorjahr 37).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

## Grundlagen

### Geschäftsmodell

Zum 01.01.2019 entstand durch den Beitritt der Gemeinde Herscheid mit ihren Gemeindewerken zum Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid - AöR, die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR“ (im Folgenden SELH AöR).

Zu den Hauptaufgaben der SELH AöR gehört die eigenverantwortliche Umsetzung und Durchführung der ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung in der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid. Diese auf die AöR übertragenen hoheitlichen Abwasserbeseitigungspflichten der Stadt und der Gemeinde ergeben sich aus dem Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW).

Darüber hinaus gehören zu den Aufgaben der SELH AöR auf dem Gebiet der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid weiterhin die Unterhaltung der fließenden Gewässer zweiter Ordnung und der sonstigen Gewässer, der Gewässerausbau sowie die Führung eines Gewässerkatasters. Dazu wurden von der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid die Pflicht zur Gewässerunterhaltung übertragen. Die Übertragungen beinhalten ebenfalls den Gewässerausbau und die Führung eines Gewässerkatasters.

Bei den übernommenen Tätigkeiten handelt es sich im Wesentlichen um hoheitliche Pflichtaufgaben, die umsatzsteuerfrei sind (Ergänzungen dazu auf Seite 11).

Die sich aus der Abwasserbeseitigungspflicht in der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid gestellten ergebenden Aufgaben wurden im Jahr 2023 ohne Beanstandungen der Aufsichtsbehörden voll erfüllt.

## **Wirtschaftsbericht**

### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2023 um 0,3 % gegenüber dem Vorjahr. Die Energiekrise und geopolitische Spannungen führten zu einer Verunsicherung von Produzenten, Investoren und Konsumenten. Der Welthandel verlor an Schwung, was sich negativ auf die deutsche Exportwirtschaft auswirkte. Die Energiepreise, die nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 stark angestiegen waren, stabilisierten sich auf hohem Niveau und belasteten insbesondere die Industrieproduktion. Zudem verschlechterten steigende Zinsen die Finanzierungsbedingungen, was sich vor allem auf die Bauwirtschaft auswirkte. Trotz der jüngsten Rückgänge wirkte das nach wie vor hohe Preisniveau auf allen Wirtschaftsebenen dämpfend auf die Konjunktur. In der Folge rutschte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 ins Minus.

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche entwickelten sich dabei sehr unterschiedlich. Die meisten Dienstleistungsbereiche konnten ihre wirtschaftliche Aktivität im Vergleich zum Vorjahr erneut ausweiten und trugen damit zur Stützung der Konjunktur im Jahr 2023 bei. Allerdings fiel der Anstieg insgesamt schwächer aus als in den beiden Vorjahren. Den größten preisbereinigten Zuwachs verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation mit +2,6 % und knüpfte damit an seine langjährige Wachstumsentwicklung an. Auch der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit konnte um 1,0 % zulegen, während die Unternehmensdienstleister ein leichtes Plus von nur 0,3 % verzeichneten. Im zusammengefassten Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe ging die preisbereinigte Bruttowertschöpfung dagegen um 1,0 % zurück. Dies ist vor allem auf Rückgänge im Groß- und Einzelhandel zurückzuführen, während der Kfz-Handel und die Verkehrsbranche zulegen.

Im Baugewerbe machten sich neben den anhaltend hohen Baukosten und dem Fachkräftemangel vor allem die zunehmend ungünstigen Finanzierungsbedingungen bemerkbar, wovon insbesondere der Hochbau betroffen war. Im Tiefbau und im Ausbaugewerbe konnte die Produktion dagegen ausgeweitet werden. Insgesamt verzeichnete das Baugewerbe im Jahr 2023 preisbereinigt ein leichtes Plus von 0,2 %.

Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging insgesamt deutlich um 2,0 % zurück. Dies ist vor allem auf einen erheblichen Rückgang der Energieerzeugung zurückzuführen. Neben der Abschaltung der drei letzten deutschen Kernkraftwerke zum 15.04.2023 ging auch die Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle zurück. Deutliche Zuwächse gab es dagegen bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Zudem wurde mehr Strom aus dem Ausland bezogen. Das Verarbeitende Gewerbe, das fast 85 % des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) ausmacht, verzeichnete im Jahr 2023 preisbereinigt ebenfalls, wenngleich in deutlich geringerem Umfang, einen Rückgang von 0,4 %. Positive Impulse kamen hier vorrangig aus der Automobilindustrie und dem Sonstigen Fahrzeugbau. Dagegen verzeichneten die energieintensiven Industriezweige wie die Chemie- und Metallindustrie erneut einen Rückgang bei Produktion und Wertschöpfung.

Im Jahr 2023 wurde die Wirtschaftsleistung von durchschnittlich 45,9 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Dies entspricht einem Anstieg von 0,7 % oder 333.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr und stellt einen neuen Rekord in Deutschland dar. Im Jahr 2020 hatte die Corona-Pandemie erstmals seit 14 Jahren zu einem Rückgang der



Erwerbstätigen geführt. Im Zuge des Aufholprozesses nach der Pandemie war die Erwerbstätigkeit im Jahr 2022 kräftig gestiegen.

(Quelle: Destatis Pressekonferenz „Bruttoinlandprodukt 2023 für Deutschland“ am 15.01.2024)

Die regionale Wirtschaft im märkischen Südwestfalen verzeichnete im vergangenen Jahr eine eher schwache Entwicklung. Der IHK-Konjunkturklimaindex vom Herbst 2023 zeigt in Südwestfalen einen deutlichen Rückgang von 106 auf 81 Punkte. Ein ähnlich starker Rückgang war zuletzt nach Ausbruch der Coronakrise und nach Beginn des Ukrainekriegs zu beobachten. Der Abschwung der südwestfälischen Wirtschaft, sowohl bei der aktuellen Lage als auch bei den Erwartungen, hat strukturelle Ursachen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die Folgen des Ukraine-Kriegs mit einer hohen Inflation und den gestiegenen Energiepreisen bremsen ebenso wie der Fach- und Arbeitskräftemangel, die ausufernde Bürokratie und einen durch die Energiewende getriebenen Strukturwandel die wirtschaftliche Dynamik spürbar aus.

(Quelle: Südwestfälische Industrie- und Handelskammer – 1. Konjunkturbericht Herbst 2023)

#### Geschäftsverlauf

Die SELH AöR kalkuliert jährlich auf der Grundlage des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und der prognostizierten Frischwasserverbräuche der Industrie sowie der öffentlichen und privaten Haushalte, mit den gebührenrelevanten abflusswirksamen Niederschlagsmengen, die Entwässerungsgebühren, die der Verwaltungsrat getrennt nach den beiden Entsorgungsgebieten Lüdenscheid und Herscheid beschließt. Der Rat der Stadt Lüdenscheid und der Rat der Gemeinde Herscheid sind dabei aufgrund der bestehenden satzungsmäßigen Regelungen (§ 11 Abs. 4 der Unternehmenssatzung) weisungsbefugt.

Die Jahresgebühren für einen 4-Personenhaushalt (50 m<sup>3</sup> Jahresverbrauch Frischwasser je Person und versiegelte Grundstücksfläche von insgesamt 130 m<sup>2</sup>) beliefen sich im Jahr 2023 in Lüdenscheid auf 707,60 € und in Herscheid auf 968,70 €.

Im Landesvergleich liegt Lüdenscheid im Mittelfeld aller NRW-Kommunen (Durchschnitt: 755,52 €). Herscheid als Flächengemeinde liegt über dem Mittelwert.

Im Berichtsjahr wurde bei einer Betriebsleistung von 21.737,0 T€ und Betriebsaufwendungen von 15.619,6 T€ ein Betriebsergebnis von 6.117,4 T€ erzielt. Bei einem ausgewiesenen Finanzergebnis von 65,4 T€ ergibt sich ein Geschäftsergebnis von 6.182,8 T€.

Das Jahr 2023 war darüber hinaus geprägt durch

- das Projekt „Regenwassermanagement Zukunft.SICHER“ und
  - der Umsetzung des neuen Gebührenkonzeptes zum 01.01.2023 mit dem Ziel der „Versickerung des Regenwassers vor Ort“,
  - der Prüfung und Umsetzung von Maßnahmen zum Hochwasserschutz mit Pegelmessungen an der Volme (Pilotprojekt HeavyRain als Hochwasser-Frühwarnsystem),
  - dem Bau von Rückhaltungen für Starkregen und Sturzfluten,

- dem Bau von Baumrigolen zur Bewässerung in Trockenperioden mit Unterstützung einer Bachelorarbeit zum Thema „Bewirtschaftete Be- und Entwässerungssysteme“ sowie
- der Ableitung von Maßnahmen aus der Starkregen-Gefahrenkarte des Märkischen Kreises (Starkregenmanagement)
- die 2. Phase der Umstellung der SAP-Systeme für SELH AöR und den STL auf die neue Programmversionen S/4HANA in Zusammenarbeit mit der Items GmbH & Co. KG (Münster),
- die Erarbeitung einer Sanierungsbedarfsprognose mit Unterstützung durch die aquabench GmbH und Aufbau eines Gewässerkatasters,
- Einführung des Asset-Managementsystems APX 10,
- den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung bei den Aufgaben der Abwasserbeseitigung mit der Stadt Altena (Abwasserwerk) und
- die Beschlussfassung zu Änderungssatzungen für die Jahre 2020, 2021 und 2022 aufgrund des OVG-Urteils in NRW und der Änderung des Kommunalabgabengesetzes NRW als Grundlage für die Widerspruchsbescheide

Darüber hinaus wurde die Vision „SELH 2035“ mit dem Ziel der Sicherung von Lebensqualität im natürlichen Wasserkreislauf („Sauberes Wasser.Immer.Für alle“) im Rahmen eines Mitarbeiter-Workshops weiterentwickelt und durch verschiedene Arbeitsgruppen mit Einzelmaßnahmen und deren Umsetzungsplanung konkretisiert.

Die Übertragung der Gewässerunterhaltung in Lüdenscheid und Herscheid erfolgte zum 01.01.2023 nach einer entsprechenden Änderung der Unternehmenssatzung im Dezember 2022.

Auf Grund des Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Münster vom 17.05.2022 und der gesetzlichen Neugelung des KAG war es im Berichtsjahr notwendig neue Gebührensätze für die Jahre 2020 bis 2022 zu kalkulieren. Die Räte der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid sowie der Verwaltungsrat haben die Gebührensätze im Dezember 2023 beschlossen. Im ersten Halbjahr des Folgejahrs sollen die eingegangenen Widersprüche beschieden und korrigierte Gebührenbescheide versandt werden. Die bereits im Vorjahr gebildete Rückstellung wurde auf Basis der beschlossenen Gebührensätze Neuberechnet und geringfügig erhöht.

## **Lage des Unternehmens**

### Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 21.303,7 T€ und lagen damit um 1.203,2 T€ über den Umsatzerlösen des Vorjahres (20.100,5 T€). Im Wesentlichen beruht die Steigerung auf den Gebührenerhöhungen zum 01.01.2023 und den gestiegenen anschlussrelevanten Flächen, welche im Rahmen der Flächenüberprüfung ermittelt wurden.

Die aktivierten Eigenleistungen und Sonstige betriebliche Erträge lagen mit 433,3 T€ im Rahmen des Vorjahres (423,9 T€).

Die Betriebsaufwendungen (Materialaufwand, Personalaufwand, Abschreibungen und Sonstige betriebliche Aufwendungen, Sonstige Steuern) stiegen im Berichtsjahr um 390,0 T€ auf 15.619,6 T€. Wesentliche Einflussfaktoren waren die globalen Krisen, welche die deutsche Wirtschaft stark belasten und die deutlich gestiegene Inflation, welche spürbare Auswirkungen auf die Baupreise und die Tarifeinigungen im Wirtschaftsjahr hatte.

Aufgrund der dargestellten Sachverhalte beläuft sich das Betriebsergebnis auf 6.117,4 T€ (Vorjahr: 5.294,8 T€). Unter Berücksichtigung des positiven Finanzergebnisses von 65,4 T€ (Vorjahr -106,0 T€) aufgrund der gestiegenen Zinserträge für Geldanlagen beläuft sich das Geschäftsergebnis auf 6.182,8 T€ (Vorjahr 5.188,8 T€).

Die für den Zeitraum 2021 bis 2025 von den Räten der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid verabschiedeten Abwasserbeseitigungskonzepte (ABK) mit den integrierten Niederschlagswasserbeseitigungskonzepten (NBK) bilden die Handlungsgrundlage für die durchzuführenden Kanalbau- und Kanalsanierungsmaßnahmen in beiden Gebieten. Die Baumaßnahmen werden im Vorfeld mit anderen Versorgungsträgern und den Straßenbaulastträgern abgestimmt und möglichst gemeinsam durchgeführt.

Neuerschließungen sind rückläufig, sodass die Sanierung der öffentlichen Abwasseranlagen aufgrund schadhafter Kanäle oder Schächte und hydraulischer Überlastungen in den Vordergrund gerückt ist. Hierfür hat die SELH AöR ein Sanierungskonzept aufgestellt.

Es wurden im Geschäftsjahr insgesamt 3.075,6 T€ investiert, davon entfallen auf Lüdenscheid 2.433,2 T€ und auf Herscheid 642,4 T€. Hierbei handelt es sich um aktivierungsfähige Neubau- und Sanierungsmaßnahmen sowie die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Geschäftsjahr 2023 wurden 704,5 T€ in Anlagen investiert, die sich zum Jahresende noch im Bau befanden. Der Gesamtwert der Anlagen im Bau und der geleisteten Anzahlungen zum 31.12.2023 beträgt 784,9 T€. Wesentliche Maßnahmen waren:

#### 1. HRB Honseler Bruch – Böschungssicherung

(Lüdenscheid: 240,6 T€)

Im Jahr 2022 wurde im Rahmen eines geologischen Gutachtens für einen kritischen Böschungsbereich im Hochwasserrückhaltebecken Honseler Bruch festgestellt, dass dort eine Böschungsstabilisierung notwendig ist. Die Baumaßnahme konnte im Jahr 2023 erfolgreich abgeschlossen werden.

#### 2. Kleine Kanalbaumaßnahmen

(Lüdenscheid: 89,0 T€; Herscheid: 160,9 T€)

Kleine Kanalbaumaßnahmen verteilten sich über das gesamte Stadt- und Gemeindegebiet und beinhalteten die Erneuerung von Haltungen und Schächten in offener Bauweise. Begründet sind diese Maßnahmen unter anderem durch bauliche Defizite, hydraulische Engpässe sowie erforderliche Trassenänderungen.

In Vorbereitung des geplanten Straßenbaus im Gebiet Piepersloh in Lüdenscheid wurde das bestehende Mischwasserkanalnetz um ca. 50 Meter erweitert und in den Straßen „Markomannenweg“ und „Markwiese“ wurden stark defekte Schachtbauwerke saniert.

Im „Brockhauser Weg“ (Lüdenscheid) konnten durch die Erneuerungen von Schächten und kurzen Leitungsabschnitten in offener Bauweise hydraulische Problemstellen im Mischwasserkanal beseitigt werden.

Die Baumaßnahme „Am Nocken/Schlade“ (Lüdenscheid) wurde im Berichtsjahr begonnen. Diese soll im Jahr 2024 abgeschlossen werden. Auch hier sollen hydraulische Problemstellen durch Erneuerungen von Schächten und kurzen Leitungsabschnitten in offener Bauweise beseitigt werden.

In Herscheid wurde wie geplant die Maßnahme „Unterm Bahndamm/Wiesenstraße“ begonnen. Aufgrund starker baulicher Defekte des Mischwasserkanals ist die gesicherte Ableitung des Abwassers aus der „Wiesenstraße“ und dem „Müggenbrucher Weg“ zum Sammler am Bahndamm nicht mehr gegeben. Die SELH AöR plant im Jahr 2024 die Baumaßnahme der neuen 140 Meter lange Kanaltrasse abzuschließen.

Im Zuge des Straßenausbaus der Friedliner Straße (Herscheid) am nördlichen Ende des Gewerbegebietes wurde die entwässerungstechnische Erschließung des Gebietes abgeschlossen.

In der Herscheider Ortslage „Hüinghausen“ wurden auf der Welliner Straße zwei stark geschädigte Schachtbauwerke in offener Bauweise erneuert. 3. Geschlossene Sanierungsmaßnahmen

### 3. Geschlossene Sanierungsmaßnahmen

(Lüdenscheid: 1.392,4 T€; Herscheid: 261,2 T€)

Aufgrund ihrer verfahrensbedingten Leistungsfähigkeit sind geschlossene Sanierungsmaßnahmen ein wesentlicher Faktor für eine jährliche Erneuerungsrate von 1% der Kanalnetzlänge. Das Investitionsvolumen für diese Maßnahmen betrug 1.392,4 T€ in Lüdenscheid und 261,2 T€ in Herscheid. Dabei kamen differenziert nach verschiedenen Faktoren wie Zugänglichkeit, Rohrdimension und Ausprägung von Schäden verschiedene Verfahrensarten zur Anwendung. Der Eingriff in die umgebende Infrastruktur und in den Straßenverkehr konnte im Vergleich zu den offenen Bauweisen zeitlich und lokal sehr begrenzt werden.

In Lüdenscheid konnten die Ausschreibungspakete „Altstadt Nord“ (Kanalsanierung in der Herzog-, Ringmauer-, Luisen- und Corneliusstraße) sowie „Wikingerweg Bahntrasse“ (Kanalsanierung unmittelbar an der Gleisanlage) erfolgreich abgeschlossen werden. Zudem erfolgten weitere Renovationen in den folgenden Straßenabschnitten: Herscheider Landstraße, Von-der-Marck-Straße und Lohmühlenstraße, Esberghang, Im Siepen, Beethovenstraße, Karlsbader Weg, Annabergstraße, Reinerzer Ring, Blücherweg, An der Mehr, Grenzweg sowie Werdohler Straße.

Die geplante Sanierung „Schlauchliner Piepersloh“ (Lüdenscheid) wurde im Berichtsjahr begonnen und soll Anfang 2024 abgeschlossen werden.

Die Renovationen von 440 Metern Mischwasserkanal im Ortsteil „Hüinghausen“ (Herscheid) sowie in der „Breslauer Straße“ (Herscheid) wurden abgeschlossen.

Die geplante 250 Meter lange Schlauchlinersanierung im Gewerbegebiet „Friedlin“ (Herscheid) wurde begonnen. Der Abschluss der Baumaßnahme soll im Jahr 2024 erfolgen.“.

#### 4. Pumpwerk

(Lüdenscheid: 66,3 T€)

Die erforderliche Erneuerung der Anlagentechnik der Abwasserpumpwerke „Sportplatz Brügge“ und „Husareneichen“ wurden baulich umgesetzt.

#### 5. Schachtsanierungen

(Lüdenscheid: 210,1 T€; Herscheid: 92,6 T€)

Im Bereich der „investiven Schachtsanierungen“ sind Investitionen von 210,1 T€ in Lüdenscheid und 92,6 T€ in Herscheid erfolgt. Dabei wurden schadhafte Schächte durch Auskleidungs- und Montageverfahren ganzheitlich saniert.

#### 6. Schwammstadtkonzept

(Lüdenscheid: 63,2 T€)

Eine wassersensible Stadtentwicklung wird, vor dem Hintergrund zunehmender Trockenphasen und gleichzeitig intensiverer Starkregenereignisse durch den Klimawandel, ein wichtiges Handlungsfeld in der zukünftigen Stadtplanung sein. Durch die frühzeitige Einbindung in die Entwicklung von Bebauungsplänen, Erschließungsgebieten sowie Straßenausbauten wird die SELH AöR hierzu planerische Lösungen entwickeln und aufzeigen.

Für den Bebauungsplan BP 839 („Westlich Schöneck“) wurde die Planung einer Versickerungsanlage für den ortsnahen Verbleib des anfallenden Oberflächenwassers erstellt.

Des Weiteren wurde ein Planungsauftrag für einen Retentionsraum für den Bebauungsplan BP 843 („Wiesenstraße“) vergeben.

#### 7. Hochwasserschutzkonzept Rahmede

(Lüdenscheid: 54,6 T€)

Zur Verbesserung der zukünftigen Hochwassersituation der Rahmede erfolgten weitergehende Planungen von drei Hochwasserrückhalteräumen für die Standorte „Wislade“, „Mettenbergswalze“ und „Asenberg“.

#### 8. Unvorhergesehenes

(Lüdenscheid: 106,2 T€; Herscheid: 87,9 T€)

Im Rahmen der noch laufenden Maßnahme „Am Nocken / Schlade“ (Lüdenscheid), erfolgte eine aufwendige Renovierung eines 45 Meter langen Kanalabschnittes.

Da die Kläranlage „Kiesbert“ (Herscheid) aufgrund von Fremdwassereinträgen eine schlechte Reinigungsleistung hatte, wurden Undichtigkeiten an der öffentlichen Abwasseranlage über Tiefbau- und Renovationsmaßnahmen im Jahr 2023 saniert.

## 9. Betriebs- und Geschäftsausstattung

(Gemeinsamer Bereich: 227,9 T€)

Im Berichtsjahr wurde ein Unimog mit Winde angeschafft. Zudem wurden Sensoren und Rattenboxen zur gezielteren Rattenbekämpfung, sowie sonstige Geräte (z. B. Gaswarnmessgeräte, Selbstretter, Dreibaum) im Berichtsjahr beschafft.

Die Anschaffung eines Anhängers mit Saugfass wurde in das Jahr 2024 verschoben.

Die Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw) fordert vom Kanalnetzbetreiber umfangreiche Untersuchungen. Aus den Ergebnissen wird ein fortgeschriebenes Schadenskataster mit Sanierungskonzept entwickelt. Daraus ergeben sich - neben investiven - auch aufwandsbezogene Sanierungen der Abwasseranlagen. Diese Reparaturen unterteilen sich in Maßnahmen in offener und geschlossener Bauweise.

Die aufwandsbezogenen Kosten beliefen sich auf 465,6 T€.

### Vermögenslage

Das Vermögen der SELH AöR von 115.724,3 T€ gliedert sich in mittel- und langfristig gebundenes Vermögen von 97.560,7 T€ und kurzfristig gebundenes Vermögen 18.163,6 T€. Das Eigenkapital zum 31.12.2023 beträgt 93.737,3 T€.

Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 6,7 %. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2023 beträgt 81,0 %.

Zum 31.12.2023 werden empfangene Ertragszuschüsse von 5.441,4 T€ ausgewiesen.

### Finanzlage

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 3.706,5 T€ entfallen 2.356,7 T€ auf mittel- und langfristige Bankschulden und 1.349,8 T€ auf kurzfristige Bankschulden.

## **Gesamtaussage**

Zur Erfüllung einer ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung sind die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid gemäß § 47 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) zur Aufstellung eines Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) verpflichtet. Innerhalb des ABK ist zum Umgang mit dem anfallenden Niederschlagswasser – als integraler Bestandteil – gesondert Stellung zu beziehen.

Die Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR hat für die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid die im gültigen Abwasserbeseitigungskonzept vorgesehenen bzw. geforderten Maßnahmen umgesetzt.

Die sich aus dem hier aufgestellten Sanierungskonzept ergebenden Sanierungsmaßnahmen wurden für dieses Geschäftsjahr weitestgehend abgearbeitet. Nicht durchgeführte Maßnahmen wurden neu platziert und das Sanierungskonzept wurde fortgeschrieben.

Die Gesamtlage der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR ist als gut einzustufen.

### Prognosebericht

Von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung werden im Jahr 2024 die Marktlagen bei der Energie- und Kraftstoffbeschaffung, die Baupreisentwicklung, die Lieferketten und der Fachkräftemangel sein. Des Weiteren wird auch der andauernde Krieg in der Ukraine weiter negativen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft haben.

Im Dezember 2023 hat das ifo-Institut (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.) die Wachstumsprognose für 2024 von 1,4 % auf 0,9 % reduziert, da die aktuellen Unsicherheiten die Erhöhung der deutschen Wirtschaft weiter verzögert. Die Konsumenten neigen weiterhin zum Sparen und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und der privaten Haushalte ist gehemmt.

Der Brückenneubau der Rahmede-Talbrücke wird weiterhin eine massive Belastung der Lieferketten und eine deutliche Schwächung des Wirtschaftsstandortes sein. Wie widerstandsfähig Industrie und Gewerbe in der Region ist, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Kurzfristig wird die Belastung aber zu weiterhin deutlich geringeren Schmutzwassermengen im Prognosejahr führen.

Das ifo-Institut erwartet, dass die Inflationsrate im Prognosejahr bei 3,4 % und damit deutlich unter dem Vorjahr (5,9 %) liegen wird.

Die Prognose der Abwassermengen für die Gebührenkalkulationen des Jahres 2024 beruhen auf den Istwerten des Jahre 2022 unter Berücksichtigung der negativen Auswirkungen der globalen Krisen.

### Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

#### Gebührenentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2024 plant die SELH AöR mit steigenden Unterhaltungs- und Personalaufwendungen. Der deutlich gestiegene Baupreisindex führen zu erhöhten Unterhaltungskosten und steigenden kalkulatorischen Wiederbeschaffungskosten. Die Tarifeinigung im April 2023 führt zu Tariferhöhungen zwischen 8,0 % und 12,8 % ab dem 01.03.2024. Da die Schmutzwassermengen durch die wirtschaftlichen Bedingungen in Lüdenscheid und Herscheid auf einem niedrigen Niveau sind, steigen die Schmutzwassergebühren in beiden Kommunen deutlich.

Die wesentlichen Gebührensätze für Lüdenscheid betragen:

Gebührenart	2024	2023
Schmutzwasser Mitglieder Ruhrverband	1,45 €/m <sup>3</sup>	1,26 €/m <sup>3</sup>
Schmutzwasser Haushalte, Gewerbe, Stadt	3,18 €/m <sup>3</sup>	2,94 €/m <sup>3</sup>
Niederschlagswassergebühr Mitglieder Ruhrverband	0,79 €/m <sup>2</sup>	0,75 €/m <sup>2</sup>
Niederschlagswassergebühr Haushalte, Gewerbe und Stadt	0,96 €/m <sup>2</sup>	0,92 €/m <sup>2</sup>

Die wesentlichen Gebührensätze für Herscheid betragen:

Gebührenart	2024	2023
Schmutzwasser Mitglieder Ruhrverband	2,34 €/m <sup>3</sup>	1,83 €/m <sup>3</sup>
Schmutzwasser Haushalte, Gewerbe, Stadt	4,89 €/m <sup>3</sup>	4,33 €/m <sup>3</sup>
Niederschlagswassergebühr Mitglieder Ruhrverband	0,75 €/m <sup>2</sup>	0,63 €/m <sup>2</sup>
Niederschlagswassergebühr Haushalte, Gewerbe und Stadt	0,90 €/m <sup>2</sup>	0,79 €/m <sup>2</sup>

Die Jahresgebühren für einen 4-Personenhaushalt (50 m<sup>3</sup> Jahresverbrauch Frischwasser je Person und versiegelte Grundstücks-Fläche von insgesamt 130 m<sup>2</sup>) betragen im Jahr 2024 in Lüdenscheid 760,80 € (Vorjahr: 707,60 €) und in Herscheid 1.095,00 € (Vorjahr: 968,70 €).

### Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Es wird für die kommenden Jahre die folgende Umsatz- und Ergebnisentwicklung erwartet:

	Umsatz in T€	Jahresüberschuss in T€
2024	23.226,0	6.188,0
2025	23.804,0	6.058,0
2026	24.354,0	6.143,0
2027	24.941,0	6.228,0
2028	25.515,0	6.315,0

### Investitionsplanung

Im Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 sind die folgenden Investitionen in Höhe von 4.117,0 T€ vorgesehen:

#### 1. Regenrückhalteraum Wiesenstraße

(Lüdenscheid; 400,0 T€)

Die gekoppelten Entwässerungsplanungen für den Bebauungsplanentwurf 843 („Wiesenstraße“) sowie der angrenzenden Hauptfeuerrettungswache (HFRW) werden durch die Erstellung eines öffentlichen Regenrückhalteraaumes mit über 500 Kubikmeter Volumen baulich umgesetzt. Die Rückhaltung und gedrosselte Ableitung des Oberflächenwassers dient der Entlastung des öffentlichen Mischwassersammlers der Altenaer Str. sowie des Gewässers Rahmede. Die Baukosten werden mit 400,0 T€ kalkuliert.

Im Jahr 2025 ist der Anschluss der HFRW vorgesehen, zukünftig erfolgt der entwässerungstechnische Anschluss des noch zu planenden Wohngebietes.



## 2. P.C. Turck Kanalbau

(Lüdenscheid: 200,0 T€)

Der älteste öffentliche Mischwasserkanal in Lüdenscheid (Baujahr 1873) liegt unter den Fertigungshallen der Firma P.C. Turck. Im Jahr 2018 wurde im geschlossenen Bauverfahren bereits ein 40 Meter langer Teilbereich aufwendig saniert. Die weitere Sanierung des einsturzgefährdeten 50 Meter langen Kanals zur Gasstraße ist in geschlossener Bauweise nicht realisierbar. In enger Abstimmung mit der Betriebsleitung der Firma P.C. Turck plant die SELH AöR den 60 Meter langen, komplexen Kanalbau in neuer Trasse über die Logistikzufahrt Richtung Altenaer Straße.

## 3. Kanalbau in offener Bauweise

(Lüdenscheid: 200,0 T€, Herscheid: 285,0 T€)

Der STL plant den Brückenabriss und -neubau zum Wohngebiet „Schiefe Ahelle“. Die hierfür erforderlichen Dükerungen, der an der abzureißenden Brücke angehangenen Leitungen, werden von Versorgerseite aktuell ausgeführt. Mit der vom STL noch auszuschreibenden Bauleistung „Brückenbau“ erfolgt die temporäre Umlegung des Abwasserkanals und die Neuinstallation im neuen Brückenkörper.

Der STL plant ebenso den Neubau der Brücke „Am Kamp“. Eine Mitverlegung des Mischwasserkanals im neuen Brückenbauwerk hat funktionale Vorteile und ist wirtschaftlich sinnvoll. Der Abwasserkanal auf der Rohrbrücke, die im Eigentum der SELH AöR ist, wird nach der Neuverlegung stillgelegt und die Rohrbrücke wird zurückgebaut.

Vor dem geplanten Straßenausbau im Gebiet Piepersloh erfolgt abschließend die Fertigstellung eines letzten Kanalabschnittes.

Weiterhin ist nach der erfolgten Sanierung eines Böschungsabschnitts im Jahr 2023 die Sicherung der ausgekolkten Gewässersohle des Schlittenbachs im oberen Teil des Hochwasserrückhaltebeckens Honselers Bruch vorgesehen.

In Herscheid sind folgende Baumaßnahmen geplant:

Unterm Bahndamm/Wiesenstraße: Aufgrund starker baulicher Defekte des Mischwasserkanals ist die gesicherte Ableitung des Abwassers aus der Wiesenstraße und dem Müggenbrucher Weg zum Sammler am Bahndamm nicht mehr gegeben. Die SELH AöR plant eine neue, 140 Meter lange Kanaltrasse, die weiterhin über Privatgrundstücke verläuft. Die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern zur Sicherung der neuen Kanaltrasse sind abgeschlossen. Der Tiefbauauftrag für den Kanalbau wurde im Oktober vergeben. Die Ausführung ist für Anfang 2024 vorgesehen.

Bahnhofstraße: Der 150 Meter lange Mischwasserkanal aus Steinzeug an der Bahnhofstraße liegt unmittelbar am Gewässer, ist undicht und einsturzgefährdet.

Für einen zukünftigen gesicherten Betrieb der Abwasseranlage erfolgt der Kanalbau in einer neuen Trasse im Straßenkörper. Die Baukosten für die 110 Meter lange Trasse belaufen sich auf 165,0 T€.

#### 4. Geschlossene Sanierungsmaßnahmen

(Lüdenscheid: 1.800,0 T€; Herscheid: 490,0 T€)

Die geschlossenen Sanierungsmaßnahmen sind aufgrund ihrer verfahrensbedingten Leistungsfähigkeit wesentlicher Faktor für eine angestrebte jährliche Erneuerungsrate von 1% der Kanalnetzlänge.

Daher steigert die SELH AöR das Investitionsvolumen für diese Maßnahmen in Lüdenscheid auf 1.800,0 T€. Das ermöglicht die Renovation von 3,2 Kilometer Kanalleitungen in den Rohrdimensionen DN 200 bis DN 500 sowie von ca. 180 Schachtbauwerken.

Differenziert nach verschiedenen Faktoren wie Zugänglichkeit, Rohrdimension und Ausprägung von Schäden kommen verschiedene Schlauchlinerverfahren zur Anwendung. Der Eingriff in die umgebende Infrastruktur und in den Straßenverkehr ist im Vergleich zu der offenen Bauweise sehr begrenzt.

Die Maßnahmen werden örtlich gebündelt in mehreren Ausschreibungspaketen ausgeführt. Teilweise erforderlicher, örtlich begrenzter Tiefbau wird im Vorfeld durchgeführt.

Mit T€ 325,0 sind hier insbesondere die Ausschreibungspakete „Altstadt Süd“ (700 Meter Leitungssanierung in der Wilhelm-, Kommandanten-, Schemper- und Turmstraße, sowie Dom- und Altgasse) sowie mit 300,0 T€ „Werdohler Straße 2-16“ (550 Meter Kanalsanierung mit Tiefbau unmittelbar an der Umleitungsstrecke A45) zu nennen.

Weitere Renovationen erfolgen u. a. in folgenden Straßenabschnitten:

Mozartstraße, Markwiese, Habbecker Straße, Mühlhagener Straße, Paracelsusstraße, Blücherweg, An der Mehr, Bayernstraße, In der Mark, Werdohler Straße 193 (Privatgrundstücke), Waldstraße (Privatgrundstücke), Kluser Straße.

Im Gemeindegebiet Herscheid werden 1,3 Kilometer Mischwasserkanalrohrleitungen und 40 dazugehörige Schachtbauwerke mit einem Investitionsvolumen von 490,0 T€ renoviert. Die SELH AöR plant hierzu mehrere Ausschreibungspakete mit den Gewerken Schlauchliner, Schachtauskleidung sowie einem kleinen Anteil Kanalbau in offener Bauweise.

Die 250 Meter lange Mischwasserkanaltrasse unter der Zufahrt für den Lieferverkehr auf dem Firmengelände der Firma Alberts (Blumenthal 2) ist durch die geringe Tiefenlage und die hohe Verkehrsbelastung stark geschädigt. Die 90,0 T€ teure statische Sanierung erfolgt in enger Abstimmung mit der Firma Alberts. Der Sanierungsauftrag ist bereits vergeben und wird überjährig ausgeführt.

Im Bereich der Plettenberger Straße und der Straße Wiesenthal ist die Renovation von ca. 610 Metern Mischwasserkanal im Schlauchlinerverfahren geplant. Begleitend hierzu sind einige

Kleinbaugruben in offener Bauweise zu erstellen. Die Baukosten werden mit 280,0 T€ veranschlagt.

Weiterhin ist nach Abschluss der offenen Kanalbaumaßnahme Unterm Bahndamm/Wiesenstraße im Umfeld eine Schlauchlinersanierung geplant.

#### 5. Wassersensible Stadtentwicklung

(Lüdenscheid: 100,0 T€)

Wassersensible Stadtentwicklung wird, vor dem Eindruck zunehmender Trockenphasen und gleichzeitig intensiverer Starkregenereignisse durch den Klimawandel, ein wichtiges Handlungsfeld in der zukünftigen Stadtplanung sein. Durch die frühzeitige Einbindung in die Planungen von Erschließungsgebieten und Straßenausbauten wird die SELH AöR hierzu Lösungen entwickeln und aufzeigen.

Für den Bebauungsplan BP 839 („Westlich Schöneck“) plant die SELH AöR die Bemessung und den Entwurf einer Versickerungsanlage.

Bei den geplanten Straßenausbauten im Ortsteil Piepersloh und im Memeler Weg sind mögliche Versickerungen und Rückhaltungen des Oberflächenwassers über Baumbeete im Straßenkörper durch den Fachplaner zu prüfen. Weitere bauliche Maßnahmen zur Ableitung von Straßenoberflächenwasser in Baumbeete sind in Planung.

Insgesamt werden für diese Projekte Kosten von 100,0 T€ erwartet.

#### 6. Hochwasserschutzkonzept Rahmede

(Lüdenscheid: 170,0 T€)

Zur Verbesserung der zukünftigen Hochwassersituation der Rahmede sind drei potenzielle Standorte zur Schaffung von Rückhaltevolumen und die Dämpfung der Abflusskurve untersucht und als wirksam eingestuft worden. Die SELH AöR hat weitergehende Planungen dieser Hochwasserrückhalteräume beauftragt. Für die Standorte „Wislade“, „Mettbergswalze“ und „Asenberg“ sollen diese bis zur Genehmigungsfähigkeit (Leistungsphase 1-4 gem. HOAI) erbracht werden.

Für Planungsleistungen werden 170,0 T€ veranschlagt.

#### 7. Planung Ortsentwässerung Wellin / Rärin

(Herscheid: 25,0 T€)

Mit Kenntnis der hydraulischen Überlastung des im Jahr 1992 neu erstellten Ableitungskanals „Bubbecke“ sowie der im Jahr 2027 ablaufenden Genehmigung für die Kläranlage Wellin, sollen beide Ortsentwässerungen im Zuge eines Planungsauftrags grundlegend untersucht werden. In Abwägung der technischen Umsetzbarkeit ist eine weitestgehende Abkopplung von Oberflächenwasser der Privatgrundstücke und der öffentlichen Straßen zur Entlastung des

Sammlers unterhalb von Rärin sowie der Kläranlage Wellin zielführend. Für beide Ortslagen soll ein Planungskonzept erstellt werden.

## 8. Unvorhergesehenes

(Lüdenscheid: 287,0 T€; Herscheid: 80,0 T€)

In der Vergangenheit ergaben sich unterjährig häufig unvorhergesehene Maßnahmen, die zu Verschiebungen innerhalb der Investitionsplanung führten. Das kann unter anderem durch kurzfristige Vorhaben der Stadt Lüdenscheid oder der Gemeinde Herscheid, aktuelle Schadensereignisse oder hydraulische Zwangspunkte im Rahmen von Starkregenereignissen erforderlich werden.

## 9. Betriebs-, Geschäftsausstattung

(Gemeinsamer Bereich: 80,0 T€)

Im Planjahr soll gezielt in Sensorik (Füllstand- und Fließgeschwindigkeitsmessung) im Kanalnetz investiert werden (20,0 T€). Zudem sollen weitere Sensoren und Rattenboxen (5,0 T€) für eine regelkonforme Rattenbekämpfung beschafft werden.

Für die sicherheitstechnisch notwendige Erneuerung der Zaunanlage am Regenrückhaltebecken Friedlin sind 6,0 T€ geplant.

Des Weiteren sind für neue Pumpen, Absperrblasen und sonstige Geräte insgesamt 43,0 T€ im Investitionsplan berücksichtigt.

Für unvorhersehbare Ersatzbeschaffungen ist ein Investitionsbudget von 6,0 T€ vorgesehen.

## **Geschäftsentwicklung**

Auch in Jahr 2024 werden mit benachbarten Städten und Gemeinden weitere Gespräche zur Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit geführt.

## **Risiko- und Chancenbericht**

### Risikobericht

Die Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR mit ihren rein hoheitlichen Aufgaben refinanziert sich über Gebühren. Darüber hinaus besteht eine Gewährträgerhaftung durch die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid. Daher ist der Fortbestand des Betriebes aus finanzieller Sicht nicht gefährdet. Die Verpflichtung zur Abwasserbeseitigung ergibt sich aus den Regelungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes.

Durch die Einführung eines Risiko- und Chancenmanagementsystems werden insbesondere Entwicklungen frühzeitig erkannt, die die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen gefährden könnten. Darüber hinaus werden Potenziale für die zukünftige Ausrichtung des Betriebs untersucht.

Die Entwicklung des Frischwasserverbrauchs auch im Zusammenhang mit der Bevölkerungs- und Konjunktorentwicklung in Lüdenscheid und in Herscheid ist zu beobachten, da die Frischwasserverbrauchsmenge die Gebühren beeinflusst. Weiterhin werden die anhand von aktuellen Luftbildern im Rahmen des Projektes zur Überprüfung der Versiegelungen ermittelten anschlussrelevanten Flächen kontinuierlich fortgeschrieben und ergänzt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden Wertberichtigungen vorgenommen.

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Betriebes sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Mit Wirkung vom 01.01.2016 ist eine Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) in Kraft getreten. Dieser regelt die Unternehmereigenschaft im Sinne des UStG von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPdöR) und die damit verbundene Steuerbarkeit und Steuerpflicht von Leistungen der öffentlichen Hand. Für sämtliche vor dem 01.01.2017 ausgeführten Leistungen gilt gemäß § 27 Abs. 22 Satz 1 und 2 UStG eine Übergangsregelung, wonach die bis dahin geltende Rechtslage weiter anzuwenden ist. Darüber hinaus wurde den jPdöR mit dem neu eingeführten § 27 Abs. 22 Satz 3 ff. UStG die Möglichkeit einer sogenannten Option eingeräumt. Die jPdöR konnte bis Ende 2016 dem Finanzamt gegenüber einmalig erklären, dass sie § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin anwenden möchte. Diese kann jederzeit mit Wirkung ab Beginn eines auf die Abgabe folgenden Kalenderjahres widerrufen werden. Die damalige SEL AöR hat diese Optionserklärung am 09.12.2016 beim Finanzamt Lüdenscheid abgegeben, welche für die SELH AöR weiterhin gültig ist. Aufgrund der besonderen Situation im Zuge der Covid-19 Pandemie im Jahr 2020 sind die Vorbereitungen zur Umsetzung der Neuregelung des § 2b UStG bei den Kommunen ins Stocken geraten. Aus diesem Grund wurde die bisherige Übergangsregelung zu § 2b UStG in § 27 Absatz 22 UStG mit dem Beschluss des sogenannten „Corona-Steuergesetzes“ um weitere zwei Jahre – bis zum 31.12.2022 – verlängert. Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2022 wurde vom Bundestag am 02.12.2022 eine weitere Verlängerung um 2 Jahre beschlossen. Der Bundesrat hat am 16.12.2022 dem Jahressteuergesetz und damit der Verlängerung bis zum 31.12.2024 zugestimmt.

### Chancenbericht

Mit dem Start des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR“ zum 01.01.2019 wurde die interkommunale Zusammenarbeit benachbarter Kommunen bzw. Gemeinden gestärkt. Dadurch ergibt sich zukünftig auch die Möglichkeit für weitere Städte und Gemeinden, der interkommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) beizutreten, um gemeinsam vorhandene technische und personelle Ressourcen besser nutzen zu können.

### Gesamtaussage

Die Prüfung des Risiko- und Chancenmanagements wurde ordnungsgemäß durchgeführt und es ergaben sich keine Beanstandungen.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

## Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FRIEBE-SHELLSCHEIDT GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Wirtschaftsjahr 2023 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

## Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

### Vorstand

Im Vorstand ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

### Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
RF Ursula Maria Meyer	RH Michael Dregger
RF Verena Szermerski Kasperek	RF Heide-Marie Skorupa
RH Gordan Dudas	RH Steffen Kriegel
RH Michael Bernd Thielicke	RH Dirk Franke
RH Jens Voß	RH Philipp Siewert
RF Gesthimani Demirtzoglou	RH Ralf Michael Schwarzkopf
RF Anja Tadday-Schlichting	RH Mert Can Cetin
RH Christoph Weiland	RF Dr. Antje Heider
RF Nicole Schulte	RF Ramona Ullrich
RF Julia Decker	SB Eugen Cramern
SB Anette Schwarz	SB Florian Wüllner
RH Lucas Karich	RH Daniel Florian Kahler

Der Verwaltungsrat besteht aus dem/der Vorsitzenden und 15 weiteren Mitgliedern. Den Vorsitz führte im Jahr 2023 der Bürgermeister der Stadt Lüdenscheid, der im Verhinderungsfall durch seine Vertretung im Amt vertreten wird. Auf Grund der 92,68 %igen Beteiligung entfallen 12 Mitglieder und deren Stellvertretung des Verwaltungsrates auf die Stadt Lüdenscheid. Drei Mitglieder und deren Stellvertretung werden vom Rat der Gemeinde Herscheid gewählt.

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 7 (58,3 %). Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als stellvertretende Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 3 (25,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern erreicht. Bei den stellvertretenden Mitgliedern wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

### **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist zum 01.01.2023 in Kraft getreten. Die Ziele des Gleichstellungsplans sind u. a. die Förderung der Gleichstellung, der Abbau von Unterrepräsentanzen sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

### 3.4.1.6 Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH (EGC)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Karolinenstraße 8 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1988
<b>Grundkapital</b>	556.850,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wirtschafts- und Technologieförderung in Lüdenscheid. Hierzu gehört insbesondere der Betrieb eines Entwicklungs- und GründerCentrums.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Betrieb von Entwicklungs- und Gründerzentren ist eine Form der Technologie- und Wirtschaftsförderung. Sie soll Innovationen und Existenzgründungen erleichtern und den erforderlichen Technologietransfer zwischen Hochschulen und Betrieben verbessern. Die Förderung von Technologiezentren ist ein Ansatz zur Lösung struktureller Probleme und zur Sicherung sowie Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	360.500,00 € = 64,74 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Sparkasse an Volme und Ruhr	186.100,00 € = 33,42 %
Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen	10.250,00 € = 1,84 %
<b>Die Gesellschaft hält folgende Beteiligung:</b>	
Institut für Umformtechnik der mittelständischen Wirtschaft GmbH	51.150,01 € = 25,00 %

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der EGC GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 121,0 T€ für Miete.
- Die Stadt Lüdenscheid verzichtet für das Jahr 2023 auf eine Pachterhebung.

Finanzbeziehungen der EGC GmbH zur SELH AöR bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 18,1 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der EGC GmbH zur KIMW GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge aus Miete, Bewirtung und Dienstleistungen Aufwendungen in Höhe von 184,0 T€.



## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	2.808,0	2.901,5	-93,5	<b>Eigenkapital</b>	1.312,8	1.325,8	-13,0
<b>Umlaufvermögen</b>	460,4	455,6	4,8	<b>Sonderposten</b>	1.568,1	1.641,4	-73,3
				<b>Rückstellungen</b>	18,6	18,1	0,5
				<b>Verbindlichkeiten</b>	360,4	370,5	-10,1
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	8,5	1,3	7,2
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.268,4</b>	<b>3.357,1</b>	<b>-88,7</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.268,4</b>	<b>3.357,1</b>	<b>-88,7</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2023 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
25.200,21	Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH	Stadt Lüdenscheid	KfW

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	816,9	707,1	109,8
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	75,9	85,7	-9,8
<b>3. Materialaufwand</b>	0,0	0,0	0,0
<b>4. Personalaufwand</b>	229,6	235,1	-5,5
<b>5. Abschreibungen</b>	121,3	120,0	1,3
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	554,9	472,4	82,5
<b>7. Finanzergebnis</b>	0,3	-1,4	1,6
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	-12,7	-36,1	23,4
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	-13,0	-36,4	23,4

## Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	88,1	88,4	-0,2
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	-1,0	-2,7	1,8
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	112,8	112,3	0,4
<b>Verschuldungsgrad</b>	28,9	29,3	-0,4
<b>Umsatzrentabilität</b>	-1,5	-4,6	3,1

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug die Zahl der Beschäftigten 8,25 (Vorjahr 7,5).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

### Darstellung des Geschäftsverlaufs

#### Allgemeine Lage

Die schwierigen Rahmenbedingungen und negativen externen Einflüsse haben wie bereits in den Vorjahren auch das Geschäftsjahr 2023 geprägt. Zudem zeichneten sich auch die in 2024 noch zu erwartenden Probleme deutlich ab. Auf allgemeiner Ebene sind das nach wie vor die negativen Einflüsse der inflationären Preisentwicklung und des Ukraine-Krieges, auf lokaler Ebene die Auswirkungen der andauernden Brückenproblematik und auf der Ebene des EGC selbst, die wirtschaftlichen Probleme der Institute. Alle Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung wurden zwischenzeitlich deutlich nach unten korrigiert.

Insbesondere die südwestfälische Wirtschaft beurteilt die konjunkturelle Lage und die Aussichten negativ. Zurückhaltung herrscht sowohl bei Investitionsentscheidungen als auch bei Personaleinstellungen. Nach dem Konjunkturbericht der SIHK aus Herbst 2023 plant fast ein Drittel der Unternehmen in der Region sogar mit weniger Personal. In diesem Umfeld unsicherer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und hoher Energiepreise sind Gründungen noch schwerer zu realisieren als in „normalen“ Zeiten.

#### Geschäftsentwicklung

Angesichts dieser allgemein und lokal schwierigen Rahmenbedingungen kann die Geschäftsentwicklung des EGC trotz eines Jahresverlustes von rd. 13 T€ als erfolgreich bewertet werden. Der Jahresverlust ist deutlich niedriger als im Vorjahr und unterschreitet auch den im Wirtschaftsplan 2023 ausgewiesenen Fehlbetrag. Insgesamt konnte eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr um rd. 23 T€ und gegenüber dem Plan um rd. 11 T€ erreicht werden.

Vor allem die Geschäftsbereiche Vermietung, Konferenzzentrum und Casino verzeichneten wieder deutliche Umsatzsteigerungen. Negative, den Umsatz belastende Vorgänge ereigneten sich nicht. Das Ergebnis hat sich, trotz verschiedener, die Kosten belastender Maßnahmen und ohne irgendwelche Bereinigungen, verbessert. Dies konnte so nicht erwartet werden und hängt unter anderem auch mit der noch nicht erfolgten Kündigung größerer angemieteter Flächen durch das Kunststoff-Institut zusammen.

Es zeigt sich in diesem Zusammenhang deutlich, dass die Erstellung des Wirtschaftsplans in den letzten zwei Jahren von immer größeren Unwägbarkeiten beeinflusst wird. Gerade die allgemeine Kosten- und Preisentwicklung war in dieser eklatanten Auswirkung nicht abzusehen.

### Erlöse

Die Erlöse liegen um fast 105 T€ höher als geplant. Neben der bereits genannten Situation des Kunststoff-Instituts (Nicht-Umsetzung der Kündigung) und den unterschiedlich erfolgten Mieterhöhungen, sind die Erhöhungen der Nebenkostenpauschalen und der -nachforderungen als Begründung zu nennen. Auch 2023 blieben weitere, eigentlich zu erwartende, größere Kündigungen von Mietern aus. Aber auch die Erlöse aus dem Verkauf von Speisen und Getränken liegen um fast 26 T€ höher als erwartet und fast 20 T€ höher als im Jahr zuvor, weil seitens des KIMW wesentlich mehr Veranstaltungen durchgeführt wurden als gedacht und damit einhergehend auch der Verzehr im Casino anstieg.

### Aufwand

Trotz der Zahlung von Inflationsausgleichsprämien und höheren Aushilfslöhnen blieben die Personalkosten unter den Summen des Jahres 2022. Dies lag im Wesentlichen daran, dass im Vorjahr eine zweimonatige Doppelbesetzung der Stelle der Reinigungs- und Servicekraft Ende des Jahres 2022 zu berücksichtigen gewesen war. Die Personalkosten blieben auch unterhalb des Planansatzes 2023. Die Erstattungen nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz erreichten einen so hohen Betrag, dass die Mehraufwendungen ausgeglichen werden konnten und Einsparungen möglich wurden. Allerdings hat diese Entwicklung auch stets Auswirkungen auf den Betriebsablauf, denn umfängliche Personalausfälle können nicht immer kompensiert werden.

Die Betriebskosten haben sich sehr deutlich erhöht, was im Wesentlichen auf die allgemein gestiegenen Energiekosten zurückzuführen ist. Dem höheren Aufwand für Speisen und Getränke standen deutlich höhere Erlöse aus dem Verkauf entgegen. Wenngleich der Aufwand für Instandhaltungen gegenüber dem Vorjahr nennenswert zurückgegangen ist, wurde der Instandhaltungsansatz aus dem Wirtschaftsplan 2023 überschritten, da allein 10 T€ außerplanmäßig für den Ersatz eines defekten Rolltores in Haus 8 aufgewendet werden mussten.

Bei der Betrachtung des Ergebnisses fällt erneut auf, dass dieses von Sondereffekten belastet wird. Neben dem Ersatz des Rolltores, verursachte die endgültige Beendigung der Technologie-Ausstellung zusätzliche Kosten, da vorausgezahlte Beiträge des Veranstaltungskonsortiums „Wirtschafts- und Technologieforum“ zurückgezahlt wurden. Auch die Zahlung der Inflationsausgleichsprämien für das Personal sind hierunter zu zählen. Schließlich verursachten auch die Aktivitäten um INNOVATIONFactory und FirstLab weiteren Aufwand. Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass aufgrund der in nahezu allen Bereichen zu beobachtenden Preissteigerungen das Aufwandsniveau dauerhaft höher liegen wird als zuvor.

## Investitionsmaßnahmen

Zur Verbesserung der Liefersituation für die Firma Brockhaus wurde ein ebenerdiges, doppelflügeliges Tor eingebaut. An den Kosten von 31 T€ netto beteiligte sich die Firma mit 8 T€, zusätzlich erhöhte sich die Miete um 500 € monatlich.

Auf Grund einer Auflage der Berufsgenossenschaft musste eine 17m lange Absturzsicherung an der Rampe Haus 2 errichtet werden. Die Kosten hierfür lagen bei 4 T€.

## **Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres**

Das Kunststoff-Institut hatte erneut Räumlichkeiten gekündigt. Letztlich kam über das ganze Jahr 2023 hinweg diese Kündigung nicht zum Tragen, so dass weder Mieterlöse aus-, noch weitere Modernisierungskosten anfielen.

## **Gesamteinschätzung/Darstellung der Lage**

Die seit nunmehr fast drei Jahren erwarteten negativen Auswirkungen der allgemeinen Lage auf die Geschäftsentwicklung des EGC, hier insbesondere die Entwicklung der Institute, sind bislang weitestgehend ausgeblieben, so dass es beim EGC zu keinen größeren Umsatzeinbrüchen kam. Die Mietnachfragen sind allerdings zurückgegangen. Hier zeigen sich die allgemeinen Verunsicherungen infolge der Auswirkungen kriegerischer Konflikte, der deutlich gestiegenen Kosten und der Sperrung der Autobahn. Das Ausbleiben größerer Kündigungen verhinderte bislang schlechtere Ergebnisse.

Der Kostendeckungsgrad aus Umsätzen und Erträgen beträgt insgesamt 98,5 % (Vorjahr 95,2 %). Der Anteil der Mieten am Gesamtertrag beträgt 82,1 % (Vorjahr 82,3 %). Der Anteil des Personalaufwandes beläuft sich auf 27,5 % (Vorjahr 31,1 %).

## **Hinweise auf Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

### Risiken

Die Aussetzung der Pachtzahlung an die Stadt Lüdenscheid wurde um zwei Jahre verlängert. Die weitere Entwicklung – auch der EGC GmbH selbst – kann durch die Geschäftsführung derzeit nicht abschließend abgesehen werden.

Beide Institute im EGC verzeichneten im Jahr 2023 Verluste. In der Folge hat das Kunststoff-Institut Anfang 2024 erneut große Flächen gekündigt. Seitens des IfU erfolgte Ähnliches bislang nicht. Die wirtschaftliche Entwicklung der Institute hat sich im ersten Quartal 2024 nicht wesentlich verbessert.

Da die Stadt Lüdenscheid beabsichtigt, zwei Etagen in den Räumlichkeiten des PTC des KIMW anzumieten, benötigt das KIMW die gekündigten Flächen im EGC weiterhin. Die Kündigung seitens des KIMW wird somit nach derzeitigem Stand auch weiterhin nicht vollzogen werden. Die Entwicklung über 2024 hinaus ist leider (noch) nicht abzuschätzen.

### Auswirkungen der Sperrung der Rahmendetalbrücke der A 45

Die in den vergangenen Lageberichten dargestellten Auswirkungen haben sich verfestigt. Die Anzahl der Kündigungen von Mitarbeitern der Institute wegen der Sperrung ist konstant hoch. Die Anzahl der Mietanfragen im EGC verbleibt auf niedrigem Niveau.

## Zukünftige Chancen

Der Prototyp „FirstLab“ als Vorläufer der INNOVATIONFactory ist erfolgreich. Neben sehr guten Events, fanden bereits Beratungen und auch Gründungen statt. Die Umsetzung des Projektes hängt allerdings sehr stark von der Finanzierung ab, die neben der notwendigen Förderung unter anderem auch die Aufbringung eines Eigenanteiles erfordert.

## Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2024 endete mit einem Planergebnis von – 6 T€. Auf Grund der aktuellen Situation der Institute und angesichts der dargestellten Rahmenbedingungen und Risiken wäre das Erreichen dieses Zieles ein Erfolg.

Mitte des Jahres 2025 wird der langjährige hauptamtliche Geschäftsführer des EGC, Jörg Marré, altersbedingt seine Tätigkeit beim EGC beenden. Eine Nachfolgeregelung wird angesichts des damit verbundenen Wissensverlustes beim EGC einerseits und der besonderen Beschäftigungskonstellation (Teilzeitbeschäftigung beim EGC und beim KIMW) eine besondere Herausforderung.

## **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

### **Geschäftsführung**

In der Geschäftsführung wird die Stadt Lüdenscheid vom Beigeordneten und Stadtkämmerer Sven Haarhaus vertreten.

### **Aufsichtsrat**

#### **Mitglieder**

Herr Frank Kuschmirtz (Pflichtplatz BM)

RH Christoph Weiland

RF Verena Szermerki-Kasperek

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 6 Mitgliedern. Auf Grund der 64,74 %igen Beteiligung werden nur drei der Mitglieder vom Rat der Stadt Lüdenscheid bestellt. Weitere zwei Mitglieder werden von der Sparkasse an Volme und Ruhr und ein Mitglied wird der SIHK bestellt und abberufen.

### **Gesellschafterversammlung**

<b>In geraden Jahren stimmberechtigter Vertreter</b>	<b>In ungeraden Jahren stimmberechtigter Vertreter</b>
RH Björn Weiß	RH Thomas Kruber
<b>Stellvertretung:</b> RH Thomas Kruber	<b>Stellvertretung:</b> RH Björn Weiß

## **Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht**

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 1 (50 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft unter 20 Beschäftigte hat. Gemäß § 5 Abs. 1 LGG besteht die Verpflichtung zur Aufstellung des Gleichstellungsplanes nur für jede Dienststelle mit mindestens 20 Beschäftigten.

### 3.4.1.7 Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH (MGR)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Lüdenscheider Straße 22 58762 Altena
<b>Gründungsjahr</b>	1999
<b>Grundkapital</b>	207.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Städte Altena, Lüdenscheid und Werdohl durch die Förderung von Gewerbeansiedlungen im Märkischen Gewerbepark Rosmart.

Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

- die Steuerung des geplanten Projektes und dessen (Zwischen-) Finanzierung durchzuführen,
- die Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung zu unterstützen,
- Grundstücke zu erwerben, diese zu erschließen, mit Gebäuden zu versehen, zu veräußern, zu vermieten, zu verpachten oder sonst wie in Nutzung zu geben, immobiliennahe Dienstleistungen und Vermittlungstätigkeiten zu erbringen, Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung durchzuführen,
- für die Ansiedlung von Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs zu werben, sie zu beraten und bei der Lösung betrieblicher Ansiedlungsprobleme zu unterstützen,
- Einrichtungen zu schaffen und/oder zu fördern, die mit der Bestandsförderung oder der Ansiedlung von Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs in Zusammenhang stehen,
- den Märkischen Gewerbepark Rosmart zu verwalten,
- den finanziellen Ausgleich zwischen den Gesellschaftern zu ermitteln.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung an der Gesellschaft ist, das Arbeitsplatzangebot und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch die Belebung der industriellen und gewerblichen Entwicklung der Region zu verbessern. Die Sicherung eines ausreichenden regionalen Gewerbeflächenangebots ist wesentlicher Teil der Wirtschaftsförderung.

## Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	72.000 € = 34,78 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Stadt Altena	86.000 € = 41,55 %
Stadt Werdohl	42.000 € = 20,29 %
Gesellschaft zur Wirtschafts- und Struktur- förderung im Märkischen Kreis mbH	7.000 € = 3,38 %

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der MGR GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 483,1 T€ für Avalprovision (31,6 T€) und Vorteilsausgleich (451,5 T€).

Die Gesellschafterstädte der MGR haben zudem im Jahr 2008 mit der MGR dahingehend eine Vereinbarung getroffen, dass sie sich verpflichten, die MGR ab dem Jahr 2008 finanziell so auszustatten, dass sie stets in der Lage ist, ihre finanziellen Verpflichtungen fristgemäß zu erfüllen (sogenannte "harte Patronatserklärung"). Im Jahr 2023 erfolgte keine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung.

Zukünftig werden sich aus der Beziehung zur MGR finanzielle Leistungsverpflichtungen ergeben. Diese sind im Doppelhaushalt 2024/2025 für die Jahre 2024 ff. veranschlagt (Produkt 15.01.02).

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	0,0	0,0	0,0	<b>Eigenkapital</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Umlaufvermögen</b>	9.145,1	9.755,8	-610,7	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	2.569,4	2.570,9	-1,5
				<b>Verbindlichkeiten</b>	14.456,6	14.432,9	23,7
<b>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	7.880,9	7.248,1	632,8				
<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.026,0</b>	<b>17.003,8</b>	<b>22,2</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.026,0</b>	<b>17.003,8</b>	<b>22,2</b>



Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2023 in €	Bezeichnung	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
1.616.643,25	Bürgschaft	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	Stadt Lüdenscheid	Vereinigte Sparkasse MK
1.616.643,25	Bürgschaft	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	Stadt Lüdenscheid	Sparkasse an Volme und Ruhr
Gesamt: 3.233.286,50				

### Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	12,4	144,7	-132,3
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	61,3	12,0	49,3
<b>3. Materialaufwand</b>	0,1	357,0	-356,9
<b>4. Personalaufwand</b>	12,0	12,7	-0,7
<b>5. Abschreibungen</b>	0,0	0,0	0,0
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	63,8	64,3	-0,5
<b>7. Finanzergebnis</b>	-620,0	-103,4	-516,6
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	-622,2	-380,7	-241,4
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	-632,8	-391,3	-241,4

### Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	0,0	0,0	0
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	0,0	0,0	0
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	0,0	0,0	0
<b>Verschuldungsgrad</b>	0,0	0,0	0
<b>Umsatzrentabilität</b>	-5.102,9	-270,4	-4.832,5

### Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäftsführer erfüllen ihre Aufgaben nebenberuflich, sie erhalten eine Aufwandsentschädigung.

## **Geschäftsentwicklung**

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

## **Grundlagen des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Städte Altena, Lüdenscheid und Werdohl durch die Förderung von Gewerbeansiedlungen im Märkischen Gewerbepark Rosmart. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt, die Projektsteuerung und -finanzierung durchzuführen, Grundstücke zu erwerben und zu erschließen und diese Flächen an Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs zu veräußern.

## **Wirtschaftsbericht**

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Region

Die Konjunkturberichte der SIHK Hagen verzeichnen nach einem Einbruch in 2023 in den Umfragezeiträumen Januar 2024 und April 2024 eine positivere Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage und künftigen Geschäftserwartung durch die befragten Unternehmen. Der Geschäftsklimaindex stieg im Verlauf des ersten Quartals 2024 von 77 auf 94 Punkte an.

Die Hälfte der Unternehmen (54 %) meldete zuletzt eine befriedigende Auftrags- und Geschäftslage, 18 % eine gute und 28 % eine schlechte.

Ihre Finanzlage bewerten 43 % der Unternehmen jedoch als angespannt, wobei Eigenkapitalrückgänge ebenso wie Forderungsausfälle und Liquiditätsengpässe als Probleme benannt werden.

Mit der zu geringen Auslastung der Betriebe war ab Mitte 2023 auch der Anstieg von Kurzarbeit in der Region und eine erhöhte Arbeitslosigkeit verbunden.

Hinsichtlich ihrer Nachfolgeplanung befürchten übergabebereite Unternehmen Auswirkungen durch die Krisen und berichten von weniger Interessierten. Durch die Erwartung sinkender Unternehmensverkaufspreise wäre aber lt. SIHK auch eine positive Auswirkung denkbar.

Fast die Hälfte der Unternehmen rechnet mit gleichbleibenden Investitionsausgaben, wobei als stark nachlassend Investitionen in Innovationen bezeichnet werden. Neben bürokratischen Hürden wurde der Fachkräftemangel als Grund hierfür benannt. Anzuehende Themen wie Netzausbau und Infrastruktur könnten Investitionsanreize bieten. Noch im Herbst 2023 wies der Innovationsreport der SIHK aus, dass jeder fünfte Betrieb eine Standortverlagerung in Erwägung ziehe.

Unverändert trägt nach wie vor die A45-Sperrung zu erheblichen Verkehrsproblemen nicht nur in Lüdenscheid, sondern auch in den umliegenden Städten zu einem schwierigen Umfeld bei. Von den staubedingten längeren Fahrtzeiten in der Region sind auch die Zufahrtsstraßen zum Gewerbepark Rosmart betroffen.

Lt. einer Analyse der Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung (GWS) gab es im Märkischen Kreis im Jahr 2023 im Vergleich zu den vergangenen 10 Jahren die geringsten Gewerbeflächenverkäufe. Nachfrage bestand jedoch durchaus, zur Hälfte von mittelständischen Unternehmen, auch aus dem Umkreis, die sich weiterentwickeln möchten. In 2023 waren im Märkischen Kreis ca. 36 ha kommunale Gewerbeflächen sofort am Markt verfügbar, davon entfallen ca. 13 ha auf den Gewerbepark Rosmart.

Sowohl in Lüdenscheid als auch in mehreren umliegenden Kommunen stehen aktuell keine Gewerbeflächen zum Verkauf. Auch mittelfristig sind Neuausweisungen von Gewerbeflächen nicht zu erwarten. Die gewerbliche Nachnutzung industrieller Brachflächen scheidet häufig aufgrund ihrer innerstädtischen Lage und vorhandener Altlasten aus.

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen ist aufgrund der o. g. Rahmenbedingungen insgesamt verhalten.

### Geschäftsverlauf

Die unsicheren Rahmenbedingungen führen auch im Gewerbepark Rosmart zu einer verhaltenen Nachfrage. Im Jahr 2023 haben vier Beratungsfälle mit teilweise mehreren Terminen stattgefunden, wobei ein Interessent den Kauf einer Fläche vom Zeitpunkt des Verkaufs der bisherigen Betriebsfläche abhängig macht. Zu einem Kaufabschluss ist es in 2023 nicht gekommen.

### **Lage**

#### Ertragslage

Die wesentliche Einnahmequelle der MGR GmbH ist die Veräußerung von Gewerbegrundstücken, weshalb der Umsatzerlös in stärkstem Maße von diesen Verkäufen abhängig ist. Wie bereits in Punkt 2. „Geschäftsverlauf“ erwähnt, wurden im Jahr 2023 keine Flächen veräußert.

#### Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme betrug zum 31.12.2023 17.025.982,15 € und hat sich damit gegenüber 2022 nur unwesentlich verändert. Die Bankverbindlichkeiten wurden um 21 T€ erhöht. Eine Inanspruchnahme der Städte war auch 2023 nicht erforderlich. Der Jahresfehlbetrag betrug in 2023 632.824 €, womit der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf 7.880.878 € gestiegen ist.

#### Gesamtaussage

Die Gesellschaft ist seit Jahren überschuldet und kann ihre Geschäfte allein über die Wirkungen der von den Gesellschafterstädten gezeichneten harten Patronatserklärung fortführen. Unter Berücksichtigung dieser Patronatserklärungen ist die Finanzlage der Gesellschaft auch künftig gesichert.

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist deshalb weiterhin darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten und Forderungen im Rahmen der Zahlungsziele zu begleichen bzw. zu vereinnahmen.

## Prognosebericht

Während des Geschäftsjahres ist aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen das Interesse von potenziellen Investoren zurückgegangen. Aufgrund der unter I. genannten volatilen Bedingungen ist die künftige Entwicklung schwierig einzuschätzen.

Als größtes Risiko für die künftige Geschäftsentwicklung wird aus allen Branchen die schwache Inlandsnachfrage benannt. Die Unternehmen rechnen allerdings auch mit sinkenden Exportzahlen. Starke Einfluss haben lt. SIHK die von den Befragten als unkalkulierbar empfundenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, hohe Arbeitskosten sowie weiterhin befürchtete Schwankungen der Energie- und Rohstoff-Verfügbarkeit und -preise.

Mehr Betriebe als zuvor vermehren Einschränkungen durch die als chaotisch empfundene Verkehrsinfrastruktur. Positiv zu vermerken ist die nunmehr prognostizierte Fertigstellung der Rahmedetalbrücke der A45 Mitte 2026 und die damit einhergehende Verbesserung der verkehrlichen Situation.

Das verfügbare Angebot an Gewerbeflächen im südlichen Märkischen ist unverändert knapp und wird - auch wenn aktuell nur geringfügig- weiterhin knapper werden. Die Nachfrage ist bislang unverändert auf geringem Niveau, trotzdem sinken somit weiterhin die noch verfügbaren regionalen Grundstücksreserven.

Die Planung des Straßenendausbau im Gewerbepark ist zwischenzeitlich an ein Ingenieurbüro vergeben und wird zz. erarbeitet. In diesem Zusammenhang wird auch die vorläufige Kostenschätzung aus 2021 über 4 Mio. € aktualisiert. Die vorhandenen Finanzmittel sind nicht ausreichend, um den Endausbau zu finanzieren.

Die erzielbaren Grundstücksverkaufserlöse werden nicht ausreichen, um die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten vollständig zu tilgen. Das daher im Geschäftsjahr 2022 entwickelte Konzept zur Tilgung der aktuellen Darlehen mit den Kreditgebern „Vereinigte Sparkasse im Märkischen Kreis“ und „Sparkasse an Volme und Ruhr“ ist im Herbst 2023 verabschiedet worden. Danach ist eine vollständige Tilgung dieser Darlehen bis spätestens Ende 2030 mit jährlichen Raten zuzüglich erzielter Erlöse aus Grundstücksverkäufen vereinbart. Die Bürgschaftserklärungen der drei Gesellschafterstädte wurde im Jahr 2023 ebenfalls neu gefasst.

Die Bereitschaft zur Finanzierung der Kosten für den Endausbau der Straßen ist durch die Sparkassen signalisiert worden. Nach Vorliegen aktueller Zahlen sind entsprechende Vereinbarungen zu schließen.

Die Geschäftsführung durch die Stadt Altena ist unverändert vakant. Durch Ausscheiden des Geschäftsführer Andreas Haubrichs (Stadt Werdohl) durch Wechsel des Arbeitgebers ist auch diese Geschäftsführung seit April 2024 nicht mehr besetzt. Die geplanten Wiederbesetzungen in der Geschäftsführung bleiben abzuwarten.

## **Chancen- und Risikobericht**

Aus Sicht der Gesellschaft sind aufgrund der seitens der Gesellschafterstädte unterzeichneten harten Patronatserklärungen sowie der vorgenannten Bürgschaften keine finanzwirtschaftlichen Risiken vorhanden. Die von der GmbH bevorrateten Flächen sind auf Grund der zunehmenden Schwierigkeiten zur Ausweisung gewerblicher und industrieller Baugrundstücke sowie der steigenden Nachfrage nach solchen wertbeständig.

Ungeachtet der prekären finanziellen Situation verfügt die Gesellschaft somit über Vermögen, welches einen wichtigen Bodenvorrat für die Gesellschafterkommunen darstellt.

## **Gesamtaussage**

Aus Sicht der Gesellschafterkommunen stellt die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft naturgemäß ein Risiko dar. Innerhalb der Gesellschaft wird dieses Risiko durch die Patronatserklärungen zu Lasten der Gesellschafterstädte eliminiert. Die Gesellschaft würde von Seiten der Gesellschafterstädte die zur Fortführung der Gesellschaft erforderlichen Mittel erhalten. Dies wird im Rahmen des Endausbaus der Straßen notwendig werden, da schon die „alte“ Kostenschätzung aufzeigt, dass die finanziellen Mittel für die vorgesehenen Baumaßnahmen nicht ausreichen werden.

Bei Berücksichtigung der oben erläuterten Situation im gewerblichen und industriellen Grundstücksbereich bleibt das vorhandene Gewerbeflächenpotential jedoch wertbeständig. Die Gesellschaft wird also zunächst weiterhin unter finanziellem Aufwand die Gewerbe- und Industriegrundstücke bevorraten und vermarkten.

## **Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und über die Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Ziel der Beteiligung der Gesellschafter an der Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH ist die Verbesserung des regionalen Arbeitsplatzangebotes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch die Belebung der industriellen und gewerblichen Entwicklung. Ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsförderung ist die Sicherung eines ausreichenden regionalen Gewerbeflächenangebotes.

Die im Jahr 2023 von der Gesellschaft durchgeführten Maßnahmen dienten sämtlich diesen oben genannten Zwecken.

## **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

## **Geschäftsführung**

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid mit Herrn Holger Moeser vertreten.

## Aufsichtsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
BM Sebastian Wagemeyer	Vertretung im Amt
RH Jürgen Appelt	RH Andreas Stach
RH Lothar Hellwig	RH Michael Bernd Thielicke
RH Björn Weiß	RH Daniel Kahler

Der Aufsichtsrat besteht aus 13 ordentlichen Mitgliedern und deren Stellvertretung. Dabei werden durch die Städte (Altena, Werdohl, Lüdenscheid) je vier Vertretungen von den Räten bestellt und abberufen und eine Vertretung durch die Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH entsandt.

## Beirat

Mitglieder
RH Christoph Weiland
RF Ramona Ullrich
RH Jürgen Appelt

## Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigter Vertreter	In ungeraden Jahren stimmberechtigter Vertreter
RH Mert Can Cetin	RH Steffen Kriegel
<b>Stellvertretung:</b> RH Steffen Kriegel	<b>Stellvertretung:</b> RH Mert Can Cetin

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche und stellvertretende Mitglieder beträgt zum 31.12.2023 jeweils 0 (0,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

Der Anteil der Frauen im Beirat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 1 (33,33 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft keine Beschäftigten hat.

### 3.4.1.8 Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH (LSM)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Friedrichstraße 4 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1992
<b>Grundkapital</b>	100.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen und Projekte zur Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid unter Berücksichtigung der Strukturpolitik für diese Region. Gegenstand des Unternehmens ist außerdem die Errichtung und Bewirtschaftung von Parkierungseinrichtung und Parkleitsystemen oder ähnlichen Einrichtungen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Ziel der Beteiligung ergibt sich aus dem Zweck der Beteiligung.

Die Gesellschaft ist laut Gesellschaftsvertrag so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

#### Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt Lüdenscheid</b>	30.000 € = 30,00 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Wirtschaftsförderung Kreisstadt Lüdenscheid e.V.	20.000 € = 20,00 %
Stadtwerke Lüdenscheid	20.000 € = 20,00 %
Sparkasse an Volme und Ruhr	20.000 € = 20,00 %
Südwestfälische Industrie und Handelskammer zu Hagen	10.000 € = 10,00 %

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der LSM GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 273,00 T€ für Zuschuss der Stadt Lüdenscheid.
- Aufwendungen in Höhe von 36,00 T€.

Finanzbeziehungen der LSM GmbH zum STL bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 10,6 T€ für sonstige Leistungen (Reinigung).
- Aufwendungen in Höhe von 119,5 T€ für Entsorgung, Reinigung und Sonstiges.



## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	243,6	85,8	157,8	Eigenkapital	148,5	158,8	-10,3
Umlaufvermögen	321,5	312,5	9,0	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	21,0	18,3	2,7
				Verbindlichkeiten	402,7	211,4	191,3
Aktive Rechnungsabgrenzung	8,0	0,0	8,0	Passive Rechnungsabgrenzung	0,9	9,8	-8,9
<b>Bilanzsumme</b>	<b>573,1</b>	<b>398,3</b>	<b>174,8</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>573,1</b>	<b>398,3</b>	<b>174,8</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	<b>2.293,6</b>	<b>1.723,9</b>	<b>569,7</b>
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>287,6</b>	<b>213,4</b>	<b>74,2</b>
<b>3. Materialaufwand</b>	<b>127,5</b>	<b>70,4</b>	<b>57,1</b>
<b>4. Personalaufwand</b>	<b>254,7</b>	<b>167,7</b>	<b>87,0</b>
<b>5. Abschreibungen</b>	<b>34,3</b>	<b>17,7</b>	<b>16,6</b>
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>2.174,6</b>	<b>1.690,5</b>	<b>484,1</b>
<b>7. Finanzergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	<b>-9,9</b>	<b>-9,0</b>	<b>-0,9</b>
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	<b>-10,3</b>	<b>-9,4</b>	<b>-0,9</b>

## Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	25,9	39,9	14,0
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	-6,9	-5,9	-1,0
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	61,0	185,1	-124,1
<b>Verschuldungsgrad</b>	285,3	144,6	140,7
<b>Umsatzrentabilität</b>	-0,4	-0,5	0,1

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug die Zahl der Beschäftigten 19 (Vorjahr 14).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

## Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen und Projekte zur Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid. So führt die Gesellschaft regelmäßig Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen des Stadtmarketings in Lüdenscheid durch, wie das Bautz Festival, Lichtrouten, Weihnachtsmarkt mit Eisbahn oder Public Viewing.

Ebenfalls dazu gehören u. a. auch die Errichtung und Bewirtschaftung von Parkierungsanlagen oder ähnlichen Einrichtungen.

## Wirtschaftsbericht

### Allgemeine Lage und Rahmenbedingungen

Das Jahr 2023 stellt sich für die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH in der Rückschau insgesamt als wirtschaftlich sehr fordernd dar. Inflationsbedingte Preissteigerungen sowie tariflich bedingte Lohnzusatzzahlungen haben die finanziellen Möglichkeiten der Gesellschaft weiter eingeschränkt.

Zudem wurde mit der Übernahme des Klein Oho – Der Lüdenscheid Shop (Einzelhandel) ein neues Tätigkeitsfeld eröffnet, bei dem nicht absehbar war, ob in den ersten Jahren ein kostendeckender Betrieb möglich ist.

Die Entwicklung der einzelnen Tätigkeitsfelder fokussierte sich weiter auf das in 2023 nun zum dritten Mal erfolgreich stattgefundenen Bautz Festival. Jedoch ist hier anzumerken, dass sich das Festival weiterhin in der Entwicklungsphase befindet und man mit jährlich abnehmenden Zuwendungen der Stadt Lüdenscheid planen muss. Darüber hinaus genießen die zwei weiteren Großveranstaltungen der Gesellschaft Stadtfest sowie Weihnachtsmarkt + Wintereisvergnügen einen großen Stellenwert im Unternehmen. Hinzu kam eine Vielzahl weiterer Einzelformate.

Die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH hat die gute Netzwerkarbeit der Vorjahre fortgesetzt und sich Vertrauen in der heimischen Unternehmerschaft wie Vereinswesen erarbeitet. Ein direkter Dialog wird weiter forciert und im Rahmen eines ständigen Dialogs ausgebaut.

### Geschäftsverlauf

Das Ergebnis schließt nach Berücksichtigung der Steuern mit einem Verlust von 10.319,96 € ab. Ein Ergebnis, das jedoch in diesem Rahmen vorab prognostiziert und bekannt gegeben wurde.

### Parkraumbewirtschaftung

Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung bewegen sich weiterhin unter dem Niveau von 2019, insbesondere bedingt durch die aktuelle Gesamtsituation in Lüdenscheid. Jedoch nur noch leicht in Höhe von ca. 5-10% zum Vergleichsjahr 2019. Die Geschäftsjahre 2020 + 2021 sollten nicht zur Betrachtung hinzugezogen werden, da diese stark unter Einfluss der Corona-Pandemie standen. Unabhängig von den hoffentlich nur temporären Krisen (Neubau der Autobahnbrücke, Inflation, Umbauarbeiten in der Innenstadt), ist jedoch grundsätzlich nicht mit einer nennenswerten Verbesserung zu rechnen.

Die Kosten für die Parkraumbewirtschaftung konnten konstant gehalten werden. Eine weitere Reduzierung ist für die Zukunft nicht absehbar, es wird derzeit eher von erhöhten Kosten aufgrund von Wartung und Verschleiß ausgegangen. Insbesondere in den städtischen Parkhäusern wie -flächen Kulturhaus und Turmstraße besteht immenser Investitionsstau.

### Stadtmarketing

Im Jahr 2023 konnte ein großer Katalog an kleinen wie auch großen Aktionen und Veranstaltungen erfolgreich umgesetzt werden. Den ohne Frage größten Stellenwert gemessen an Arbeits- und Umsatzvolumen - hat dabei das Bautz Festival eingenommen. Eine Großveranstaltung mit enormer Strahlkraft, auch über die Stadtgrenzen hinaus.

Weiterhin ist ein fester Bestandteil der Aktivitäten der Aufbau und die Pflege eines Netzwerkes, welches im Idealfall die Bedürfnisse der einzelnen Partner nachvollziehen kann und im Ergebnis in der Umsetzung einzelner Maßnahmen mündet. Exemplarisch seien hier, wie in den Vorjahren, sowohl die Arbeit mit dem Verein Willi & Söhne e.V. und dem Altstadtverein genannt. In 2023 wurde darüber hinaus die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Fachdiensten der Stadt Lüdenscheid intensiviert und weitere, gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen auf den Weg gebracht.

### Investitionsmaßnahmen

Im Jahr 2023 wurde eine Eisbahn für das jährliche stattfindende Wintereisvergnügen gekauft. Diese Investition reduziert die jährlichen Kosten für dieses Projekt bedeutend.

### Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Keine nennenswerten Vorgänge, die nicht bereits unter den Punkten 1-4 Erwähnung gefunden haben.

## Darstellung der Lage

### Strukturen der Erträge und Aufwendungen

#### Kostendeckungsgrad\* aus Umsätzen und sonstigen Erträgen

2012	74,5 %	100,7 %
2013	51,9 %	100,4 %
2014	51,9 %	100,4 %
2015	70,8 %	99,3 %
2016	71,8 %	97,4 %
2015	70,5 %	102,0 %
2018	58,5 %	99,9 %
2019	72,7 %	100,3 %
2020	71,5 %	105,5 %
2021	74,9 %	104,8 %
2022	88,5 %	99,5 %
2023	91,3 %	99,6 %

\*) inkl. Gesellschaftersponsoring

### Strukturen der Aufwendungen

	€	Anteil am Gesamtaufwand in %	
	2023	2023	2022
a) Personal inkl. Fremdleistungen u. Aufwandsentschädigung GF	254.757	11,7	8,6
b) Kosten Parkraumbewirtschaftung inkl. übrige Aufwendungen, Afa	312.426	13,7	14,9
c) Kosten Wirtschaftsförderung	1.661.734	76,4	72,9
d) Allgemeine Verwaltungskosten, Steuern	88.712	4,1	3,6

### Jahresergebnis

	Plan 2023	Rechnung 2023
Gesamterträge	2.492.960	2.581.155
Gesamtaufwand	2.483.644	2.174.566

### **Prognose-, Risiko- und Chancenbericht**

Nicht zu kalkulierende Entwicklungen bei den Gesellschaftern der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH haben unmittelbar Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft. Aus dieser Abhängigkeit können sich immer etwaige Risiken ergeben.

Dazu hat zuletzt ein klarer politischer Wille zur Eigenständigkeit und langfristigen Zukunft der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH gefehlt. Dieser politische Wille hat direkten Einfluss auf den größten Gesellschafter des Unternehmens, die Stadt Lüdenscheid. Dieser politische Wille wurde zwischenzeitlich und fraktionsübergreifend geäußert. Zudem wird weiter mit einem Personalkostenzuschuss seitens der Stadt Lüdenscheid die Schaffung von zwei neuen Arbeitsstellen ab 2024 ermöglicht. Dies wird die Arbeitsbelastung des gesamten Mitarbeiterstamms bedeutend verringern.

Ziel muss nun weiterhin sein, die Gesellschaft mittel- und langfristig neu zu strukturieren und mit den notwendigen personellen wie finanziellen Rahmenbedingungen auszustatten, um die Gesellschaft handlungsfähig für die großen Aufgaben in der Zukunft zu machen. Ein wichtiger Baustein ist das Aufgabengebiet der Parkraumbewirtschaftung. Hier sind seitens der Stadt Lüdenscheid Änderungen gewünscht, die keinen negativen Einfluss auf die Handlungsfähigkeit der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH haben dürfen.

Die langjährige Sperrung der A45 hat weiterhin großen (negativen) Einfluss auf Entwicklungen und das Stimmungsbild in Stadt und Region. Gleiches gilt für die fortdauernden Umbauarbeiten in der hiesigen Innenstadt, die jedoch planmäßig in 2024 beendet sein dürften.

## **Organe und deren Zusammensetzung**

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

### **Geschäftsführung**

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid im Berichtsjahr 2023 nicht vertreten.

### **Aufsichtsrat**

#### **Mitglieder**

BM Sebastian Wagemeyer

Herr Volker Neumann (Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH)

RH Jens Voß (Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH)

RH Christoph Weiland

RH Dominik Hass

RH Andreas Stach

Der Aufsichtsrat der LSM besteht aus 11 Mitgliedern. Ihm gehören an:

- vier Mitglieder, die vom Rat der Stadt Lüdenscheid (dazu muss der/die Bürgermeister/in oder ein von ihr/ihm vorgeschlagene Bedienstete oder Angestellte/r zählen) bestellt und abberufen werden,
- zwei Mitglieder, die vom WKL e.V. bestellt und abberufen werden,
- zwei Mitglieder, die vom Rat der Stadt Lüdenscheid auf Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH bestellt und abberufen werden,

- zwei Mitglieder die von der Sparkasse an Volme und Ruhr bestellt und abberufen werden und
- ein Mitglied, das von der SIHK bestellt und abberufen wird.

### Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigter Vertreter	In ungeraden Jahren stimmberechtigter Vertreter
RF Verena Szermerski-Kasperek	RH Ralf Michael Schwarzkopf
<b>Stellvertretung:</b> RH Ralf Michael Schwarzkopf	<b>Stellvertretung:</b> RF Verena Szermerski-Kasperek

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 0 (0,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

### Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft unter 20 Beschäftigte hat. Gemäß § 5 Abs. 1 LGG besteht die Verpflichtung zur Aufstellung des Gleichstellungsplanes nur für jede Dienststelle mit mindestens 20 Beschäftigten.

### 3.4.1.9 ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG (ENERVIE)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Platz der Impulse 1 58095 Hagen
<b>Gründungsjahr</b>	2006
<b>Grundkapital</b>	114.900.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die geschäftsleitende Tätigkeit einer Holding für die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas, Wasser und Wärme gegenüber der Mark-E Aktiengesellschaft und der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH sowie gegebenenfalls anderen regionalen Versorgungsunternehmen. Die Gesellschaft hält, steuert, koordiniert und überwacht ihre Beteiligungen an Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen und weiterer Beteiligungen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck der Versorgungs- oder Entsorgungsunternehmen zu fördern. Sie schafft gesellschaftsrechtliche Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Tätigkeitsfeldern des Konzerns für Dritte. Dies kann durch unmittelbare Beteiligung und Dritte erfolgen. Sie übernimmt für alle Konzerngesellschaften zentrale und auch unternehmensübergreifende Funktionen und kann weitere Dienstleistungen für ihre Konzerngesellschaften erbringen. Die Gesellschaft kann Liegenschaften und Schutzrechte erwerben, verwerten und veräußern, andere Gesellschaften und Zweigniederlassungen errichten bzw. sich an anderen Gesellschaften beteiligen. Die Gesellschaft ist befugt zum Abschluss von Unternehmensverträgen jeder Art (z.B. Ergebnisabführungsverträge), kann die Mitgliedschaft in Verbänden, Interessengemeinschaften und dergleichen erwerben und überhaupt jegliche Geschäfte vornehmen - wie z.B. die Verwaltung des eigenen Vermögens.

#### Ziel der Beteiligung

Die Gesellschaft will durch einen anzustrebenden Unternehmensverbund der regionalen Versorgungsunternehmen eine optimale Versorgung des regionalen Marktes mit den verschiedenen Energieformen (wie z. B. Strom, Gas, Wärme etc.) und Wasser gewährleisten und sicherstellen. Die Gesellschaft kann auch Kooperationen zu anderen kommunalen Versorgungsunternehmen in der Region begründen, um langfristig eine Bündelung der regionalen Versorgungs- und Entsorgungsfunktionen zu erreichen. Die ENERVIE erfüllt mit ihrem Unternehmensgegenstand einen öffentlichen Zweck.

## Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	27.718.192 € = 24,12 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Stadt Hagen	49.009.736 € = 42,66 %
REMONDIS Wasser und Energie GmbH	21.898.222 € = 19,06 %
Stadt Altena	5.060.595 € = 4,41 %
Stadt Plettenberg	3.181.306 € = 2,77 %
Stadt Halver	1.944.478 € = 1,69 %
Stadt Schwerte	1.521.926 € = 1,32 %
Bäderbetrieb Kierspe GmbH	966.804 € = 0,84 %
Gemeinde Schalksmühle	911.219 € = 0,79 %
Stadt Kierspe	894.879 € = 0,78 %
Gemeinde Herscheid	858.431 € = 0,75 %
Stadt Meinerzhagen	735.107 € = 0,64 %
Stadt Herdecke	199.105 € = 0,17 %
<b>Unmittelbare Beteiligungen der ENERVIE</b>	
Stadtwerke Lüdenscheid GmbH	100,00 %
Mark-E AG	100,00 %
Stadtwerke Kierspe GmbH	35,34 %
The Mobility House GmbH Deutschland	20,00 %

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der ENERVIE AG zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 534,5 T€.
- Aufwendungen in Höhe von 3.377,3 T€ für Dividendenzahlung (3.377,3 T€).

Finanzbeziehungen der ENERVIE AG zur BBL bestehen wie folgt:

- Forderungen in Höhe von 24,5 T€.



## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	347.105,9	348.482,8	-1.376,9	<b>Eigenkapital</b>	417.182,9	378.478,6	38.704,3
<b>Umlaufvermögen</b>	112.073,6	87.651,6	24.422,0	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	22.064,9	13.793,1	8.271,8
				<b>Verbindlichkeiten</b>	71.293,8	90.346,8	-19.053,0
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	49,0	-49,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Aktive latente Steuern</b>	51.362,1	46.435,1	4.927,0				
<b>Bilanzsumme</b>	<b>510.541,6</b>	<b>482.618,5</b>	<b>27.923,1</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>510.541,6</b>	<b>482.618,5</b>	<b>27.923,1</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	5.824,7	5.727,4	97,3
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	203,9	146,7	57,2
<b>3. Materialaufwand</b>	234,6	234,9	-0,3
<b>4. Personalaufwand</b>	1.694,2	1.201,3	492,9
<b>5. Abschreibungen</b>	1.322,9	1.322,9	0,0
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	878,9	777,0	101,9
<b>7. Finanzergebnis</b>	75.049,5	51.275,8	23.773,7
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	76.947,5	53.613,8	23.333,7
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	52.704,0	37.416,9	15.287,1

## Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	81,7	78,4	3,3
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	12,6	9,9	2,7
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	120,2	108,6	11,6
<b>Verschuldungsgrad</b>	0,2	0,3	-0,1
<b>Umsatzrentabilität</b>	874,2	637,0	237,3

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug bei der ENERVIE die Zahl der Beschäftigten 5 (Vorjahr 3), zudem 2 Vorstände (Vorjahr 2). Die weiteren Beschäftigten sind bei den zur ENERVIE gehörenden Gesellschaften angestellt.

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

Die ENERVIE - Südwestfalen Energie und Wasser AG, im Folgenden ENERVIE genannt, ist der Unternehmensverbund der Mark-E Aktiengesellschaft, im Folgenden Mark-E genannt, der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH, im Folgenden SWL genannt, und der ENERVIE Vernetzt GmbH, im Folgenden ENERVIE Vernetzt genannt, im südlichen Nordrhein-Westfalen. Als Holding nimmt die ENERVIE alle Management- und Steuerungsfunktionen für ihre Gesellschaften wahr. Dies umfasst die kaufmännischen Dienstleistungen, das Controlling, das Personalmanagement, die IT, das Facility Management sowie die Stabsdienste.

Die ENERVIE Gruppe liefert für die Versorgung ihrer Kunden und Energiehandelspartner Strom, Gas, Wärme, Trinkwasser sowie technische und energienahe Dienstleistungen. Des Weiteren baut und betreibt sie Strom-, Gas- und Wassernetze in der Region.

## Wirtschaftsbericht

### Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Allgemeine wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden weiterhin vom Krieg Russlands gegen die Ukraine („Russland-Ukraine-Krieg“) beeinflusst.

Die gesamtwirtschaftliche Lage war geprägt von hohen Preisen auf allen Wirtschaftsstufen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2023 um 0,3 % niedriger als im Vorjahr. Der Rück-

gang war im Wesentlichen auf ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland zurückzuführen.<sup>1</sup>

## **Branchenentwicklung**

Der Energieverbrauch in Deutschland ist gemäß Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.<sup>2</sup> im Jahr 2023 um rund 7,9 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Maßgeblich hierfür war die zurückgehende wirtschaftliche Leistung in Deutschland hauptsächlich in energieintensiven Industriezweigen. Zusätzlich war der Energieabsatz witterungsbedingt niedriger.

## **Mehr als die Hälfte der Stromerzeugung kam 2023 von Erneuerbaren**

Laut energate messenger<sup>3</sup> machten im Jahr 2023 die Erneuerbaren einen Anteil von 56,0 % an der Stromerzeugung aus. Mit 31,0 % war die Windkraft der wichtigste Energieträger, Kohle verzeichnete einen deutlichen Rückgang auf 26,1 % und Erdgas kam auf einen Anteil von 13,6 %. Insgesamt gab es einen Rückgang bei der Stromerzeugung um 11,8 % gegenüber 2022.

## **Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Insgesamt hat sich die Lage am Energiemarkt im Vergleich zum durch starke Turbulenzen geprägten Jahr 2022 wieder etwas beruhigt. Die Anspannungen sind jedoch weiterhin zu spüren und dem wird durch eine entsprechend umsichtige Planung Rechnung getragen. Die ENERVIE Gruppe hat die Herausforderungen des vergangenen Jahres durch eine konsequente Umsetzung der Strategie mit Blick auf Fokus, Wachstum und Effizienz gemeistert.

Die Energiekrise im Jahr 2022 war ein Beschleuniger der Energiewende, da die Notwendigkeit der nachhaltigen Energieproduktion noch stärker in den Fokus gerückt ist. Die Energiewende ist somit nicht nur eine dringend benötigte Antwort auf den Klimawandel, sondern auch eine große Chance für Europa und Deutschland, um wettbewerbsfähig und resilient zugleich zu bleiben und so einen nachhaltigen Weg heraus aus der Energiekrise zu begründen.

Die Energiewende ist nicht mehr nur eine Stromwende allein, sondern vor allem eine Wärmewende, von der jeder Einzelne unmittelbar bereits betroffen ist oder zukünftig sein wird. So war das Jahr 2023 bereits durch einen starken Wunsch der Kunden nach mehr Autarkie und Nachhaltigkeit, unter anderem resultierend in einer hohen Nachfrage nach Photovoltaik-Anlagen und Wärmepumpen, geprägt; die Wärmewende war bereits in diesem Jahr schon deutlich zu spüren. Diese Wende zu schaffen, ist eine der größten Herausforderungen der nächsten Dekade.

---

<sup>1</sup> Destatis. <[https://Destatis.de/Pressemitteilung Nr. 019/24 vom 15.01.2024](https://Destatis.de/Pressemitteilung_Nr._019/24_vom_15.01.2024).

<sup>2</sup> AG Energiebilanzen. <[http://www.ag-energiebilanzen.de/Energieverbrauch ist 2023 kräftig gesunken vom 20.12.2023](http://www.ag-energiebilanzen.de/Energieverbrauch_ist_2023_kraeftig_gesunken_vom_20.12.2023)>.

<sup>3</sup> Energate-messenger. <[https://energate-messenger.de/news/242034/Mehr als Hälfte der Stromerzeugung kam 2023 von Erneuerbaren vom 07.03.2024](https://energate-messenger.de/news/242034/Mehr_als_Haelfte_der_Stromerzeugung_kam_2023_von_Erneuerbaren_vom_07.03.2024)>.)

Die Frage, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden müsse, prägte auch im Jahr 2023 weltweit die energiepolitische Debatte. Auf der UN-Klimakonferenz im Dezember 2023 haben sich Staats- und Regierungschefs von fast 200 Ländern auf ein Schlusssdokument geeinigt. In diesem sind folgende Kernaussagen zum Thema Energie getroffen worden: die Verdreifachung der erneuerbaren Energien bis 2030, die Nutzung von Technologien wie der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung und die Abkehr von fossilen Brennstoffen in Energiesystemen. Die Dekarbonisierung des Energiesystems wird weiter eine kritische Herausforderung bleiben, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen.

Die Neufassung des § 14a im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sieht vor, dass steuerbare Verbrauchseinrichtungen wie z. B. elektrische Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos zukünftig netzorientiert gesteuert werden und im Gegenzug Netzentgeltreduktionen erhalten. Das Instrument ersetzt nicht die Ertüchtigung der Verteilnetze, sondern ergänzt diese temporär. Die zuständige Bundesnetzagentur hat Ende November 2023 eine entsprechende Regelung festgelegt.

Zudem hat die Bundesregierung im Juni 2023 die Neufassung des Klimaschutzgesetzes auf den Weg gebracht. Ursprünglich sah das Klimaschutzgesetz jährliche Emissionsreduktionsziele für die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft vor. Die derzeit laufende Anpassung sieht nun u.a. vor, die Klimaziele nicht mehr rückwirkend nach Sektoren, sondern vorausschauend, mehrjährig und sektorübergreifend einzuhalten. Emissionsminderungsziele für einzelne Sektoren sollen damit entfallen.

Die Notwendigkeit, den Stromsektor in kurzer Zeit vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen und diesen Umbau effizient, sicher und schnell zu gestalten, erfordert eine Weiterentwicklung des Strommarktdesigns. Daher hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) mit der Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS) 2023 ein Diskussionsforum zum zukünftigen Marktdesign im Strommarkt ins Leben gerufen. Beteiligt sind Akteure aus Parlament, EU-Kommission, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Die Bundesregierung hatte mit dem weiterentwickelten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) einen umfassenden wirtschaftlichen Abwehrschirm mit einem Gesamtvolumen von bis zu 200 Milliarden € geschaffen. Ein wichtiges Element dieses Abwehrschirms waren die Preisbremsengesetze im Jahr 2023 für Strom, Erdgas und Fernwärme (StromPBG, EWPBG). Sie sollten die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abfedern. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Dezember wurden die Preisbremsengesetze mit Entscheidung der Bundesregierung nicht bis zum 30. April 2024 verlängert und endeten zum 31. Dezember 2023. Ein ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Gas- und Wärmelieferungen gilt bis zum 31. März 2024.

Insgesamt befindet sich der Energiesektor weiterhin in einer Phase grundlegender und anhaltender Veränderungen. Der Russland-Ukraine-Krieg sorgt weiterhin für große volkswirtschaftliche Unsicherheiten und beeinflusst den Energiesektor. Für die ENERVIE Gruppe steht seit Beginn des Russland-Ukraine-Kriegs Anfang 2022 die Sicherstellung der Energieversorgung in dieser unruhigen Zeit im Vordergrund.

## **Geschäftsverlauf**

Mark-E und SWL als wesentliche die Gruppenentwicklung beeinflussende Gesellschaften behaupteten sich auch 2023 weiterhin erfolgreich im Markt. Für ihre Privat-, Geschäfts- und Industriekunden mit den dazugehörigen Verträgen haben die beiden Unternehmen ihre Produkte in den Sparten Strom, Gas und Wasser auf die Kundenbedarfe zugeschnitten sowie ihren Bereich Dienstleistungen (Contracting für Druckluft, Wärme, Kälte und Licht) weiterentwickelt. Neben diesen beiden Gesellschaften hat ENERVIE Vernetzt als weitere wesentliche die Gruppenentwicklung beeinflussende Gesellschaft die Strom-, Gas und Wassernetze im Geschäftsjahr mit hoher Verfügbarkeit betrieben.

ENERVIE hat im Jahr 2023 eine Dividende von 14 Mio. € an die Aktionäre der ENERVIE ausbezahlt.

## **Konzernfinanzierung**

Die Konzernfinanzierung ermöglichte der ENERVIE Gruppe auch im abgelaufenen Geschäftsjahr flexibel auf das aktuelle Marktumfeld zu reagieren. Bestandteil der Konzernfinanzierung ist auch eine Nachhaltigkeitskomponente, die durch die führende Corporate Social Responsibility Ratingagentur EcoVadis jährlich überprüft wird. Die ENERVIE Gruppe wurde 2023 erneut mit der Silber-Medaille ausgezeichnet. Ein Ergebnis, mit dem die ENERVIE Gruppe bei den Top 11 Prozent der getesteten Unternehmen liegt. ENERVIE legt den Kreditgebern dieses Rating jährlich vor. Die jetzt erreichte Punktzahl weist einen „Bonus“ aus, der den Zinssatz senkt.

## **Informationstechnologie**

Mit der Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur konnte, ergänzend zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit, ein wichtiger Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Einsparung erbracht werden. Mobiles Arbeiten, Videokonferenzlösungen und energiesparende Endgeräte für alle Mitarbeiter trugen zur positiven Entwicklung bei. Durch standardisierte Prozesse (oder im Bedarfsfall auch durch individualisierte Maßnahmen) werden Betriebssysteme und Applikationen auf aktuellem Stand gehalten und unterstützen sowohl die Resilienz und als auch die Verfügbarkeit. Im Bereich der IT-Sicherheit zeigten die durchgeführten Tests einen hohen Schutzstandard, der aber angesichts der wachsenden Bedrohungslage weiter ausgebaut wird.

## **Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs**

Der Geschäftsverlauf der ENERVIE Gruppe bestätigt die Robustheit des Geschäftsmodells mit breiter Wertschöpfungsbasis. Trotz sehr herausfordernder Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr 2023, wurde ein sehr gutes Ergebnis oberhalb der letzten Jahre erreicht.

Der nachfolgende Leistungsindikator gibt einen Überblick über den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (EBT) der für die interne Steuerung der Gesellschaft verwendete bedeutsamste finanzielle Leistungsindikator darstellt.

Das EBT des Jahres 2023 beträgt 76,9 Mio. € (im Vorjahr 53,6 Mio. €). Im Vergleich zum geplanten EBT 2023 von 62,2 Mio. € (im Vorjahr 51,0 Mio. €) fällt das EBT der ENERVIE

aufgrund der im Vergleich zum Plan höheren Ergebnisabführungen der Mark-E und der SWL um 14,7 Mio. € (im Vorjahr 2,6 Mio. €) besser aus.

### Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Ergebnisentwicklung der ENERVIE wird wesentlich durch die Einzelergebnisse ihrer Tochtergesellschaften Mark-E und SWL, die über Ergebnisabführungsverträge mit der ENERVIE verknüpft sind, geprägt. Dadurch erfolgt eine phasengleiche Vereinnahmung der Einzelergebnisse. Im Geschäftsjahr 2023 ist das Beteiligungsergebnis von 53,1 Mio. € auf 74,3 Mio. € gestiegen. Dazu trägt Mark-E mit einer Gewinnabführung von 71,3 Mio. € (im Vorjahr 48,1 Mio. €) und SWL mit einer Gewinnabführung von 2,8 Mio. € (im Vorjahr 4,8 Mio. €) bei. Gegenüber der Planung für das Jahr 2023 bedeutet dieses eine Verbesserung von insgesamt 15,7 Mio. €. Dadurch entsteht im Einzelabschluss der ENERVIE ein Ergebnis nach Steuern von 52,7 Mio. € (im Vorjahr 37,4 Mio. €) und ein Jahresüberschuss von 52,7 Mio. € (im Vorjahr 37,4 Mio. €).

Der Bilanzgewinn beträgt unter Berücksichtigung der Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen sowie des Gewinnvortrages aus 2022 203,4 Mio. € (im Vorjahr 164,3 Mio. €).

Das geplante EBT von 62,2 Mio. € wurde um 14,7 Mio. € übertroffen. Der Rohertrag lag mit 5,6 Mio. € um 0,1 Mio. € unter der Planung. Der Umsatz ist aufgrund der leicht niedrigeren Konzernverrechnung geringer als geplant ausgefallen. Dagegen konnte das geplante Finanzergebnis um 15,3 Mio. € verbessert werden. Das Finanzergebnis liegt im Wesentlichen aufgrund von höheren Ergebnisabführungen über dem Planwert.

Die Umsatzerlöse der ENERVIE in Höhe von 5,8 Mio. € (im Vorjahr 5,7 Mio. €) resultieren hauptsächlich aus den Dienstleistungen, die gegenüber den Tochtergesellschaften Mark-E und SWL im Berichtsjahr erbracht worden sind. Ebenfalls in den Umsatzerlösen enthalten sind die Erlöse aus der Vermietung des Zentralstandortes der ENERVIE in Höhe von 3,3 Mio. € (im Vorjahr 3,3 Mio. €).

Der konstant gebliebene Materialaufwand von 0,2 Mio. € (im Vorjahr 0,2 Mio. €) betrifft die im Zusammenhang mit den Umsatzerlösen bezogenen Leistungen von den Tochtergesellschaften und beinhaltet im Wesentlichen bezogene Management-Dienstleistungen.

Der Personalaufwand von 1,7 Mio. € ist im Vergleich zum Vorjahr (1,2 Mio. €) angestiegen und enthält im Wesentlichen die Vergütungen für die bei der ENERVIE beschäftigten Vorstandsmitglieder.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen von unverändert 1,3 Mio. € betreffen den Zentralstandort der ENERVIE.

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge haben sich von 0,8 Mio. € auf 2,0 Mio. € durch Zinserträge aus kurzfristigen Tagesgeldanlagen erhöht.

Die Zinsaufwendungen in Höhe von 1,3 Mio. € (im Vorjahr 2,7 Mio. €) enthalten unter anderem die Zinsen für die jeweiligen Bankdarlehen und Zinsaufwendungen für die Verzinsung langfris-

tiger Rückstellungsverpflichtungen. Der Rückgang der Zinsaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus der Tilgung der Förderdarlehen im September 2023 und aus der vollständigen Tilgung des Aktionärsdarlehens im Vorjahr.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 24,2 Mio. € (im Vorjahr 16,2 Mio. €) sind insgesamt um 8,0 Mio. € gestiegen. Der Erhöhung des Aufwands für Körperschaft- und Gewerbebeertragsteuer sowie Solidaritätszuschlag in Höhe von 9,5 Mio. € stehen um 1,5 Mio. € gestiegene Erträge aus den latenten Steuern gegenüber.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr von 482,6 Mio. € um 27,9 Mio. € auf 510,5 Mio. € gestiegen.

Das Sachanlagevermögen ist von 33,6 Mio. € aufgrund der erfolgten Abschreibungen auf 32,3 Mio. € gesunken. Das Finanzanlagevermögen in Höhe von 314,8 Mio. € ist nahezu unverändert geblieben.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich insgesamt von 87,7 Mio. € um 24,4 Mio. € auf 112,1 Mio. €. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind vor allem aufgrund der höheren Ergebnisabführungen um 28,9 Mio. € gestiegen. Dagegen sind die Bankguthaben um 0,6 Mio. € sowie die sonstigen Vermögensgegenstände, im Wesentlichen Forderungen aus Steuern, um 3,9 Mio. € gesunken.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital insgesamt um 38,7 Mio. € auf 417,2 Mio. € (im Vorjahr 378,5 Mio. €) erhöht. Gründe hierfür sind der von 164,3 Mio. € um 39,1 Mio. € auf 203,4 Mio. € gestiegene Bilanzgewinn und die um 0,4 Mio. € geringeren Gewinnrücklagen. Die in diesem Jahr ausgeschüttete Dividende für 2022 verminderte das Eigenkapital um 14,0 Mio. €. Die gebildeten Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr von 13,8 Mio. € insgesamt auf 22,1 Mio. € erhöht, hauptsächlich verursacht durch die Steuerrückstellungen, die von 3,6 Mio. € um 8,3 Mio. € auf 11,9 Mio. € gestiegen sind. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 71,3 Mio. € (im Vorjahr 90,3 Mio. €) sind um 19,0 Mio. € gesunken, vor allem aufgrund der vollständigen Tilgung der Förderdarlehen, die im Zusammenhang mit dem Neubau der ENERVIE Zentrale bestanden, in Höhe von 25,1 Mio. €. Dagegen sind die sonstigen Verbindlichkeiten, im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern, um 5,1 Mio. € und die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 0,8 Mio. € gestiegen.

Die wirtschaftliche Eigenkapitalausstattung der ENERVIE (bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 417,2 Mio. € / Gesamtkapital in Höhe von 510,5 Mio. €) ist mit 81,7 % im Vergleich zum Vorjahr (78,4 %) verbessert. Die Eigenkapitaldeckung des Anlagevermögens (bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 417,2 Mio. € / Anlagevermögen in Höhe von 347,1 Mio. €) ist mit 120,2 % gegenüber dem Vorjahr (108,6 %) gestiegen.

Die Gesellschaft konnte jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen. Die Deckung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs erfolgt im Rahmen von freien Kreditlinien bei mehreren Geschäftsbanken. Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beläuft sich auf - 17,0 Mio. € (im Vorjahr -12,6 Mio. €). Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit hat sich von 53,2 Mio. € auf 55,2 Mio. € erhöht. Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf -40,2 Mio. € (im Vorjahr -68,7 Mio. €); die Erhöhung ist im Wesentlichen begründet durch die im Vorjahr vorgenommene vollständige Tilgung des Aktionärsdarlehens.

## Gesamtbeurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt verfügt ENERVIE über eine solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

## **Tätigkeitsabschluss**

### Angaben gemäß § 6b Absatz 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die ENERVIE hat die Vorschriften zur Rechnungslegung und Buchführung nach § 6b EnWG zu beachten, da sie Tätigkeiten im Bereich der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors erbringt.

Grundsätzlich werden die Konten den einzelnen Tätigkeiten direkt zugeordnet. Soweit dies nicht möglich ist, erfolgt eine Zuordnung durch sachgerechte und nachvollziehbare Schließung der Konten.

## **Chancen- und Risikobericht**

### Grundsätze

ENERVIE ist als Holding der Unternehmen Mark-E und SWL für zentrale Steuerungs- und Controlling-Aufgaben zuständig. Operative Geschäftstätigkeiten werden auf die Tochtergesellschaften verlagert. Die Gesellschaft ist daher frei von technischen Risiken (z. B. Kraftwerksausfällen), Mengenrisiken (z. B. Absatzmengenrisiko) oder Marktrisiken (z. B. Strompreisänderungen). Dennoch wird ENERVIE wesentlich von der Lage der ENERVIE Gruppe (Konzern) beeinflusst. Eigene Risiken liegen im strategischen, organisatorischen und finanziellen Bereich sowie im Beteiligungsportfolio.

ENERVIE trifft die langfristigen strategischen Entscheidungen, die von den Tochtergesellschaften umgesetzt werden. Steuerungsdaten werden dezentral aus den einzelnen Geschäftsfeldern sowie Konzerngesellschaften erhoben. Ein zentrales Konzerncontrolling führt die Aufgaben zusammen und überwacht die Plan-Ist-Abweichungen. Damit werden Fehleinschätzungen in der Planung und daraus resultierende Risiken frühzeitig aufgedeckt.

Der Erfolg unternehmerischer Entscheidungen hängt maßgeblich von der zuverlässigen Beurteilung und dem bewussten Umgang mit Chancen und Risiken ab.

Das Ziel des Risikomanagements der ENERVIE ist es, die wesentlichen bestehenden und potenziellen Chancen und Risiken systematisch und frühzeitig zu identifizieren und durch eine kontinuierliche Überwachung und Steuerung den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern. Das Risikomanagement liefert darüber hinaus wichtige Erkenntnisse und Entscheidungen über die Tragfähigkeit von Risiken.

Organisatorisch ist das Risikomanagement der ENERVIE im Vorstandsressort Finanzen, Technik und Vertrieb verankert und für die Konzernmuttergesellschaft sowie für alle Tochtergesellschaften der ENERVIE tätig. Es basiert auf den unternehmenspolitischen Zielsetzungen und Strategien und ermöglicht einen konzerneinheitlichen und systematischen Prozess.



## Risikomanagementorganisation und –prozess

ENERVIE hat Risikoverantwortliche für Geschäftsbereiche und Unternehmensfunktionen (Risk Owner) benannt, die mit Unterstützung des zentralen Risikomanagements Risiken und Chancen frühzeitig und gebündelt identifizieren sowie bewerten.

Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Relevanzklassen eingeordnet und priorisiert. Die Relevanzklassen reichen von „unwesentlich“ (Auswirkung < 2 %), über „unbedeutend“ (Auswirkung 2-10 %), „mittel“ (Auswirkung 10-25 %), „bedeutend“ (Auswirkung 25-40 %) und „schwerwiegend“ (Auswirkung 40-80 %) bis hin zu „bestandsgefährdend“ (Auswirkung > 80 %). Die Auswirkung stellt dabei für Ergebnisrisiken auf den prozentualen Verzehr des hälftigen Grundkapitals zuzüglich der Gewinnrücklage und des Bilanzgewinns (31. Dezember 2023: 291,5 Mio. €) bei Eintritt des Risikos ab. Reine Liquiditätsrisiken dagegen werden auf Basis ihrer Auswirkung auf die niedrigste verfügbare Planliquidität eines jeweiligen Betrachtungszeitraumes klassifiziert. Mittels Monte-Carlo-Simulation werden alle Risiken aggregiert und auf Konzernebene konsolidiert dargestellt und bewertet. Die Risikoüberwachung und -steuerung ist ebenfalls Aufgabe der Risk Owner. Im Rahmen der Unternehmensplanung werden die Risiken mit dem Controlling abgestimmt. Unterstützt wird der gesamte Prozess durch den Einsatz einer speziellen Risikomanagement-Software. Die Risikolage der ENERVIE Gruppe ist somit jederzeit transparent und bedarfsgerecht darstellbar.

Die Risikoberichterstattung an den Vorstand und Aufsichtsrat erfolgt viermal jährlich im Rahmen der Risikoaudits bzw. der Gremiensitzungen.

Zur kontinuierlichen Überwachung der Risikosituation und der diesbezüglichen Beratung hat der ENERVIE Vorstand zudem ein Risikokomitee und einen energiewirtschaftlichen Steuerungskreis eingesetzt, die in regelmäßigen Abständen tagen und in denen die wesentlichen Risiken der ENERVIE Gruppe diskutiert werden.

## **Wirtschaftliche Lage**

Die deutsche Wirtschaft war im Jahr 2023 durch eine hohe Inflation (+5,9 %), steigende Zinsen, volatile Märkte sowie einer schwachen konjunkturellen Entwicklung in der Welt geprägt. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt sank um 0,3 % ab und verzeichnete damit erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 ein Minus.<sup>4</sup> Die Vorhersagen für das Jahr 2024 schwanken teilweise sehr stark. Laut Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird wieder ein leichtes Wachstum in Höhe von rund 0,3 % erwartet<sup>5</sup>. Trotz der leicht positiven Erwartungen bestehen jedoch weiterhin auch hohe Unsicherheiten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie weltweit. So zog beispielweise die Inflation zuletzt wieder leicht von 3,2 % im November auf 3,7 % im Dezember 2023 an. Die durchschnittliche Teuerungsrate lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei rd. 5,9 %<sup>6</sup>. Für das Jahr 2024 wird aktuell von einer

---

<sup>4</sup> Destatis. <<https://Destatis.de/Pressemitteilung Nr. 019/24 vom 15.01.2024/>  
Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 0,3 % gesunken.

<sup>5</sup> OECD. <<https://OECD.org/Economic Outlook/february-2024/#gdp-growth>.

<sup>6</sup> Destatis. <<https://Destatis.de/Pressemitteilung Nr. 020/24 vom 16.01.2024/>  
Inflationsrate im Jahr 2023 bei +5,9 %.

Inflationsrate von rund 2,8 % ausgegangen<sup>7</sup>. Damit bleibt sie auch im längerfristigen Vergleich zunächst überdurchschnittlich hoch.

In den vergangenen eineinhalb Jahren haben sich die Zinsen in Europa deutlich erhöht. Der Leitzins der EZB kletterte auf 4,5 %. Die gestiegenen Zinsen führen aktuell dazu, dass sich die angespannte Lage in einigen Branchen wie z. B. der Baubranche weiter verschärft. Zudem ist die Gefahr hoch, dass die hohen Zinsen negativ auf die Konjunktur wirken, wenn z. B. verschuldeten Akteuren Grenzen aufgezeigt werden und in der Folge die Insolvenzzahlen in die Höhe schnellen oder wichtige Investitionen ausbleiben.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist im Jahr 2023 ins Stocken geraten, für das Jahr 2024 besteht das Risiko, dass sich diese Entwicklung entgegen aktuellen Prognosen fortsetzt und in einer Rezession münden könnte.

Die beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf ENERVIE. Die hieraus resultierenden wesentlichen Risiken für ENERVIE werden in der nachfolgenden Risikolage dargestellt.

## **Risikolage**

### Energiewirtschaftliche Risiken

Die Energiebranche war in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren enormen Risiken ausgesetzt. Die Entwicklungen auf den Energiemärkten mit extremen Energiepreisen und hohen Volatilitäten hatten dabei erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage der Unternehmen der Energiewirtschaft. Die Preise für Strom und Gas bewegten sich in dieser Zeit auf einem Rekordniveau. Zwischenzeitlich sind die Preise deutlich zurückgekommen und der Markt hat sich insgesamt beruhigt. Eine Rückkehr auf das Vorkrisenniveau ist jedoch nicht zu erwarten. Vielmehr darf auch für die Zukunft von einer hohen Volatilität der Energiepreise ausgegangen werden mit entsprechenden Risiken sowohl für die Beschaffungssituation als auch die Vermarktung von Kraftwerken auf dem Terminmarkt. ENERVIE stuft dieses Risiko als „mittel“ ein.

Die Gasversorgung in Deutschland ist stabil. Der Füllstand der Gasspeicher liegt derzeit deutlich über dem Mittel der Jahre 2017-2021.<sup>8</sup> Zudem konnten unter anderem die LNG-Kapazitäten deutlich erhöht werden. Die am 23. Juni 2022 ausgerufene Alarmstufe des Notfallplans Gas dauert weiterhin an. Ein Restrisiko für ENERVIE aus einem möglichen Gasverstromungsverbot gemäß Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz für den Kraftwerksblock H6 besteht, wird jedoch aktuell nur noch als „unbedeutend“ eingestuft.

Ein wesentliches Risiko für die Energiewirtschaft wird aus Sicht der ENERVIE insbesondere aus politischen Unsicherheiten aus dem weiteren Verlauf der Kriege in der Ukraine und in Nahost, aus haushaltspolitischen Turbulenzen der Bundesregierung sowie aus einem unklaren politischen Kurs mit sich ändernden politischen Rahmenbedingungen in Deutschland gesehen. ENERVIE stuft dieses Risiko als „mittel“ ein.

---

<sup>7</sup> Tagesschau. <<https://Tagesschau.de/Wirtschaft/Konjunktur/Inflation-Prognosen-101.html>.

<sup>8</sup> NDR.

<[https://NDR.de/Nachrichten/Info/Gasspeicher: Der aktuelle Füllstand in Deutschland vom 01.02.2024](https://NDR.de/Nachrichten/Info/Gasspeicher:Der_aktuelle_Fuellstand_in_Deutschland_vom_01.02.2024)

## IT- und Informationssicherheitsrisiken

Als Betreiber kritischer Infrastrukturen nimmt für ENERVIE die Sicherung der Informationstechnologie eine herausragende Stellung ein. Die ENERVIE Gruppe setzt dabei auf den Einsatz von anerkannten IT-Sicherheitsstandards und deren regelmäßiger Prüfung. Neben diesen technischen Maßnahmen werden durch die Vorgabe von Verhaltensanweisungen, internen Schulungen und einer geregelten Kommunikation die Sicherheit der IT- und Informationssicherheit unterstützt. Um darüber hinaus der gesteigerten Bedrohung von Cyberangriffen vorzubeugen und den gesetzlichen Vorgaben gerecht zu werden, setzt ENERVIE spezielle Systeme zur Angriffserkennung ein. Durch diesen gebündelten Einsatz technischer und organisatorischer Maßnahmen begegnet die ENERVIE potenziellen Gefährdungen, um insbesondere die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der zu schützenden Systeme und Daten zu gewährleisten. Um die Erreichung der Informationssicherheitsziele zu unterstützen, betreibt die ENERVIE ein zertifiziertes Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) gemäß ISO 27001. Darüber hinaus setzt der Konzern noch auf ein Business Continuity Management (BCM), um im Fall einer schwerwiegenden Störung durch vorgegebene Prozesse und Regelungen gegen die Bedrohung umgehend vorgehen zu können. Das Risiko wird als „mittel“ eingestuft.

## Politische und rechtliche Risiken

Die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen einem ständigen Wandel. In Reaktion auf die zurückliegenden und gegenwärtigen Krisen hat es umfangreiche gesetzliche Änderungen gegeben. Die rechtlichen Anforderungen werden auch in der Zukunft erheblich zunehmen. So stellen allein das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), das Hinweisgeberschutzgesetz sowie die neue EU-Richtlinie zur Unternehmens-Nachhaltigkeitsberichterstattung, die sogenannte Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), umfangreiche Anforderungen an Unternehmen. Die zentrale Rechtsabteilung verfolgt zusammen mit den jeweiligen Fachbereichen die sich aus dem politischen, rechtlichen und regulatorischen Umfeld ergebenden Risiken. Darüber hinaus verfügt ENERVIE über ein Compliance-Management-System, um in Ergänzung zum Risikomanagement insbesondere wirtschaftliche Risiken sowie Reputations- und Haftungsrisiken zu minimieren. Das Compliance-Management-System unterstützt bei der Klärung verschiedenster Compliance-(Verdachts-)Fälle und entwickelt in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachbereichen neue Maßnahmen zur Prävention von möglichen Compliance-Verstößen. Zusätzlich gewährleistet die Mitarbeit in verschiedenen Verbänden und Interessengruppen eine frühzeitige Partizipation an der Diskussion der Auswirkungen neuer Gesetze und regulatorischer Anforderungen auf den Konzern.

Eine weitere besondere Bedeutung wird zudem der seit dem 25. Mai 2018 gültigen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) beigemessen. Es besteht das Risiko, dass zum Beispiel aus einem Datendiebstahl sowie durch technische Fehler ein Verstoß gegen die DSGVO und das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) resultiert. Es wurden sowohl technische als auch organisatorische Maßnahmen ergriffen, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen und unter anderem einen sachgemäßen Umgang mit vertrauenswürdigen personenbezogenen Daten zu gewährleisten, weshalb ENERVIE das Risiko insgesamt als „unbedeutend“ einstuft.

## Finanzrisiken

Finanzrisiken werden durch den kaufmännischen Bereich und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Um Marktpreisrisiken oder auch Zinsrisiken zu reduzieren, können Sicherungsgeschäfte abgeschlossen werden, durch die es zu Liquiditätsverschiebungen kommen kann. Daneben beeinflusst die Entwicklung der Basiszinssätze insbesondere die Bewertung von Beteiligungsansätzen. Diese kann zu Abschreibungen von Beteiligungsansätzen führen. ENERVIE stuft dieses Risiko als „unbedeutend“ ein.

## Personalrisiken

Auf Basis versicherungsmathematischer Bewertungen sind die zukünftigen Belastungen aus Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen in die Unternehmensplanung eingegangen. Ein Risiko stellt dabei das kontinuierliche Absinken des durchschnittlichen Rechnungszinssatzes zur Bewertung von Pensionsrückstellungen dar. So führt ein weiteres Absinken des Rechnungszinssatzes zu einer erhöhten Zuführung zur Pensionsrückstellung.

Darüber hinaus werden bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter, die einer der bestehenden Versorgungsordnungen unterliegen oder über eine einzelvertragliche Direktzusage verfügen, für die zukünftige Entwicklung Trendannahmen festgelegt. Es besteht das Risiko, dass veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die Entwicklung der Inflationsrate zu Abweichungen hinsichtlich der getroffenen Trendannahmen führen können. Dies kann eine Anpassung der Trendannahmen erforderlich machen und möglicherweise mit einer veränderten Zuführung zu den Pensionsrückstellungen einhergehen. ENERVIE stuft dieses Risiko als „unbedeutend“ ein.

Dem demografischen Wandel und dem spürbaren Fachkräftemangel wird durch systematische Nachwuchskräfteförderung sowie mit einem umfangreichen Aus- und Weiterbildungsangebot begegnet. ENERVIE stuft dieses Risiko aktuell als „unbedeutend“ ein.

## **Gesamtbeurteilung der Risikosituation**

Die wesentlichen Risiken der ENERVIE sind identifiziert und qualifiziert und werden auf Basis eines etablierten Prozesses im Risikomanagement gesteuert. Ein Monitoring der Entwicklung wesentlicher Risiken erfolgt insbesondere auf Konzernebene.

Insgesamt lassen sich aktuell keine bestandsgefährdenden Einzelrisiken für die ENERVIE erkennen. Es ist jedoch anzumerken, dass verschiedene Risiken zusammen auftreten können und sich einzelne negative Effekte dadurch verstärken und die Gesellschaft in ihrer Entwicklung beeinträchtigen können. Die Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung im Zusammenhang mit den Kriegen in der Ukraine und Nahost, grundlegende Verwerfungen der Energiewirtschaft insbesondere von rechtlichen, regulatorischen und politischen Rahmenbedingungen, eine anhaltend hohe Volatilität der Börsenpreise an den Energiemärkten sowie sinkende Deckungsbeiträge in den Wettbewerbsbereichen stellen für ENERVIE aktuell wie auch in der Zukunft eine Herausforderung dar.

## **Darstellung der wesentlichen Chancen**

Chancen können sich grundsätzlich im gesamten Umfeld der ENERVIE eröffnen.

Die Chancen sind stark von den Entwicklungen an den Energiemärkten abhängig. Um den langfristigen Erfolg sicherzustellen, ist die ENERVIE bestrebt, die im Rahmen des konzernweiten Chancenmanagements erfassten Chancen bestmöglich zu nutzen und Risiken zu minimieren.

Für ENERVIE ergeben sich Chancenpotentiale aus den nachfolgenden Bereichen:

### Kooperationen

Für ENERVIE bedeutet der Ausbau von Kooperationen grundsätzlich die Chance, Synergien zu nutzen und Ressourcen zu bündeln und so gemeinsam mit potenziellen Kooperationspartnern frühzeitig wichtige Entwicklungen innerhalb des Energiesektors zu identifizieren und zum eigenen Vorteil nutzen zu können. Besonders in Zeiten einer stetig voranschreitenden Digitalisierung bieten Kooperationen die Chance, die Herausforderungen von morgen bestmöglich zu bewältigen. Im Jahr 2022 haben sich die ENERVIE Gruppe sowie die Stadtwerke Plettenberg GmbH und die Stadtwerke Werdohl GmbH jeweils für die Umsetzung eines gemeinsamen Betriebspachtmodells mit Start zum 1. Januar 2023 entschieden. Das Pachtmodell sieht vor, dass die Tochterunternehmen der ENERVIE Gruppe, Mark-E und ENERVIE Vernetzt, jeweils alle wesentlichen Teile des operativen Geschäftsbetriebs der Stadtwerke (Gas- und Wasserversorgung) pachten. Die Stadtwerke Plettenberg und Werdohl bleiben jeweils als Eigentumsgesellschaft erhalten und verwalten sowie finanzieren zukünftig auch weiterhin das im Eigentum verbleibende Anlagevermögen rund um die Gas- und Wasserversorgung in den beiden Kommunen. Teil des Modells ist auch, dass Mark-E und ENERVIE Vernetzt die bisherigen Kunden sowie den Großteil der Mitarbeiter (Netz und Vertrieb) der beiden Stadtwerke übernehmen. Sowohl die Stadtwerke Plettenberg als auch die Stadtwerke Werdohl sind heute wirtschaftlich erfolgreich und effizient aufgestellt. Durch das Pachtmodell können beide Unternehmen aktuell großen Herausforderungen und Veränderungen in der Energiewirtschaft zukünftig noch besser begegnen und die heutige Ertragslage auch für die Zukunft stabilisieren und sichern. Auf Seiten von Mark-E und ENERVIE Vernetzt werden die im Rahmen des Betriebspachtmodells gepachteten Geschäftstätigkeiten unter Nutzung größtmöglicher Synergien noch effizienter betrieben. Das gemeinsame Pachtmodell führt zu einem starkes Energie-Bündnis in der Region.

### Innovationen

Innovative Technologien sind der Schlüssel, um den Unternehmenserfolg auch in der Zukunft zu sichern und sich für den starken Wettbewerb innerhalb des Energiesektors bestmöglich aufzustellen. Aus diesem Grund werden technologische Innovationen genau untersucht und mögliche Einsatzfelder in der ENERVIE Gruppe analysiert. ENERVIE hat in der Vergangenheit unter anderem die Funktechnologie LoRaWAN (Low Range Wide Area Network) zur energieeffizienten, kostengünstigen und sicheren Erhebung und Übertragung von Daten eingeführt. Das LoRaWAN-Funknetz der ENERVIE ist großflächig in der Region installiert und bildet damit den Grundstein hin zur „Smart City“.

## Digitalisierung

Um im digitalen Wandel erfolgreich zu sein, ist es für heutige Unternehmen erforderlich, ihr Handeln auf die Entwicklung digitaler Innovationen auszurichten. Für ENERVIE ergeben sich die wesentlichen Chancen aus der Etablierung einer Innovationskultur, die die Entwicklung digitaler Prozesse und Abläufe fördert und es möglich macht, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Bei ENERVIE wurde ein Kompetenzzentrum Digitalisierung eingerichtet, mit dem Ziel die Digitalisierung von Geschäftsprozessen im Unternehmen voranzutreiben und darüber hinaus den notwendigen Kompetenzaufbau zu fördern und weiter zu beschleunigen. ENERVIE setzt hierbei unter anderem auf Process Mining. Process Mining bezeichnet eine Technik, bei der anhand vorhandener Daten, Geschäftsprozesse rekonstruiert und ausgewertet werden können. Dabei nutzt Process Mining bestehende Daten aus betrieblichen IT-Systemen, um Geschäftsprozesse zu rekonstruieren und zu analysieren. Prozesseffizienzen können so aufgedeckt und beseitigt werden; zudem werden so auch Grundlagen für eine perspektivische Automatisierung von Geschäftsprozessen gelegt. Process Mining wird derzeit hauptsächlich bei Massenprozessen, beispielweise rund um das Thema Abrechnung in den Bereichen Netz und Vertrieb eingesetzt. Im Rahmen des Förderprojektes „klimakommune.digital!“ entwickelt die ENERVIE Gruppe und hier besonders die ENERVIE Service GmbH, Hagen, Lösungen für kommunale Digitalisierung und kommunalen Klimaschutz. Über drei Jahre wird in mehreren Phasen die Verfügbarkeit, Qualität und Verwertung von kommunalen Umweltdaten (mit besonderem Fokus auf CO<sub>2</sub>) verbessert und dieses Potenzial über die gesamte Datenwertschöpfung gehoben. Zudem sollen auf Basis digitaler Technologien Lösungen entwickelt werden, die zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen können.

Darüber hinaus bieten sich unternehmensstrategische Chancen für die ENERVIE Gruppe durch ihr Selbstverständnis, über ihre angestammte Rolle als regionales Versorgungsunternehmen hinaus neue Geschäftsfelder zu erschließen und an deren dynamischem Wachstum zu partizipieren.

### **Gesamtbeurteilung der Chancensituation**

Chancen ergeben sich im Falle einer weiteren Verbesserung der Risikolage der einzelnen Geschäftsfelder der ENERVIE aus möglichen Wertaufholungspotentialen, insbesondere beim Beteiligungsansatz der Mark-E. Die Chancen der ENERVIE sind verbunden mit möglichen zukünftigen positiven Cashflows. Als realistisch ist hier ein positiver Gesamteffekt im einstelligen Millionenbereich mit steigender Tendenz anzusehen.

### **Prognosebericht**

#### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für das Jahr 2024 wird erwartet, dass eine schwache Konjunktur und hohe geopolitische Unsicherheiten die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen prägen werden.

Diverse Wirtschaftsforschungsinstitute und Organisationen sagen für Deutschland ein leichtes bis rückgängiges Wirtschaftswachstum voraus. Die OECD geht von einem Wachstum des

Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 0,3 % aus<sup>9</sup>. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erwartet einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 %<sup>10</sup>. Als Gründe hierfür werden im Wesentlichen die weltweiten Krisen, ein fehlendes Wachstum im globalen Welthandel, hohe Energiekosten und Inflation genannt. Zum Zeitpunkt der Erstellung ist es ungewiss, ob mögliche Zinssenkungen zu erwarten sind, welche das Wirtschaftswachstum anregen könnten.

Es ist zu erwarten, dass die vorherrschenden geopolitischen Konflikte weiterhin großes Eskalationspotenzial haben werden. Hervorzuheben hierbei ist der Russland-Ukraine-Krieg, der Nahostkonflikt und die strategische Rivalität zwischen den USA und China. Dies kann einen negativen Einfluss auf Energiepreise und Lieferketten haben und grundsätzlich zu einer weiteren Umgestaltung der globalen Handelsbeziehungen führen. Des Weiteren steht 2024 das größte Wahljahr der Geschichte an. Insgesamt betrifft dies 40 Länder mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 3 Milliarden Menschen. Hervorzuheben sind hierbei die Wahlen in den USA, der Europäischen Union, Indien und Taiwan. Hieraus kann es ebenfalls zu weiteren außenpolitischen Verschiebungen kommen.

Allgemein ist festzuhalten, dass für 2024 ein weiteres herausforderndes wirtschaftliches Jahr zu erwarten ist.

### Investitionen

Für die ENERVIE sind im Jahr 2024 keine Investitionen geplant.

### **Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung**

Als Unternehmen der kritischen Infrastruktur ist es die Aufgabe der ENERVIE mit ihren Gesellschaften, die Menschen in Südwestfalen und darüber hinaus zuverlässig mit Energie und Wasser zu versorgen. ENERVIE bleibt der Regionalstrategie treu und leistet einen umfassenden Beitrag zur Energiewende vor Ort. Dies beinhaltet die Förderung erneuerbarer Energien, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, die Entwicklung neuer Produkte und die Dekarbonisierung der Energieversorgung voranzutreiben. Darüber hinaus stehen kontinuierliche Effizienzsteigerungen durch Digitalisierung und Automatisierung von Geschäftsprozessen auf der Agenda.

Wie in weiten Teilen der Wirtschaft sind auch in Deutschland die Auswirkungen der dynamischen Regierungspolitik, des Russland-Ukraine-Kriegs, des Nahostkonflikts, von Engpässen auf den Beschaffungsmärkten und der verstärkten Fokussierung auf den Klimaschutz nur begrenzt abschätzbar. Diese Faktoren begünstigen volatilere Rahmenbedingungen.

Daher ist die Prognose für das Geschäftsjahr 2024 ähnlich wie für 2023 mit größeren Unsicherheiten behaftet. Der Fokus für 2024 liegt auf der weiteren Umsetzung der Konzernstrategie und der Ausrichtung auf die bestehenden und zukünftigen Energiemärkte in einem volatilen

---

<sup>9</sup> OECD. <[https://www.oecd.org/Economic Outlook/february-2024/#gdp-growth](https://www.oecd.org/Economic%20Outlook/february-2024/#gdp-growth).

<sup>10</sup> Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

<[https://www.iwkoeln.de/IW-Konjunkturprognose Winter 2023](https://www.iwkoeln.de/IW-Konjunkturprognose%20Winter%202023). Hausgemachte Probleme verschärfen konjunkturelle Schwäche, IW-Report, Nr. 65/2023 vom 13.12.2023.

Umfeld. Dabei stehen Themen wie bezahlbare Energiepreise, dekarbonisierte Energie, Kundenzentrierung, Weiterentwicklung des Non-Commodity-Produktportfolios, technische Konzepte zur Dekarbonisierung der Wärme und der Ausbau der erneuerbaren Energien im Zentrum. Mit der Umsetzung dieser Strategie strebt die ENERVIE an, ihren wirtschaftlichen Erfolg am Markt und ihre Rolle in der Region mittel- und langfristig zu sichern und auszubauen.

### **Mittelfristplanung zeigt weiterhin einen positiven Ergebnistrend**

Die Mittelfristplanung für die Jahre 2024 bis 2028 der ENERVIE Gruppe lässt weiterhin eine stabile und robuste Entwicklung erwarten, auch unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die im Wesentlichen durch die andauernden Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen, die weiterhin erhöhten und sehr volatilen Energiepreise, das sinkende aber weiterhin erhöhte Inflationsniveau bei gleichzeitig deutlich gestiegenem Zinsniveau, steigende Insolvenzzahlen sowie unklare energiepolitischen Gegebenheiten im Kontext der Energiewende geprägt sind. Daher findet kontinuierlich ein intensives Risikomonitoring statt, um wirtschaftliche Gefahren frühzeitig zu identifizieren und bei Bedarf entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Im Planungszeitraum sind angemessene, konstante Dividendenzahlungen vorgesehen, die aber oberhalb des Niveaus der Vorjahre liegen. Die für das Jahr 2024 vorgesehene Dividende berücksichtigt zudem die Anerkennung des außergewöhnlich guten Geschäftsjahres 2023.

Die am 11. Dezember 2023 gebilligte Planung sieht für das Geschäftsjahr 2024 der ENERVIE ein EBT in Höhe von 63,5 Mio. € vor.

Das sehr gute Ergebnis des Geschäftsjahres 2023 und der positive Ergebnistrend der Mittelfristplanung führen dazu, dass die Eigenkapitalquote auf Basis des wirtschaftlichen Eigenkapitals bis 2028 konstant über 77 % liegen wird. Die Pensionsrückstellungen sinken aufgrund des Zinsniveaus kontinuierlich ab. Das Anlagevermögen wird sich aufgrund der planmäßigen Abschreibungen vermindern.

Insgesamt erwartet die ENERVIE für das Geschäftsjahr 2024 trotz der gegebenen und teilweise schwierigen Rahmenbedingungen eine unverändert solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation und der am 11. Dezember 2023 durch den Aufsichtsrat gebilligten Mittelfristplanung geht die ENERVIE von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung im Planungszeitraum aus.



## Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

### Vorstand

In dem Vorstand ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

### Aufsichtsrat

Mitglieder
BM Sebastian Wagemeyer
RH Björn Schöttler
RH Jens Voß
RH Jürgen Appelt

Der Aufsichtsrat besteht insgesamt aus 21 Mitgliedern. Der Stadt Lüdenscheid stehen vier Aufsichtsratsmandate zu. Stellvertretungen werden nicht bestellt.

### Hauptversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigter Vertreter	In ungeraden Jahren stimmberechtigter Vertreter
RF Verena Szermerski-Kasperek	RH Norbert Adam
<b>Stellvertretung:</b> RH Norbert Adam	<b>Stellvertretung:</b> RF Verena Szermerski-Kasperek

### Beirat

Mitglied
RF Verena Szermerski-Kasperek

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 0 (0,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

## **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft unter 20 Beschäftigte hat. Gemäß § 5 Abs. 1 LGG besteht die Verpflichtung zur Aufstellung des Gleichstellungsplanes nur für jede Dienststelle mit mindestens 20 Beschäftigten.

### 3.4.1.10 Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft GmbH (KIMW)

#### Basisdaten

<b>Anschrift</b>	Karolinenstraße 8 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	1988
<b>Grundkapital</b>	450.000,00 €

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere in den Bereichen Kunststofftechnik und Formenbau die Forschung, die Förderung von neuen Technologien und von Innovation, der Technologietransfer und die Personalqualifikation. Hierzu gehören vor allem die Errichtung und der Betrieb eines Kunststoff-Institutes sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen sowie Produktion von Prototypen, Musterteilen und Kleinserien. Die Gesellschaft kann durch Kooperationsvertrag als Institut an der Fachhochschule Südwestfalen gem. § 29 Abs. 5 Hochschulgesetz NRW geführt werden.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Förderung von Forschung, neuen Technologien, Innovationen und Technologietransfer gehören zu den öffentlichen Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung. Für ihre Projekte hat die Gesellschaft öffentliche Zuschüsse vom Land NRW, aus Mitteln des Bundes und von der Europäischen Union erhalten.

#### Beteiligungsverhältnisse

<b>Beteiligung der Stadt</b>	108.000,00 € = 24,00 %
<b>Weitere Gesellschafter:</b>	
Trägersgesellschaft Kunststoffinstitut Lüdenscheid e.V.	342.000,00 € = 76,00 %

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der KIMW GmbH zur EGC GmbH bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 184,0 T€ für Mieten, Bewirtung, Dienstleistungen.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	1.427,9	1.436,7	-8,8	<b>Eigenkapital</b>	614,0	1.273,6	-659,6
<b>Umlaufvermögen</b>	1.356,7	1.755,7	-399,0	<b>Sonderposten</b>	10,4	15,6	-5,2
				<b>Rückstellungen</b>	140,7	168,3	-27,6
				<b>Verbindlichkeiten</b>	1.992,5	1.890,8	101,7
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	151,4	177,5	-26,1	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	178,4	21,6	156,8
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.936,0</b>	<b>3.369,9</b>	<b>-433,9</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.936,0</b>	<b>3.369,9</b>	<b>-433,9</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	4.722,5	4.596,9	125,6
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>	311,1	294,1	17,0
<b>3. Materialaufwand</b>	0,1	0,0	0,1
<b>4. Personalaufwand</b>	2.374,9	2.243,8	131,1
<b>5. Abschreibungen</b>	346,7	348,2	-1,5
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	2.954,2	2.467,7	486,5
<b>7. Finanzergebnis</b>	-17,4	-12,1	-5,3
<b>8. Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	-659,7	-180,7	-479,0
<b>9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)</b>	-659,7	-187,7	-472,0

## Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	21,3	38,3	-17,0
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	-107,4	-16,4	-92,7
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	56,9	89,7	-32,8
<b>Verschuldungsgrad</b>	347,4	161,7	185,8
<b>Umsatzrentabilität</b>	-13,1	-4,3	-9,3

## Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug die Zahl der Beschäftigten 42 (Vorjahr 48).

## Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2023 dargestellt.

## Grundlagen der Gesellschaft

### Geschäftsmodelle des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach wie vor – insbesondere in den Bereichen Kunststofftechnik und Formen-/Werkzeugbau – die Forschung, die Förderung von neuen Technologien und von Innovation, der Technologietransfer und die Personalqualifikation. Hierzu gehören vor allem der Betrieb des Kunststoff-Institutes sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen sowie die Produktion von Prototypen, Musterteilen und Kleinserien. Darüber hinaus werden öffentlich geförderte Projekte vom Institut oder deren Projektunternehmen ausgehoben und umgesetzt.

### Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist der weitere Ausbau der Verbundprojekte und zahlreicher F&E Projekte die sich aus EU-, Bundes- und Landesfördermitteln zusammensetzen. Bei den Firmenverbundprojekten ist nach wie vor zwar ein großes Interesse zu verzeichnen, aber die Unternehmen sind im Jahre 2023 sehr zurückhaltend bei den Anmeldungen gewesen, weil die sie zahlreiche andere Hürden zu überwinden haben und sich bei Investitionen und auch Projektteilnahmen eher restriktiv verhalten. Durch verschiedene Haushaltssperren ist zudem anzumerken, dass auch viele öffentliche Fördertöpfe gekürzt wurden und somit auch der Bereich der Förderprojekte wesentlich härter umkämpft ist.

## **Wirtschaftsbericht**

### Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch das Jahr 2023 stand immer noch unter dem Einfluss der pandemiebedingten Veränderungen und damit zusammenhängenden Verordnungen, wurde aber natürlich durch den Ukraine/Nahost Krieg dann völlig überschattet.

Vor 2 Jahren hat der Krieg in Europa begonnen und leider ist noch kein Ende in Sicht. Die Welt ist an vielen Orten der Welt in Aufruhr und kommt nicht zur Ruhe. Neben den politischen Unruhen ergeben sich zudem noch wirtschaftliche Unruhen, die sich in der Energiekrise, Lieferkettenproblemen und Rohstoffunterversorgung widerspiegeln. Auf der anderen Seite rücken Themen wie Umwelt und Nachhaltigkeit noch stärker als bisher in den Vordergrund und fordern insbesondere die Kunststoffindustrie auf, sich diesem Wandel zu widmen. Zahlreiche Beschlüsse auf der EU-Ebene werden den Druck der Umsetzung noch weiter erhöhen. Die Kunststoff-Institut Lüdenscheid GmbH wird die Entwicklung genau beobachten und die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Branchen bewerten.

Der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV) zog in seiner Jahreswirtschaftspressekonferenz am 27. Februar 2024 eine ernüchternde Bilanz der Kunststoffverarbeitung in Deutschland für das Jahr 2023. Der Branchenumsatz ging um 6,26 % auf 72,55 Milliarden Euro nach unten, die Ergebnisse der Unternehmen stünden zudem unter starkem Druck. Bis auf den Bereich der technischen Teile haben die Branchen Verpackung, Bau und Konsumprodukte teilweise dramatische Rückgänge zu verzeichnen.

Denn die Menge der verarbeiteten Kunststoffe ging 2023 im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 13,33 Mio. t zurück. Maßgeblich für den Rückgang der Verarbeitungsmenge waren die ungünstigen Konjunkturbedingungen in der Chemie- und Fahrzeugindustrie und der Rückgang der Nachfrage nach Fast Moving Consumer Goods. Darüber hinaus wirkte sich ein Rückgang bei der energetischen Sanierung des Wohngebäudebestandes auf die Nachfrage nach Bauprodukten aus, der insbesondere mit Blick auf den Klimabeitrag des Gebäudesektors bedenklich ist.

Während sich die Unternehmen im Jahr 2022, trotz Engpässen bei der Materialversorgung, deutlichen Preissteigerungen bei Rohstoffen sowie für Strom und Gas, gut und robust behaupten konnten, ist die Umsatzrentabilität im Jahr 2023 deutlich gesunken und für 2024 auf gleichem Niveau oder wird noch weiter absinkend vermutet.

Trotz der unsicheren wirtschaftlichen Lage hält die Industrie an den Zielen für die Kreislaufwirtschaft und den Klimaschutz fest. Allerdings bremsen die hohen Kosten die Investitionsbereitschaft. Der Umfrage zufolge liegen dringend erforderliche Investitionen in den Bereichen Energieeffizienz, Klimaschutz, Modernisierung der Produktion und Digitalisierung derzeit auf Eis.

Eine weitere Auswertung bezieht sich auf die Hürden für die Unternehmen in Bezug auf eine bessere Geschäftsentwicklung. Einige der Punkte sind sicherlich „politisch“ beeinflusst, andere wiederum stellen eine große Chance für das Institut dar.

## Geschäftsverlauf

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2023 (4.722 T€) sind gegenüber dem Vorjahr (4.596 T€) um ca. 2,73 % (+125 T€) gestiegen. Die positiven Abweichungen sind mit steigenden Zuschüssen zu erklären, aber verdecken eben auch nicht, dass die Dienstleistungen um 268 T€ gesunken sind.

Das Ergebnis hat sich von -187 T€ (2022) in 2023 auf einen Fehlbetrag von T€ -660 T€ verschlechtert. Dies ist das historisch schlechteste Jahresergebnis des Instituts und ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass insbesondere die Umsatzmonate August-November 2023 weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. In den vergangenen Jahrzehnten sind dies immer die stärksten Umsatzmonate gewesen, aber aufgrund der globalen und nationalen Randbedingungen ist das Jahr 2023 anders verlaufen. Aufträge wurden zurückgezogen, Projektteilnahmen immer wieder verschoben und Aufträge ins Ausland verlagert.

Die aus den Investitionen resultierenden Abschreibungen liegen bei 347 T€ (Vorjahr T€ 348) und sind annähernd auf gleichem Niveau.

Eine weitere Investition ist der Ausbau des Personals im Nachhaltigkeitsbereich, der auch als Investition in die Zukunft zu sehen ist. Diese Investition ist der wesentliche Grund für die höheren Personalkosten (+132 T€). Eine ausführliche Analyse dazu erfolgt im unteren Teil.

Darüber hinaus sanken die sonstigen betrieblichen Erträge von 309 T€ (2022) auf 287 T€ (2023). Einerseits wurde im Jahr 2023 eigentlich mit größeren Fördermaßnahmen geplant, die Förderentscheidungen zogen sich aber hin bis zum Ende des Jahres. Erfreulicherweise kam der Förderbescheid (Werkstoffforum der Zukunft) dann doch noch am Ende des Jahres und wird ab 2024 erfolgreich wirksam.

## **Lage**

Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt von dem breit gefächerten operativen Geschäft. Die wirtschaftliche Gesamtsituation der Kunststoffindustrie kann als noch deutlich weniger stabil beschrieben werden als in den Vorjahren - trotz der Abdeckung der Arbeitsgebiete in mehreren Branchen, ist die wirtschaftliche Situation des Instituts als rückläufig zu bezeichnen, bei einem durch das schlechte Jahresergebnis in 2023 deutlich geschwächten Eigenkapital. Die eher pessimistischen Aussichten für das Jahr 2023 (erstmalig in der Historie des Instituts wurde mit einem negativen Ergebnis im Wirtschaftsplan geplant!) realisierten sich durch die wirtschaftliche Gesamtsituation in Deutschland deutlich stärker als angenommen. Die fatalen Auswirkungen der fehlenden Autobahnanschlüsse (Brückensperrung A45) werden noch weitere Jahre zu spüren sein. Die umfassenden Einflüsse auf das Arbeiten am Institut an diesem Standort werden somit noch lange vorhanden sein und sich auf die wichtigsten Pfeiler der Innovationskraft auswirken: das Team hochqualifizierter Mitarbeiter, die mit diesen Arbeitsbedingungen klarkommen müssen. Es sind höhere Gehälter bei den Leistungsträgern angeboten worden, um diese trotz der widrigen Arbeitsumstände zu halten, jedoch haben einige Mitarbeiter aufgrund der langen Fahrzeiten in 2023 und auch bereits 2024 gekündigt. In Summe hat das Institut über alle Fachbereiche und Gesellschaften mittlerweile 14 Kündigungen wegen der A45-Sperrung hinnehmen müssen

## Ertragslage

Die Personalkosten sind durch den Struktur- und Ausrichtungswechsel gestiegen, um in den neuen Geschäftsbereichen wie Nachhaltigkeit und Umwelt bestehen zu können. Zudem sind Gehaltsanpassungen notwendig gewesen, um die Leistungsträger zu halten und auch etwas den höheren Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen. Die Personalkosten sind demzufolge um 132 T€ gegenüber 2022 gestiegen. Die bereinigte Personalaufwandsquote beträgt, unter Berücksichtigung von bezogenen Dienstleistungen aus anderen KIMW-Gesellschaften in Höhe von 1.215 T€ (Vorjahr 942 T€), 76,0 % (Vorjahr 69,5 %). Trotz leicht gestiegener Umsatzerlöse in Höhe von 126 T€ (2,7 %) verschlechterte sich das Jahresergebnis um 472 T€ – die Umsatzrentabilität liegt in 2023 bei -14,0 % (Vorjahr -4,1 %).

Die Abschreibungen sind konstant und sinken nur gering um 1 T€ auf 347 T€. Das zeigt die weiterhin hohe Investitionsbereitschaft, die im Jahr 2022 insbesondere im IT-Bereich zu sehen, z.B. bei den Lizenzen (Steigerung um ca. 111 T€). Ein Teil der Anlagegüter wird jedoch vermietet bzw. entgeltlich zur Nutzung überlassen, so dass diesem Aufwand Erträge gegenüberstehen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 486 T€ (von 2.467 T€ auf 2.954 T€), wobei die Hauptkostentreiber Miete & Strom (+152 T€), Versicherungen (+ 6 T€), Wartung (+10 T€) und Reise- und Fremdarbeitskosten sind.

## Finanzlage

Die Finanzlage ist als noch stabil zu bezeichnen, aber ein weiteres Geschäftsjahr wie 2023 darf nicht erfolgen. Das Finanzmanagement ist immer noch darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen, aber bereits ab Januar 2024 wird intensiv mit den Gremien des Instituts auf die Zahlungsfähigkeit geachtet. Zudem soll im Mai 2024 ein Gutachten mit externer Unterstützung ausgearbeitet werden, um eine positive Fortführungsprognose bestätigt zu bekommen. Dies wird auch von Hausbanken gewünscht und unterstützt.

Die liquiden Mittel betrug demnach zum 31.12.2023 160 T€ (Vorjahr 453 T€). Es wurden auch erheblich Kredite getilgt (297 T€) und wie oben beschrieben investiert. Dazu kommen offene Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 562 T€ (Vorjahr 717 T€).

## Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht weiter stabilisiert. Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und der Verbindlichkeiten hält die Gesellschaft aufgrund ihrer Erfahrungen im Finanzierungsbereich stabil. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 2.936 T€ verringert (- 434 T€).

Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31. Dezember 2023 nur gering um 9 T€ auf 1.427 T€.

Forderungen gegenüber Kunden sind im Gegensatz zum Vorjahr auf 562 T€ gesunken



(-156 T€). Die sonstigen Vermögensgegenstände, welche im Wesentlichen aus Forderungen aus Förderprojekten (126 T€) und Darlehen gegenüber der KIMW-Q (428 T€) entsprechen, sind um 27 T€ auf 599 T€ gestiegen.

Die liquiden Mittel betragen per 31.12.2023 161 T€ (453 T€ im Vorjahr).

Die Eigenkapitalausstattung ist noch gut. Zum 31.12.2023 betrug das Eigenkapital 614 T€ (Vorjahr: 1.273 T€). Die Eigenkapitalquote lag somit bei 21 % (Vorjahr 38 %).

Die Rückstellungen lagen mit 140 T€ (-28 T€) unter dem Wert des Vorjahres (168 T€).

Die Gesamt-Verbindlichkeiten sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, welche per 31.12.2023 1.992 T€ betragen (+102 T€). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Verbindlichkeiten gegenüber Banken.

#### Finanzielle Leistungsindikatoren

Für einen Dienstleistungsbetrieb ist die Personalaufwandsquote (hier: Personalkosten und bezogenen Dienst/Fremdleistungen im Verhältnis zum Umsatz) immer sehr aussagekräftig. Diese Kennzahl ist von 69,5 % auf 76,0 % gestiegen. Historisch gesehen lag die Personalintensität bei ca. 70%.

#### Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Kunststoff-Institut arbeitet nicht nur für seine Mitgliedsfirmen, sondern hat einen aktiven Kundenstamm von ca. 1.500 Unternehmen vorwiegend aus Europa, von denen sehr viele schon über Jahre Geschäftsbeziehungen zum KIMW pflegen. In einem Turnus von 3 Jahren werden die Kunden auf Ihre Kundenzufriedenheit angeschrieben und können dann über Multiple Choice schnell Antworten geben oder natürlich über die Homepage jederzeit Punkte ansprechen. Darüber hinaus wird bei jeder Veranstaltung im Institut ein Fragebogen mit der Beurteilung und Optimierungsvorschlägen abgefragt.

Die nach der Umfrage bei der Trägergesellschaft neu aufgelegten Dienstleistungsbereich (Umwelt/Nachhaltigkeit und Consulting / F&E) gestalten sich gut und insbesondere der Bereich Nachhaltigkeit erfreut sich steigender Anfragehäufigkeit.

Das Themenfeld Umwelt & Nachhaltigkeit gewinnt somit weiter an Bedeutung und wurde in 2023 noch weiter personell verstärkt.

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter des Instituts liegt aktuell bei 30,8 Jahren und die Firmenzugehörigkeit reicht rauf bis auf über 30 Jahre, wobei die Bereichsleiter alle zwischen 5 und 25 Jahre lang am Institut tätig sind. Der Krankenstand betrug deutlich erhöhte 6,8 % (Vorjahr 5,4 %) und liegt damit unter dem Bundesdurchschnitt von 8,4 %. Der Resturlaub beträgt einen unteren zweistelligen Wert. Die Fluktuation war in 2023 ebenfalls deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren. Dies liegt eindeutig an der dramatischen Verkehrssituation um Lüdenscheid herum. Gepaart mit der Explosion der Spritpreise und deutlich längeren Anfahrtszeiten, haben einige Mitarbeiter gekündigt. Bereits seit März 2023 gibt es deshalb neben dem deutlich ausgebauten HomeOffice Angebot noch ein Büro in Schwerte für die Mitarbeiter nördlich von Lüdenscheid. Dieses Angebot wird zusehends angenommen und zeitgleich werden in

Lüdenscheid Büroflächen anderweitig vermietet. Die Vermietungssituation in Lüdenscheid hat sich aber ebenfalls verschlechtert, so dass versucht wird, das neue Gebäude des PTC's, welches über die KIMW-Qualifizierung errichtet wurde, zu veräußern. Das PTC soll nun weiter bis Ende 2024 in eine neue Vermietungssituation gebracht werden, Gespräche mit dem Land NRW und der Bezirksregierung Arnsberg sollen im Sommer 2024 erfolgen.

### Gesamtaussage

Die in 2022 für das Wirtschaftsjahr 2023 getätigten Prognosen wurden deutlich verfehlt und ein erneuter „Talflug bzw. -absturz“ konnte nicht verhindert werden. Hierbei wird insbesondere nochmal auf die Umfragen und Analysen des Verbandes TECPART hingewiesen, die sehr genaue Marktanalysen durchgeführt haben.

Der Fachkräftemangel nimmt derweil noch dramatischere Folgen an, sodass neben wirtschaftlichen Aspekten auch die Zukunftssicherung durch qualifiziertes Personal einen ebenso hohen Stellenwert einnehmen wird. Laut einer Umfrage des GKV, die Anfang Januar 2023 wiederholt wurde, hat sich in Deutschland, Österreich und der Schweiz an 30 Universitäten und Hochschulen, die Studienfächern im Bereich der Kunststofftechnik anbieten, die Anzahl der Studierenden im Durchschnitt auf 40 und 50 % im Vergleich zu den Jahren 2018 und 2019 stabilisiert. Die Auswirkungen auf die zukünftige Arbeitsmarktsituation ist jetzt schon besser abzuschätzen und wird in der Kunststoffbranche ab den Jahren 2026 fatale Folgen haben, die schon jetzt erkennbar nicht aufzufangen sein werden. Das Anlernen von Mitarbeitern über Teilqualifikationen wird somit noch stärker in den Vordergrund rücken, was ja schon immer ein Schwerpunkt in der gemeinsamen Zusammenarbeit mit der SIHK gewesen ist.

### **Prognosebericht**

Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten haben dramatische Auswirkungen im privaten Bereich der Mitarbeiter aber auch auf die Geschäftstätigkeit des Instituts. Weniger weil es direkte Geschäfte mit der Ukraine oder Russland oder Israel gibt, sondern weil zahlreiche Kunden insbesondere aus der Automobilindustrie von Lieferengpässen betroffen sind.

Die Absätze der BEV Fahrzeugen in Deutschland sind bei weitem nicht erreicht worden und bestehende Modelle auch im Bereich der Verbrennungsmotorenpalette werden verlängert. Dies bedeutet, dass weniger neue Fahrzeugmodell qualifiziert werden und somit weniger Unterstützung von den Unternehmen eingefordert wird.

Aufgrund der starken Umwälzungen im Bereich der Kunststoffindustrie, die durch politische und gesellschaftliche Diskussionen, Strömungen und damit verbundene Rahmenbedingungen in Deutschland und im europäischen Ausland lassen weitere und lang anhaltende negative Effekte für die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Kunststoffbranche erwarten. Hiervon merklich jetzt schon betroffen sind die Bereiche Automobil- und Zuliefererindustrie. Dies spiegelt sich auch in allen Indices, wie Geschäftslage, Produktions- und Nachfrageentwicklung etc. auf Basis des Geschäftsklimas im Dezember 2023 in der Kunststoffverarbeitung wider (Angaben TECPART). Alle Indices zeigten erneut teils deutlich ins Minus. Wichtige andere Sparten wie die Elektroindustrie und der Maschinenbau bleiben ebenfalls unter Druck und die Bauindustrie befindet sich mitten in einer Rezession.

Die Anfrageaktivität wird mehrheitlich als schlecht eingestuft und belastet somit deutlich die Zukunftserwartungen.

Ausgehend von den branchenspezifischen Geschäftserwartungen für 2024 wurde ausgehend von dem Jahresergebnis 2023 (4.835 T€) eine Umsatzerwartung von 5.786 T€ und positives Gesamtergebnis von 97 T€ in Aussicht gestellt, wobei alleine das Projekt WdZ (Werkstoffforum der Zukunft) eine Umsatzsteigerung von 688 T€ beinhaltet.

Der eingeschlagene Weg der Kostenkonsolidierung muss deutlich und kontinuierlich weiterverfolgt werden. Ein Sanierungskonzept ist angestoßen und soll mit externer Unterstützung erarbeitet werden und ab Juni 2024 wirken.

Zu Beginn des Jahres 2024 beurteilte die Gesellschaft gerade wegen der zusätzlich schwierigen Marktsituation (Kriege, A45 und Null-Wachstumsprognosen für Deutschland) die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens eher leicht negativ. Es gibt einige Branchen die nun nach der Pandemie wieder die Produktion hochfahren, aber immer noch durch Materialengpässe oder Schwierigkeiten in der Lieferkette ausgebremst werden. Aktuell befinden sich zahlreiche Unternehmen auch in der Kurzarbeit, was auch dazu führt, dass neue Projekte oder Schulungsmaßnahmen eher zurück gehalten werden.

Im Zuge der Corona-Krise veränderte sich seit Winter 2020 der Markt in nie gekannter und dramatischer Weise. Aufgrund von behördlichen Verordnungen, wie Kontaktsperrern oder Verbote zur Durchführung von Präsenzveranstaltungen sind komplette Dienstleistungsbereiche, wie die Aus- und Weiterbildung oder verfahrenstechnische Beratungen vor Ort innerhalb weniger Tage auf nahezu null zurückgegangen. Kurzfristig eingeleitete Angebote, wie Webinare, werden bisher nur vereinzelt angenommen und tragen nicht zu einer signifikanten Umsatzkompensation bei.

Aus diesem Grund geht die Gesellschaft aktuell in diesem Jahr von einem gegenüber dem Wirtschaftsplan 2022 von geringeren Dienstleistungsumsatz (-100 T€) aus, der erst wieder nach Beendigung der Kriege und anderer Wirtschaftseinflüsse von außen wieder kompensiert werden kann. Das Betriebsergebnis wird aber insbesondere wegen der Verbund- und Förderprojekte dennoch auf +97 T€ angesetzt, um auch dort einen Puffer nach unten zu haben.

Die Gesellschaft ist nach wie vor nicht auf Gewinnorientierung ausgerichtet, sondern soll sich selbst tragen.

Die Gesellschaft wird auch zukünftig in der Lage sein, ihre Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen, wenn es in 2024 gelingt die Hausbanken zu einem neuen Darlehen zu bewegen und Zahlungskonditionen anzupassen.

## **Chancen- und Risikobericht**

### Risikobericht

Potenzielle Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft beeinflussen könnten, kompensiert die Gesellschaft durch überschaubare und schlanke aber effiziente betriebliche Strukturen, sodass sie auf sich abzeichnende Risiken zeitnah angemessen reagieren können. Dennoch ist eine wöchentliche Kontrolle wichtig und ein umfangreiches Überarbeiten des Dienstleistungsangebotes notwendig.

Aus diesem Grunde wurden 2023 verstärkte Aktivitäten im Bereich der Akquise, der internen FuE-Tätigkeiten und der Beantragung von Förder- und Netzwerkprojekten initiiert und vor allen

Dingen der Bereich „Nachhaltigkeit“ mit zahlreichen Angeboten ausgebaut. Projekte wie Biopolymere und Recycling konnten erfolgreich gestartet werden, aber der Bereich Nachhaltigkeit stockt noch etwas, da die Unternehmen noch das bestehende (wenn auch immer kleiner werdende) Zeitfenster ausnutzen und die Ausarbeitungen der Nachweispflichten aufschieben.

Unabhängig der oben erwähnten Aktivitäten überschattet die Corona-Krise gepaart mit der Ukraine-Krise alles. Verlässliche Prognosen, wann der Markt wieder in geregelten Bahnen verlaufen wird, sind nicht belastbar zu tätigen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass alle Aktivitäten im Bereich der Aus- und Weiterbildung (Seminare, Fachtagungen, firmenspez. Schulungen) frühestens im Frühjahr 2025 auf annähernd altem Niveau laufen werden. Die international ausgerichteten firmenspezifischen Schulungen laufen jedoch auch schleppender an und scheinen sich nicht auf dem Vorjahresniveau zu stabilisieren. Afrika, Portugal, Mazedonien, Indien und China stehen da im Vordergrund.

Die anderen Dienstleistungsbereiche liegen derzeit zwischen 10–30 % unter den Planzahlen, jedoch ist die Anfragetätigkeit nach letztjähriger Schockstarre als leicht positiv zu bewerten. Verstärkt werden Anfragen zur Materialauswahl und größeren Entwicklungsprojekten an das Institut herangetragen. Aufgrund der verstärkten Home-Office Tätigkeiten nehmen die unternehmensspezifischen Beschaffungsprozesse (Bestellung) einen längeren Zeitraum als üblich ein.

Perspektivisch ist nach dem Überwinden der Corona-Krise davon auszugehen, dass dann die vorher aktuellen Themen (Umwelt, Recycling, Circular economy, Verlagerungen von Produktionen etc.) schnell wieder einen großen Raum einnehmen werden. Daher muss auch mittelfristig die strategische Ausrichtung und Perspektive des Instituts weiterverfolgt und durch gezielte Maßnahmen umgesetzt werden. Aus diesem Grund wurde eine Mitarbeiterin mit der Ausbildung „Nachhaltigkeit mit materialentwicklungstechnischem Hintergrund“ sehr erfolgreich eingestellt und den Kunden des Instituts vorgestellt.

Der schon erwähnte Fachkräftemangel wird in der Kunststoffbranche zukünftig zu noch massiveren Mitarbeiterfluktuation führen, wenn sich die Beschäftigungslage im Frühjahr 2025 (aber nur bei Kriegsende) stabilisieren sollte. Um diesen Effekt zu begegnen, muss sich dies auch weiter in der Gehaltsstruktur des Instituts widerspiegeln. Andernfalls steht zu befürchten, dass keine nachhaltige Weiterentwicklung des Institutes aufgrund nicht zur Verfügung stehender qualifizierter Mitarbeiter umsetzbar ist.

Dieser Sachstand ist ein Dauerzustand der aber sehr zeitnah behoben werden muss, um die Mitarbeiter demnächst noch halten zu können.

### Chancenbericht

Zur Stabilisierung der Situation wird die Gesellschaft weiterhin die Kunden- und Projektakquise forcieren. Besondere Schwerpunkte werden auf die Entwicklung neuer Technologien und Dienstleistungen gelegt, die sich insbesondere mit Themen im Bereich Umwelt, Recycling und Circular Economy beschäftigen.

Zudem wurden zahlreiche neue Geschäftsfelder, aber auch Geschäftsmodelle erarbeitet, die nun langfristig eine bessere Grundfinanzierung des Instituts ermöglichen sollen. Neue Branchen wie Optik und Medizintechnik wurden erfolgreich gestartet und versprechen neue Kunden und neue Projektmöglichkeiten.

Das Thema Nachhaltigkeit wird mit dem Großprojekt von immerhin 3,2 Mio. € Zuwendungsbetrag für 4 Jahre neu untermauert und nennt sich „Werkstoffforum der Zukunft“ (kurz WdZ). Der Zuwendungsbescheid wurde im Januar 2024 übergeben und das Projekte startete auch direkt im Januar 2024.

In diesem Forum sollen die folgenden 4 Schwerpunkte adressiert werden und für das Institut neue Beschäftigungsfelder eröffnen:

- Die Integration des Know-How's der Kreislaufwirtschaft und der Umweltverbände und der Kunststoffindustrie in den Wertschöpfungszyklus
- Die nachhaltige Steigerung des technischen Recyclings und der Reduktion von Siedlungsabfällen. Hier wird die sortenreine Trennung der Werkstoffe schon in den Haushalten eine zentrale Rolle spielen
- Die Nutzung von substitutionsfähigen Werkstoffen (Papier, Algen, Kombination verschiedener Biomaterialien) neben den biobasierten Werkstoffen soll Vorrang haben
- Adaptierung und Vergabe eines Gütesiegels

Das Verbundprojekt „Recycling“ ist derzeit in der Akquisephase des zweiten Projekts, da der erste Aufschlag sehr erfolgreich war. Projekte zur KI (Künstlichen Intelligenz), Smartem Werkzeugmonitoring und der Duromere werden folgen. Auch ein Folgeprojekt nach über 26 Jahren im Oberflächentechnikbereich wird wieder angeboten werden.

Der Bearbeitungsstand der aktuell in 2021 eingereichten zwei Netzwerkanträge (Optik und Medizintechnik) ist mittlerweile bewilligt und in die 2. Phase gegangen. Zwei weitere Netzwerke zum Thema Materialentwicklung und Medizintechnik wurden im Mai 2023 ebenfalls bewilligt.

Die eingeleiteten Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen, gepaart mit neuen Technologiethematen und Geschäftsmodellen sowie in Verbindung mit den öffentlich geförderten Projekten bilden einen wichtigen Baustein die Einnahmensituation kurzfristig abzusichern und mittelfristig den finanziellen und technologischen Turnaround zu schaffen. Einnahmen über Lizenzen oder Provisionsvereinbarungen werden in Zukunft dabei eine größere Rolle spielen.

### Gesamtaussage

Die bisherige Ausrichtung und Arbeitsweise des Institutes bedürfen aufgrund des sich abzeichnenden systemischen Strukturwandels, der viele Bereiche der Kunststoffbranche schon oder zukünftig erfassen wird, ein Umdenken. Umwälzungen im Bereich der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Akzeptanz von Kunststoffen und damit verbundene neue ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die Verlagerung von Produktionen ins Ausland und damit zu erwartenden Veränderungen in der gesamten Zuliefererkette, die Digitalisierung sowie der immer prekärer werdende Fachkräftemangel stellt die Gesellschaft genauso wie die gesamte technisch orientierte Dienstleistungsbranche vor enorme Herausforderungen. Bisher erfolgrei-

che Geschäftsmodelle müssen kritisch hinterfragt und die strategische Ausrichtung des Institutes den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Aufgrund der sehr dynamischen Umwälzungs- und Veränderungsprozesse müssen darauf schnelle und innovative Antworten gefunden werden. Dies wird sich zukünftig auch auf die Mitarbeiterstruktur sowohl in Anzahl als auch in fachlicher Qualifikation widerspiegeln.

Die Kernpunkte des Instituts verschieben sich somit deutlich in Richtung der Nachhaltigkeit und Neuentwicklung von Materialien, denn ab 2018 steht der Kunststoff in der Kritik und der Werkstoff wird somit zum Substitutionswerkstoff. Es muss zukünftig der Werkstoff Kunststoff nur noch dort eingesetzt werden, wo er absolut sinnvoll ist. Allerdings muss damit verknüpft sein, dass es einen nachvollziehbaren Kreislauf gibt und der Werkstoff wieder verwendet wird.

### **Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die Liquiditätslage ist zum jetzigen Zeitpunkt auch durch die Liquiditätsdarlehen nicht mehr ausreichend abgesichert und es bedarf einer Aufstockung durch eine Hausbank. Erforderliche Investitionen sind aufgrund des Projektes WdZ (Invest 400 T€) notwendig aber darüber hinaus auf ein erforderliches Minimum reduziert. Zur Einhaltung der Kostendisziplin wurden geeignete Prozesse implementiert und darüber hinaus ein Gutachten mit externer Unterstützung initiiert. Das Gutachten enthält folgende wesentliche Inhalte:

- Beschreibung des Unternehmens
- Die Analyse der wirtschaftlichen Ausgangslage des Unternehmens in seiner Branche inkl. der Beurteilung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage. Dazu zählen die leistungs- und finanzwirtschaftliche Analyse, die Analyse von Markt und Wettbewerb sowie die eigenen Stärken und Schwächen
- Darauf aufbauend die Analyse der Krisenursachen
- Ein schlüssiges und tragfähiges Konzept, das in Anfängen schon in die Tat umgesetzt ist
- Klar definierte Maßnahmen, die objektiv geeignet sind, die Gesellschaft in überschaubarer Zeit durchgreifend zu sanieren
- Aussagen zu Unternehmensfortführung und zu Insolvenzgründen

Unverzichtbare Bestandteile eines Sanierungskonzepts sind dabei

- Der erkennbare und dokumentierte Fortführungswille der Unternehmensorgane
- Eine integrierte Unternehmensplanung, die auf transparenten Prämissen aufbaut

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm und nach wie vor über 430 Unternehmen in der Trägergesellschaft. Forderungsausfälle sind bisher die absolute Ausnahme, können aber aufgrund der aktuellen Gesamtwirtschaftslage zukünftig nicht ausgeschlossen werden.

Verbindlichkeiten werden überwiegend innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend mittels Lieferantenkrediten und über Kreditlinien verschiedener Banken.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement. Zudem besteht eine Warenkreditversicherung. Darüber hinaus informiert die Gesellschaft vor Eingehung einer wesentlichen neuen Geschäftsbeziehung stets über die Bonität der Kunden.

## Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2023.

### Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

### Aufsichtsrat

Mitglieder
BM Sebastian Wagemeyer
Herr Daniel Florian Kahler
Herr Thomas Kruber

Der Aufsichtsrat besteht insgesamt aus 11 Mitgliedern. Acht Mitglieder werden durch die Trägergesellschaft entsendet und drei Mitglieder werden vom Rat der Stadt Lüdenscheid bestellt und abberufen. Zu den Mitgliedern muss der Bürgermeister der Stadt Lüdenscheid oder ein von ihm vorgeschlagener Bedienstete der Gemeinde zählen.

### Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigter Vertreter	In ungeraden Jahren stimmberechtigter Vertreter
RH Manuel Bunge-Altenberg	RH Björn Weiß
<b>Stellvertretung:</b> RH Björn Weiß	<b>Stellvertretung</b> RH Manuel Bunge-Altenberg

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2023 beträgt 0 (0,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

### **Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan wurde von der Gesellschaft nicht erstellt. Da die Stadt Lüdenscheid lediglich mit 24 % am Stammkapital der KIMW beteiligt ist, hat sie nichts zu veranlassen.



### **3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2023**

Als wesentlich anzusehende mittelbare städtische Beteiligung wird die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH (BBL) mit den Pflichtinhalten im Beteiligungsbericht abgebildet. Die Stadt Lüdenscheid ist aufgrund der für die BBL bestehenden Teilbeherrschungsabrede zwischen der Stadt Lüdenscheid, der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH und der ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG so gestellt, als verfüge sie über die Mehrheit der Stimmrechte an der BBL. Weitere mittelbare Beteiligungen werden im Beteiligungsbericht nicht dargestellt.

Diesen Festlegungen hat der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung am 16.09.2021 zugestimmt.

#### **3.4.2.1 Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH (BBL)**

##### **Basisdaten**

<b>Anschrift</b>	Lennestraße 2 58507 Lüdenscheid
<b>Gründungsjahr</b>	2013
<b>Grundkapital</b>	25.000,00 €

##### **Zweck der Beteiligung**

Unternehmensgegenstand der Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH ist der Bau, die Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Hallen- und Freibädern sowie ähnlichen Freizeiteinrichtungen.

##### **Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Im Berichtsjahr 2023 wurde vom Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH die öffentliche Zwecksetzung (§107 Abs.1 Nr.1 GO NRW i.V.m. § 107 Abs.2 Nr. 3 GO NRW) erfüllt, die ihr von der Stadt Lüdenscheid im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge übertragen wurde.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	12.372,2	13.067,8	-695,6	<b>Eigenkapital</b>	15.247,7	15.247,7	0,0
<b>Umlaufvermögen</b>	3.895,9	3.081,1	814,8	<b>Sonderposten</b>	0,0	0,0	0,0
				<b>Rückstellungen</b>	271,0	284,9	-13,9
				<b>Verbindlichkeiten</b>	749,4	616,4	133,0
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.268,1</b>	<b>16.148,9</b>	<b>119,2</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.268,1</b>	<b>16.148,9</b>	<b>119,2</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Es bestehen keine Bürgschaften.

### Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 betrug die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten 51 (Vorjahr 48).

### Geschäftsentwicklung

Die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH, Lüdenscheid, im Folgenden BBL genannt, ist durch Ausgliederung des gesamten Bäderbetriebs der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH, Lüdenscheid, im Folgenden SWL genannt, rückwirkend zum 1. Januar 2013 entstanden. Mit der SWL als herrschendem Unternehmen ist ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen worden, über den die SWL die zu erwartenden handelsrechtlichen Jahresfehlbeträge der BBL ausgleicht.

Die SWL wiederum ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der ENERVIE – Südwestfalen Energie und Wasser AG, Hagen, im Folgenden ENERVIE genannt. Die ENERVIE ist der Unternehmensverbund der Mark-E Aktiengesellschaft, der SWL und der ENERVIE Vernetzt GmbH im südlichen Westfalen.

## **Wirtschaftsbericht**

### Allgemeine wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen werden weiterhin vom Krieg Russlands gegen die Ukraine („Russland-Ukraine-Krieg“) beeinflusst.

Die gesamtwirtschaftliche Lage war geprägt von hohen Preisen auf allen Wirtschaftsstufen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2023 um 0,3 % niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang war aber im Wesentlichen auf ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland zurückzuführen<sup>1</sup>.

Für die Region von ebenfalls großer Bedeutung ist die seit Anfang Dezember 2022 gesperrte Rahmedetalbrücke auf der A45 in beiden Fahrtrichtungen. Die fortlaufende kritische Verkehrssituation reduziert in erheblichem Maße das Besucherpotential, insbesondere aus dem Ruhrgebiet, welches unterhalb der Woche das Saunadorf erreichen möchte.

### Branchenentwicklung

Geändertes Freizeitverhalten in Kombination mit dem demografischen Wandel und Ganztagsunterricht führt zu Besucherrückgängen in freizeitorientierten Bädern. Betriebe aus den 80er und 90er Jahren setzen auf Angebotsvielfalt mit umfangreichen und differenzierten Wasserflächen. Die hohen Betriebskosten, resultierend insbesondere aus stark steigenden Energiekosten und hohem Personalaufwand, holen die Badbetreiber mittlerweile ein. Ein Großteil der Betriebe ist 20 und mehr Jahre alt, grundlegende Sanierungen stehen an.

Freibäder sind in der Bäderlandschaft ein „emotionales“ Produkt. Obwohl nur wenige Wochen in Betrieb und von den meisten Besuchern tatsächlich nur wenige Tage des Jahres genutzt, hängt die Bevölkerung sehr an diesen Betrieben. Freibäder haben eine wichtige soziale Funktion, erforderliche Veränderungen sind entsprechend schwierig in der Umsetzung. Allerdings sollten sich auch Freibäder an ihrem Kosten-Nutzen-Verhältnis messen lassen.

Das klassische Hallenbad mit seiner dreigliedrigen Nutzung (Schulen, Vereine, Öffentlichkeit) stellt in zahlreichen Kommunen die Grundversorgung für ganzjähriges Schwimmen sicher. Diese Leistung ist aufgrund des hohen Betriebsaufwandes und der bewusst sozialen Preisgestaltung grundsätzlich nicht kostendeckend darzustellen. Waren Schulen und Vereine aus Sicht der Badbetreiber bislang häufig eher ungeliebte Gäste, hat hier ein Umdenken stattgefunden. Es wird inzwischen erkannt, dass Schulen und Vereine eine wichtige Nutzergruppe zur Sicherung der Existenz von Bäderbetrieben sind. Außerdem ist die Auslastung der Wasserfläche durch diese Gruppen wesentlich besser steuer- und damit optimierbar.

Neben den Schwimmbädern hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten ein starkes Saunangebot entwickelt. Der Schwerpunkt liegt bei Erlebnissaunen, die – mit Saunagarten und Gastronomie ausgestattet – einen mehrstündigen Aufenthalt ermöglichen. Auch wenn sich Saunanlagen von der Wirtschaftlichkeit her besser als Bäderbetriebe darstellen lassen, so arbeiten

---

<sup>1</sup> Destatis. <<https://Destatis.de/Pressemitteilung Nr. 019/24 vom 15.01.2024>.

jedoch die wenigsten Betriebe unter Vollkosten (inklusive Abschreibungen und Zinsen) kostendeckend. Die Einschätzungen basieren auf der Grundlage des Altenburg BäderReport 2019<sup>2</sup>.

Die BBL hat bereits in der Vergangenheit dieser vorgenannten Entwicklung in der Branche Rechnung getragen und gegengesteuert. Die Gesellschaft betreibt neben dem Saunadorf nur noch das Familienbad Nattenberg. Durch Schließung des Freizeitbades (Wellenbad) in der Innenstadt und gleichzeitiger Erweiterung des Standortes Nattenberg zum Familienbad ist eine Anlage entstanden, die unterschiedlichen Besucher- und Nutzergruppen ein ganzjähriges attraktives Angebot bietet, das deutlich über einer Grundversorgung im Schwimmbereich liegt. Belange der Schulen und Vereine werden ebenso abgedeckt wie der Wunsch nach einem Freibadbereich, Sportschwimmen und gesundheitsorientierter Sole.

Das Saunadorf auf einer Fläche von mehr als 12.000 qm mit unterschiedlichsten Saunaformen und großem Gastronomiebereich ist seit mehr als zwanzig Jahren am Markt, hat aber wie viele andere Anlagen auch mit dem demographischen Wandel zu kämpfen. Aktuell 31.500 Besucher jährlich, davon rund die Hälfte von außerhalb, bestätigen trotz der starken Mitbewerber im Umfeld die Akzeptanz der Anlage, die für die Stadt Lüdenscheid weiterhin ein „Aushängeschild“ ist. Das Saunadorf wurde 2023 wieder vom Deutschen Saunabund als „Sauna Premium“ für 3 weitere Jahre rezertifiziert.

#### Ganzheitliches Konzept für die Zukunft

Insgesamt ist der Freizeitstandort eine Destination für einen sogenannten „Third Place“, der maßgeblich zur Lebensqualität beiträgt. An einer hohen Lebensqualität haben Städte besonderes Interesse nicht nur für die eigenen Bürger, sondern auch als weichen Standortfaktor im Rahmen der Wirtschaftsförderung. Das stärkt den Mehrwert für ansässige Firmen zur Ausprägung ihrer Arbeitgebermarke. Bäder bringen einen deutlich höheren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen als es auf den ersten Blick erkennbar ist, insbesondere dann, wenn sie sinnvollerweise nicht ausschließlich der Daseinsvorsorge dienen. Ein geeigneter wissenschaftlicher Ansatz hierfür ist der ökonomische Fußabdruck.

#### Freizeitbetrieb neu denken – Kulturauftrag neu denken

Die Initiative Nachhaltigkeit in der Freizeitwirtschaft (INF) zeigt, dass das Freizeitangebot der Stadt maßgeblich zu ihrer Attraktivität als Wohnort und damit auch als Wirtschaftsstandort beiträgt. Schwimmbäder, Museen und Parks haben wirtschaftliches und gesellschaftliches Potential und sind Begegnungsräume, in denen sozialer Zusammenhalt gepflegt und gelebt wird. Durch Implementierung umweltfreundlicher Komponenten können öffentliche Einrichtungen eine Vorbildfunktion übernehmen. Dieser ganzheitliche Ansatz findet sich unter dem Begriff CSR – Corporate Social Responsibility für öffentliche Unternehmen und öffentliche Betriebe wieder. Die CSR-Strategie verlangt soziales, ökonomisches und ökologisches verantwortungsvolles Handeln unter Abwägung der Interessen der Anspruchsgruppen. Die unternehmerische Nachhaltigkeit funktioniert nur als Gesamtstrategie und bedeutet eine grundlegende Neuausrichtung bzgl. Mittel und Ziele.

---

<sup>2</sup> Altenburg Unternehmensberatung GmbH. <<https://altenburg-gmbh.de/baederreport>>. 13.03.2020.

## Spa der Zukunft – der Fokus hat sich verschoben

Die Nachfrage nach Wellness-Angeboten (insbesondere Nähe zur Natur) und das steigende Bewusstsein für die eigene Gesundheit sind ungebrochen. Themen wie Schlaf, Fitness und Regeneration haben in multifunktionalen „In-room Wellness“-Konzepten eine zunehmende Bedeutung. Des Weiteren sind elementare Themen wie Nachhaltigkeit, Umweltfreundlichkeit und Ressourcenschonung (bspw. Green Sauna) zu berücksichtigen. Es wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis die Betreiber von öffentlichen (Groß-)Saunaanlagen ihre Investitionsvorhaben in die Tat umsetzen, obwohl jedem Marktteilnehmer bewusst ist, dass Innovationen ein wichtiger Zukunftstreiber für die Anbieter im Markt darstellen. Der gesellschaftliche Trend – Sauna als gesunder Lifestyle – in den Saunabädern zeigt sich zwischen Erholung (Tagesurlaub vom Alltag) und Erlebnis (Eventabende) unter Berücksichtigung von hohen Qualitätsansprüchen und zur Förderung des Wohlbefindens seitens der Gäste. Die Zielgruppe der „Generation 50 plus“ ist allein aus demografischen Gründen eine immer wichtigere Zielgruppe, in dem Saunabaden als „passive Gesundheitsmaßnahme“ zur selbstfinanzierten Gesundheitsvorsorge dient.

Ziel der BBL ist es, ein Sport-, Freizeit- und Schwimmangebot ortsnah in Lüdenscheid aufrecht zu erhalten und attraktive zusätzliche Angebote im Gesundheits- und Freizeitbereich anzubieten, damit der Wohn- und Freizeitwert der Stadt Lüdenscheid weiterhin erhalten bleibt. Das Saunadorf bietet zusätzlich für (Tages-)Touristen ein attraktives Ausflugsziel nach Lüdenscheid bzw. ins märkische Sauerland, womit die sogenannte „Wertschöpfungskette“ in und um Lüdenscheid in der Zukunft gesteigert werden kann.

### **Geschäftsverlauf**

Im Jahr 2023 konnten erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie aufgrund intensiver Werbung über die Social-Media-Kanäle, Sonderöffnungszeiten sowie Marketingaktionen und einem Kinospot wieder mehr Gäste im Saunadorf begrüßt werden. Das Saunadorf-Team begrüßte 31.538 Gäste (im Jahr 2022 24.680 Gäste). Der besucherstärkste Tag des Jahres war der 29. Dezember 2023 mit 324 Gästen.

Im Familienbad wurden zum 1. Januar 2023 die Preise und Öffnungszeiten angepasst (montags geschlossen, dienstags und donnerstags von 6.30 – 8.00 Uhr und ab 14.00 Uhr geöffnet, in den Ferien und der Freibadsaison gelten erweiterte Öffnungszeiten).

Es konnten 129.425 öffentliche Gäste begrüßt werden (im Jahr 2022 138.560 Gäste). Der Besucherrückgang ist auf die reduzierten Öffnungszeiten sowie die aufgrund des durchwachsenen Wetters hinter den Erwartungen zurückgebliebene Freibadsaison zurückzuführen. Das spontan verlängerte letzte Freibadwochenende 09./10. September nutzten nochmals 3.550 Gäste für einen Besuch im Freibad. Der besucherstärkste Tag im Familienbad war der 25. Juni 2023 mit 2.216 Gästen. Das am 17. Oktober 2022 aufgrund der Energiesparmaßnahmen geschlossene Solebecken wurde nach umfangreichen Sanierungsarbeiten am 8. Juli 2023 wieder eröffnet. Aufgrund der neuen Öffnungszeiten steht das Sportbecken erstmals für das Schulschwimmen zur Verfügung, somit nutzten 44.610 Schüler und Vereinsmitglieder im Jahr 2023 das Familienbad (im Jahr 2022 44.391 Besucher).

Sowohl im Familienbad Nattenberg als auch im Saunadorf besteht trotz Konkurrenzsituation eine starke Kundenbindung im regionalen und lokalen Umfeld.

Die Gesundheit und Sicherheit der Gäste und der Mitarbeiter haben für die BBL höchste Priorität. Im Bereich des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist der Arbeitsschutzausschuss der BBL und deren Mitglieder von entscheidender Bedeutung und maßgebend.

Im Rahmen des integrierten Arbeitsschutz- und Umweltmanagementsystems wird der Umweltschutz regelmäßig nach DIN EN ISO 14001 überprüft und zertifiziert. Neben der Aufbereitung von Schmutzwasser kommen Blockheizkraftwerke und Erdwärme zum Einsatz. Das Energiemanagement wurde nach DIN EN ISO 50001 überprüft und zertifiziert.

Neben der Geschäftsführungstätigkeit für die Bäderbetrieb Kierspe GmbH besteht ein Dienstleistungsvertrag mit der Gemeinde Herscheid für die Unterstützung beim Betrieb des Freibades Herscheid.

Die aufgrund der Energiekrise und der gesetzlich eingeführten Energiesparmaßnahmen seit 17.10.2022 erfolgten Umsetzungen wurden nach und nach wieder aufgehoben.

### **Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs**

Die Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres, wobei Umsatzerlöse und Ergebnis vor Ertragsteuern unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (EBT) die für die interne Steuerung der Gesellschaft verwendeten bedeutendsten finanziellen Leistungsindikatoren darstellen.

Die Besucherzahlen im Familienbad Nattenberg und im Saunadorf sind die bedeutendsten nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.

Das EBT des Jahres 2023 beträgt -3,71 Mio. €. Im Vergleich zum geplanten EBT 2023 von - 3,73 Mio. € fällt das EBT der BBL um 0,02 Mio. € geringfügig besser aus. Ursächlich hierfür sind die leicht gesunkenen Bezugspreise sowie teilweise rückläufige Energieverbräuche und die Erlöse im Saunadorf, die höher als erwartet ausfielen.

Auf die Umsatzerlöse wird in der folgenden Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eingegangen.

### Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis des Geschäftsjahres wird gemäß Gewinnabführungsvertrag mit der SWL von dieser ausgeglichen. Das Ergebnis vor Verlustübernahme beträgt -3,71 Mio. € (Vorjahr -3,80 Mio. €).

Eine Ursache für die Ergebnisverbesserung vor Verlustübernahme um 0,90 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr liegt in den geringeren Abschreibungen (-0,14 Mio. €). Der Anstieg der Umsatzerlöse um 0,33 Mio. € gegenüber dem Vorjahr wird durch den höheren Materialaufwand von 0,15 Mio. € und den höheren Personalaufwand von 0,15 Mio. € nahezu kompensiert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich ebenfalls um 0,07 Mio. € erhöht.

Das geplante EBT 2023 von -3,73 Mio. € fällt mit 0,02 Mio. € nur geringfügig besser aus. Die Umsatzerlöse sind mit 0,10 Mio. € höher als geplant ausgefallen. Ursächlich hierfür sind die

Umsatzerlöse des Saunadorfes. Auch die sonstigen betrieblichen Erträge liegen aufgrund einer Gebührenerstattung für Vorjahre um 0,08 Mio. € über dem Planwert. Dagegen hat sich der Materialaufwand im Vergleich zum Planwert um 0,26 Mio. € erhöht. Der Personalaufwand liegt mit 0,02 Mio. € leicht über dem Planwert von 2,33 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit 0,11 Mio. € niedriger als geplant ausgefallen, im Wesentlichen bedingt durch niedrigere Abgaben. Das Finanzergebnis fällt aufgrund von Zinserträgen mit 0,03 Mio. € höher aus, während die sonstigen Steuern mit 0,02 Mio. € über dem Planwert liegen.

Von den Umsatzerlösen in Höhe von 2,07 Mio. € (Vorjahr 1,74 Mio. €) entfallen 0,76 Mio. € (Vorjahr 0,67 Mio. €) auf das Familienbad Nattenberg bei einer Besucherzahl von 174.035 (Vorjahr 182.951 Besucher). Im Saunadorf wurden insgesamt 1,17 Mio. € Umsatzerlöse erzielt (Vorjahr 0,93 Mio. €), davon 0,50 Mio. € (Vorjahr 0,36 Mio. €) in der Gastronomie bei einer Besucherzahl von 31.538 (Vorjahr 24.680 Besucher). Darüber hinaus sind 0,14 Mio. € (Vorjahr 0,14 Mio. €) an sonstigen Umsatzerlösen angefallen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 0,08 Mio. € (Vorjahr 0,11 Mio. €).

Der Materialaufwand beträgt 1,64 Mio. € (Vorjahr 1,49 Mio. €); es ergaben sich keine wesentlichen inhaltlichen Veränderungen in der Zusammensetzung.

Der Personalaufwand beträgt 2,35 Mio. € (Vorjahr 2,20 Mio. €). Die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer betrug am Bilanzstichtag 54 Personen einschließlich Auszubildende (im Vorjahr 51 Personen).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 1,03 Mio. € (Vorjahr 0,96 Mio. €).

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr von 16,15 Mio. € um 0,12 Mio. € auf 16,27 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen um 0,70 Mio. € auf 12,37 Mio. €. Hier stehen den Investitionen in Höhe von 0,11 Mio. € die Abschreibungen von 0,81 Mio. € gegenüber. Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr von 3,08 Mio. € um 0,82 Mio. € auf 3,90 Mio. € gestiegen. Dies liegt vor allem an den Forderungen gegen die Gesellschafterin SWL aus der Verlustübernahme, die nach Verrechnung mit den Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Tagesgeldkrediten 3,62 Mio. € betragen (Vorjahr 2,93 Mio. €). Die liquiden Mittel betragen 0,07 Mio. € (Vorjahr 0,06 Mio. €). Auf der Passivseite sanken die sonstigen Rückstellungen um 0,01 Mio. €, die Verbindlichkeiten sind dagegen um 0,13 Mio. € gestiegen.

Die Sachanlagenquote ist durch die Abnahme des Sachanlagevermögens um 4,8 %punkte auf 74,3 % gesunken.

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital in Höhe von 15,25 Mio. € im Verhältnis zum Gesamtkapital in Höhe von 16,27 Mio. €) ist mit 93,7 % gegenüber dem Vorjahr (94,4 %) aufgrund der höheren Bilanzsumme leicht gesunken.

Der Anlagendeckungsgrad zweiten Grades (Eigenkapital in Höhe von 15,25 Mio. € und langfristiges Fremdkapital in Höhe von 0,01 Mio. € im Verhältnis zum Anlagevermögen in Höhe von 12,37 Mio. €) ist von 116,8 % im Vorjahr auf 123,3 % im Berichtsjahr gestiegen. Im Jahr 2023 wurden 0,11 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (Vorjahr

0,03 Mio. € in Sachanlagen) investiert. Sie betreffen im Wesentlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Gesellschaft konnte jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen. Für das Geschäftsjahr 2023 wurde ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Mittelabfluss) in Höhe von -3,1 Mio. € (Vorjahr -2,7 Mio. €) erzielt. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit hat sich von -35 T€ auf -110 T€ aufgrund der getätigten Investitionen verschlechtert. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit hat sich aufgrund der Einzahlung des Verlustergebnisses 2022 von 3,3 Mio. € auf 3,8 Mio. € erhöht.

### **Gesamtbeurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Insgesamt verfügt der Bäderbetrieb Lüdenscheid über eine solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

### **Chancen- und Risikobericht**

#### Grundsätze

Das Ziel des Risikomanagements der BBL ist es, die wesentlichen bestehenden und potenziellen Chancen und Risiken systematisch und frühzeitig zu identifizieren und durch eine kontinuierliche Überwachung und Steuerung den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern. Das Risikomanagement liefert darüber hinaus wichtige Erkenntnisse und Entscheidungen über die Tragfähigkeit von Risiken.

Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Relevanzklassen eingeordnet und priorisiert. Die Relevanzklassen reichen von „unwesentlich“ (Auswirkung < 2 %), über „unbedeutend“ (Auswirkung 2-10 %), „mittel“ (Auswirkung 10-25 %), „bedeutend“ (Auswirkung 25-40 %) und „schwerwiegend“ (Auswirkung 40-80 %) bis hin zu „bestandsgefährdend“ (Auswirkung > 80 %). Die Auswirkung stellt dabei für Ergebnisrisiken auf den prozentualen Verzehr des hälftigen Grundkapitals zuzüglich der Kapitalrücklage (31. Dezember 2023: 15,2 Mio. €) bei Eintritt des Risikos ab.

#### Wirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft war im Jahr 2023 durch eine hohe Inflation (+5,9 %), steigende Zinsen, volatile Märkte sowie einer schwachen konjunkturellen Entwicklung in der Welt geprägt. Das BIP deutsche Bruttoinlandsprodukt sank um 0,3 % ab und verzeichnete damit erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 ein Minus<sup>3</sup>. Die Vorhersagen für das laufende Geschäftsjahr schwanken teilweise sehr stark. Laut Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird wieder ein leichtes Wachstum in Höhe von rund 0,3 % erwartet<sup>4</sup>.

---

<sup>3</sup> Destatis.

<sup>3</sup> [https://Destatis.de/Pressemitteilung Nr. 019/24 vom 15.01.2024/Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 0,3 % gesunken](https://Destatis.de/Pressemitteilung_Nr._019/24_vom_15.01.2024/Bruttoinlandsprodukt_im_Jahr_2023_um_0,3_%_gesunken).

<sup>4</sup> OECD. [https://OECD.org/Economic Outlook/february-2024/#gdp-growth](https://OECD.org/Economic_Outlook/february-2024/#gdp-growth).



Trotz der leicht positiven Erwartungen bestehen jedoch weiterhin auch hohe Unsicherheiten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie weltweit. So zog beispielweise die Inflation zuletzt wieder leicht von 3,2 % im November auf 3,7 % im Dezember 2023 an. Die durchschnittliche Teuerungsrate lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei rund 5,9 %<sup>5</sup>. Für das Jahr 2024 wird aktuell von einer Inflationsrate von rund 2,8 % ausgegangen<sup>6</sup>. Damit bleibt sie auch im längerfristigen Vergleich zunächst überdurchschnittlich hoch.

In den vergangenen eineinhalb Jahren haben sich die Zinsen in Europa deutlich erhöht. Der Leitzins der EZB kletterte auf 4,5 %. Die gestiegenen Zinsen führen aktuell dazu, dass sich die angespannte Lage in einigen Branchen wie zum Beispiel der Baubranche weiter verschärft. Zudem ist die Gefahr hoch, dass die hohen Zinsen negativ auf die Konjunktur wirken, wenn zum Beispiel verschuldeten Akteuren Grenzen aufgezeigt werden und in der Folge die Insolvenzzahlen in die Höhe schnellen oder wichtige Investitionen ausbleiben.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist im Jahr 2023 ins Stocken geraten, für das Jahr 2024 besteht das Risiko, dass sich diese Entwicklung entgegen aktuellen Prognosen fortsetzt und in einer Rezession münden könnte.

Die beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf BBL. Die hieraus resultierenden wesentlichen Risiken für BBL werden in der nachfolgenden Risikolage dargestellt.

## Risikolage

### Sanierung Rahmedetalbrücke

Ein Risiko birgt die seit Dezember 2021 gesperrte Rahmedetalbrücke auf der A 45, da besonders Gäste von außerhalb des Saunadorfs schwerer erreichen können. Es besteht das Risiko, dass dieser langjährige Umstand zu einem nachhaltigen Rückgang der Besucherzahlen und damit zu negativen Auswirkungen auf die Ertragslage führt. BBL stuft das Risiko als „unbedeutend“ ein.

### Politische und rechtliche Risiken

Politische und rechtliche Risiken sind für BBL nur in begrenztem Umfang steuerbar. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachabteilungen innerhalb der ENERVIE Gruppe werden diese Risiken begrenzt. Zusätzlich gewährleistet die Mitarbeit in verschiedenen Verbänden eine frühzeitige Partizipation an der Diskussion der Auswirkungen neuer Gesetze und Anforderungen, weshalb die Gesellschaft das Risiko insgesamt als „unwesentlich“ einstuft.

### Operationelle Risiken

Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere Risiken aus den Bereichen Personal und Organisation. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass BBL organisatorisch in die ENERVIE

---

5

Destatis. <[https://Destatis.de/Pressemitteilung Nr. 020/24 vom 16.01.2024/Inflationsrate im Jahr 2023 bei +5,9 %](https://Destatis.de/Pressemitteilung_Nr._020/24_vom_16.01.2024/Inflationsrate_im_Jahr_2023_bei_+5.9_%.).  
<sup>6</sup> Tagesschau. <<https://Tagesschau.de/Wirtschaft/Konjunktur/Inflation-Prognosen-101.html>.

Gruppe eingegliedert ist. Der Erfolg im Markt wird maßgeblich durch die Kompetenz und Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeiter bestimmt. BBL ist dabei dem Risiko ausgesetzt, nicht über ausreichend bzw. ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zu verfügen, um einen sicheren Betrieb zu gewährleisten. Durch Ausbildung von Fachkräften begegnet BBL diesem Risiko und stuft es daher als „unwesentlich“ ein.

Organisationsrisiken wird mit verbindlichen Regelungen für alle Mitarbeiter der ENERVIE Gruppe, die in den Konzernhandbüchern zusammengefasst sind, begegnet. Mit dem verbindlichen Nachschlagewerk belegen die Unternehmen der ENERVIE Gruppe entsprechend den Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften organisiert zu sein. Das Risiko wird als „unwesentlich“ eingestuft.

#### Technische Risiken

Im Technikbereich besteht das Risiko der ungeplanten Betriebsunterbrechung beispielsweise durch Störungen der Anlagen. Mittels Investitionen sowie einer systematischen Wartung und Instandhaltung wird dieses Risiko begrenzt, weshalb BBL es als „unwesentlich“ einstuft.

#### Gesamtbeurteilung der Risikosituation

Die wesentlichen Risiken der BBL sind identifiziert und quantifiziert und werden auf Basis eines etablierten Prozesses im Risikomanagement gesteuert. Ein Monitoring der Entwicklung wesentlicher Risiken erfolgt insbesondere auf Konzernebene.

Die BBL gewährleistet durch ihr aktives Krisenmanagement, dass die betriebene Infrastruktur weder gefährdet noch beeinträchtigt ist und sich weiterhin im sicheren und leistungsfähigen Zustand befindet. Unter Berücksichtigung der von der BBL getroffenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung mit den Kriegen in der Ukraine und Nahost, grundlegende Verwerfungen insbesondere von rechtlichen, regulatorischen und politischen Rahmenbedingungen sowie operationelle Risiken stellen für BBL aktuell wie auch in der Zukunft eine Herausforderung dar.

#### Darstellung der wesentlichen Chancen

Die Chancen der zukünftigen Entwicklung der BBL stellen sich als Gegenpositionen der entsprechenden Risiken dar. Eine besondere Chance des Familienbades sieht die Gesellschaft in der Positionierung am Markt durch Ausrichtung auf unterschiedliche Ziel- und Nutzergruppen im Bereich des öffentlichen Schwimmens, bei gleichzeitiger Möglichkeit, ein großes Angebot für Schul- und Vereinsschwimmen bereitzustellen. Das Saunadorf als zertifiziertes Premiumprodukt mit einer im Markt etablierten und über die Region hinaus bekannten Anlage wird auch weiterhin ein qualitätsbewusstes Besucherpotential ansprechen und mobilisieren können. Durch gezielte Werbung auf allen Social-Media-Kanälen und einem Relaunch der Website wird zunehmend auch ein jüngeres Publikum angesprochen und an die Anlage gebunden.

## Gesamtbeurteilung der Chancensituation

Die Chancen der BBL liegen in der guten Positionierung am Markt und der Stabilisierung der künftigen Ergebnisse trotz steigender Preise in den Kostensegmenten. Die Chancen sind jedoch stark von den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland sowie den Entwicklungen an den Energiemärkten abhängig. Um den langfristigen Erfolg sicherzustellen, ist die BBL bestrebt, die im Rahmen des konzernweiten Chancenmanagements erfassten Chancen bestmöglich zu nutzen und Risiken zu minimieren. BBL stuft die erfassten Chancen insgesamt als „unwesentlich“ ein, sodass keine nennenswerte Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BBL zu erwarten ist.

Strategisches Ziel ist es, die BBL unter dem Vorhaben der selektiven Qualitäts- und Angebotsführerschaft dauerhaft sowohl im lokalen als auch im regionalen Markt zu etablieren.

### **Bericht entsprechend § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO Nordrhein-Westfalen**

Unternehmensgegenstand der Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH ist der Bau, die Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Hallen- und Freibädern sowie ähnlichen Freizeiteinrichtungen. Die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH hat im Berichtsjahr 2023 die öffentliche Zwecksetzung erfüllt, die ihr von der Stadt Lüdenscheid im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge übertragen wurde.

### **Prognosebericht**

Für das Geschäftsjahr 2024 wird erwartet, dass eine schwache Konjunktur und hohe geopolitische Unsicherheiten die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen prägen werden.

Diverse Wirtschaftsforschungsinstitute und Organisationen sagen für Deutschland ein leichtes bis rückgängiges Wirtschaftswachstum voraus. Die OECD geht von einem Wachstum des BIP in Höhe von 0,3 % aus<sup>7</sup>. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erwartet einen Rückgang um 0,5 %<sup>8</sup>. Als Gründe hierfür werden im Wesentlichen die weltweiten Krisen, ein fehlendes Wachstum im globalen Welthandel, hohe Energiekosten und Inflation genannt. Zum Zeitpunkt der Erstellung ist es ungewiss, ob mögliche Zinssenkungen zu erwarten sind, welche das Wirtschaftswachstum anregen könnten.

Es ist zu erwarten, dass die vorherrschenden geopolitischen Konflikte weiterhin großes Eskalationspotenzial haben werden. Hervorzuheben hierbei ist der Russland-Ukraine-Krieg, der Nahostkonflikt und die strategische Rivalität zwischen den USA und China. Dies kann einen negativen Einfluss auf Energiepreise und Lieferketten haben und grundsätzlich zu einer weiteren Umgestaltung der globalen Handelsbeziehungen führen. Des Weiteren steht 2024 das größte Wahljahr der Geschichte an. Insgesamt betrifft dies 40 Länder mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 3 Mrd. Menschen. Hervorzuheben sind hierbei die Wahlen in den USA,

---

<sup>7</sup> OECD. <[https://OECD.org/Economic Outlook/february-2024/#gdp-growth](https://OECD.org/Economic%20Outlook/february-2024/#gdp-growth).

<sup>8</sup> Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

<[https://IWKoeln.de/IW-Konjunkturprognose Winter 2023](https://IWKoeln.de/IW-Konjunkturprognose%20Winter%202023). Hausgemachte Probleme verschärfen konjunkturelle Schwäche, IW-Report, Nr. 65/2023 vom 13.12.2023.

der Europäischen Union, Indien und Taiwan. Hieraus kann es ebenfalls zu weiteren außenpolitischen Verschiebungen kommen.

Allgemein ist festzuhalten, dass für 2024 ein weiteres herausforderndes wirtschaftliches Jahr zu erwarten ist.

Nach Einschätzung der Gesellschaft wird sich das Wettbewerbsumfeld künftig nicht wesentlich verändern, aber eine starke Konkurrenzsituation im Bäder- und Saunamarkt wird weiterhin bestehen bleiben und möglicherweise noch wachsen.

Wichtig wird es sein, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Freizeit- sparte weiter zu beobachten und sich ergebende Chancen zu identifizieren und zu nutzen. Der Fokus der Aktivitäten wird neben dem operativen Geschäft weiterhin auch auf der Optimierung der Prozesse und Strukturen liegen.

BBL als ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der SWL wird von der Lage des Mutterunternehmens bzw. der ENERVIE Gruppe (Konzern) beeinflusst. Die aktuelle wirtschaftliche Situation der ENERVIE Gruppe und damit auch der BBL ist hinsichtlich der Ertrags- und Liquiditätsentwicklung robust und stabil, welches auch durch die am 11.12.2023 durch den Aufsichtsrat der ENERVIE gebilligte Mittelfristplanung belegt ist.

### **Investitionen**

In den nächsten Jahren wird BBL gezielt investieren, um sich für die Anforderungen des Marktes adäquat aufzustellen. Notwendige Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen werden durchgeführt, um auch weiterhin einen sicheren und qualitativ hochwertigen Betrieb zu gewährleisten. Künftig wird BBL jährlich 0,06 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investieren. Des Weiteren werden Investitionen im Saunadorf im Bereich der Außensauna sowie Einzelmaßnahmen im Jahr 2024 in Höhe von 0,50 Mio. € erfolgen.

Die jährlichen Abschreibungen werden zukünftig rund 0,7 Mio. € betragen. Mit den vorhandenen Finanzierungsquellen stellt BBL auch in Zukunft die Finanzierung des Unternehmens sicher.

Um die Attraktivität und Funktionalität der Freizeiteinrichtungen auch für die Zukunft zu gewährleisten, wird ein Konzept zur nachhaltigen Substanzerhaltung und Attraktivitätssteigerung in den nächsten Jahren erarbeitet. Die notwendige Finanzierung wird sich am Maßnahmenkonzept orientieren. Somit werden über gezielte Investitionen ein störungsarmer und attraktiver Betrieb sichergestellt.

### **Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung**

Wie in weiten Teilen der Wirtschaft sind auch in Deutschland die Auswirkungen der dynamischen Regierungspolitik, des Russland-Ukraine-Kriegs, des Nahostkonflikts, von Engpässen auf den Beschaffungsmärkten und der verstärkten Fokussierung auf den Klimaschutz nur begrenzt abschätzbar. Diese Faktoren begünstigen volatilere Rahmenbedingungen. Hinzu kommt der Arbeits- und Fachkräftemangel sowie die Auswirkungen der gesperrten Rahmedetalbrücke auf der A45. Daher ist die Prognose für das Geschäftsjahr 2024 ähnlich wie für 2023 mit größeren Unsicherheiten behaftet.

Die BBL ist sich der schwierigen Rahmenbedingungen im Freizeitmarkt bewusst und hat neben kostensenkenden und effizienzsteigernden Maßnahmen auch eine weitere Optimierung der Arbeitsabläufe und -prozesse eingeleitet, um trotz steigender Kosten das Ergebnis konstant zu halten. Infolgedessen wurden zum 01.01.2024 die Eintrittspreise des Saunadorfes angepasst. Grundsätzlich sind Bäderbetriebe Dauerverlustgeschäfte bzw. Verlustbringer in der steuerlichen Organschaft.

Der zielgerichtete, kompetente und serviceorientierte Personaleinsatz bildet die Grundvoraussetzung, um eine nachhaltige betriebswirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens sicherzustellen. Die primäre Zielsetzung beinhaltet, die bestmögliche und ressourcenorientierte Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage in den Folgejahren zu erzielen.

Für das Geschäftsjahr 2024 geht die BBL von einem EBT von -4,01 Mio. € aus. Umsatzerlöse werden in Höhe von 2,10 Mio. € erwartet, die mit 0,81 Mio. € und geplanten 187.000 Besuchern auf das Familienbad Nattenberg sowie mit 1,29 Mio. € und geplanten 32.500 Besuchern auf das Saunadorf entfallen.

Insgesamt erwartet die BBL für das Geschäftsjahr 2024 eine unverändert solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation der ENERVIE Gruppe und der am 11.12.2023 durch den Aufsichtsrat der ENERVIE gebilligten Mittelfristplanung kann von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung der BBL im Planungszeitraum ausgegangen werden.

#### **4 Organisation der Beteiligungsverwaltung**

Die Aufgaben der Beteiligungsverwaltung werden von dem Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen (FD 20) wahrgenommen. Nachfolgend werden die wesentlichen Ziele bzw. Aufgaben dargestellt:

- Die gesetzlich und vertraglich vorgesehene Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den einzelnen Gesellschaftsorganen wird gesichert. Es werden Ratsvorlagen für die Wahl der Vertreter sowie Vorlagen zur Vorbereitung wichtiger Unternehmensentscheidungen erstellt.
- Die wesentlichen Unterlagen z.B. die Gesellschaftsverträge der Beteiligungsunternehmen werden zentral aufbewahrt.
- Die Sitzungsunterlagen, Niederschriften, Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne werden durchgesehen und ausgewertet.
- Die Teilnahme der städtischen Vertreter/innen an Sitzungen wird organisiert. Die Vertreter/innen erhalten für die jeweilige Sitzung des Gremiums einen Vermerk zu wesentlichen Sachverhalten. Zudem erhalten sie das Protokoll der jeweiligen Sitzung. Dabei wird der digitale Weg bevorzugt.
- Die Mandatsträger/innen werden bei Bedarf beraten und unterstützt. Außerdem werden betriebswirtschaftliche, gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Fragen beantwortet.
- Zur Zeit wird eine unterjährliche Berichterstattung auf der Grundlage von Kennzahlen festgelegt.

Weitere Erläuterungen sowie die finanziellen und personellen Ressourcen sind dem Produkt 01.08.02 des Haushaltsplanes der Stadt Lüdenscheid zu entnehmen.

Für die Prüfung der Beteiligungsverwaltung ist die örtliche Rechnungsprüfung (FD 14) zuständig.

## **5 Public Corporate Governance Kodex**

Die Stadt Lüdenscheid hat noch keinen Public Corporate Governance Kodex erstellt.

Im Rahmen der Umstrukturierung der Beteiligungsverwaltung zu einem Beteiligungsmanagement ist die Erarbeitung eines Public Corporate Governance Kodex beabsichtigt (Vorlage 019/2023, Sitzungstermin 23.03.2023).